



LEBENSQUALITÄT USTER WEST

Pressespiegel

2017

«Uster West» – die Debatte in Uster startet

USTER Die Initiative «Keine Strasse Uster West» hat im Gemeinderat einen schweren Stand. Die meisten Parteien stehen hinter der geplanten Umfahrung. Dadurch kommt das Begehren wohl vors Volk – wie genau, ist noch unklar.

Er mache sich keine Illusionen, sagt BPU-Gemeinderat Paul Stopper: «Im Parlament wird unsere Initiative keine Chance haben.» Bei einem Nein kommt das Begehren aber vors Volk. Und dort, glaubt Stopper, könnten die Mehrheiten anders liegen. «Die Meinungen der Ustermerinnen und Ustermer sind weniger festgefahren.»

Zuerst entscheidet aber am Montag der Ustermer Gemeinderat über die «Volksinitiative zur Erhaltung der Landschaft in Uster West (Keine Strasse Uster West)». Sie fordert: Die «zuständigen politischen Organe der Stadt Uster» sollen sich «mit allen politischen, demokratischen und rechtlichen Mitteln» dafür einsetzen, dass die vom Kanton geplante Umfahrungsstrasse «Uster West» nicht gebaut wird.

Nur Grüne für Initiative

Im Gemeinderat wird das Begehren aus den Kreisen der BPU nur von den Grünen unterstützt. «Wir waren schon immer gegen

«Uster West», sagt Patricio Frei (Grüne). Die geplante Strasse löse keine Verkehrsprobleme, zerstöre aber Landwirtschaftsland. «Wir befürworten alle Versuche, die dieses Projekt verhindern wollen.»

SP befürwortet Strassenbau

Die anderen Parteien lehnen die Initiative mehrheitlich ab und stehen hinter «Uster West», auch die SP. «Die Strasse führt zu einer Entlastung des Zentrums. Ohne sie wird das Zeughausareal durch den Verkehr von der Innenstadt abgeschnitten», sagt Markus Wanner (SP). Ähnlich argumentiert die FDP. Und die SVP hat in der Vergangenheit verlauten lassen, sie unterstütze jedes Projekt, das zu weniger Stau auf Usters Strassen führe. «Deshalb sind wir klar gegen die Initiative», sagt Markus Ehrensperger (SVP).

Geteilt sind die Meinungen einzig in der sogenannten Mitte-Fraktion aus GLP, EVP, CVP und BDP. «Einige von uns befürwor-

ten die Umfahrung, andere nicht», sagt Ivo Koller (BDP).

Bereits vor Jahren eingereicht

Dass «Keine Strasse Uster West» überhaupt zur Abstimmung kommt, war lange unsicher. Eine Gruppe um die BPU-Gemeinderäte Paul Stopper und Werner Kessler reichte die Initiative bereits im Februar 2013 beim Stadtrat ein. Dieser beantragte jedoch, sie für ungültig zu erklären. Die Begründung: Weil es sich bei «Uster West» um ein kantonales Projekt handle, könne die Ustermer Bevölkerung nicht darüber befinden. Der Gemeinderat erklärte die Initiative daraufhin für ungültig.

Die Initianten wehrten sich jedoch gegen dieses Verdikt und erhielten vom Verwaltungsgericht recht. In Form einer allgemeinen Anregung mache die Initiative durchaus Sinn und sei deshalb gültig, hielt das Gericht fest.

Diskussion um Initiativtext

Dennoch beantragt der Ustermer Stadtrat nun dem Gemeinderat, die Initiative nur für «teilgültig» zu erklären. Dies vor dem Hintergrund, dass im Initiativtext auch Passagen enthalten sind, die das

Verwaltungsgericht als nicht umsetzbar bezeichnet hat. In der vorberatenden Kommission war das Verdikt der «Teilgültigkeit» jedoch umstritten. Eine knappe Minderheit sprach sich dafür aus, die Initiative vollumfänglich für gültig zu erklären – und den Initiativtext in seiner ursprünglichen Form zu belassen. Dabei geht es aber nur um einzelne Formulierungen, welche Mittel den Behörden zur Verfügung stehen würden, um «Uster West» zu bekämpfen. «Entscheidend für die Stossrichtung der Initiative ist die Diskussion um die Teilgültigkeit nicht», sagt Kommissions-sprecher Rolf Denzler (SVP). Ziel des Begehrens ist es, die Haltung der Ustermer Bevölkerung klarzumachen. «Welcher Initiativtext dann genau im Weisungsbüchlein stehen wird, ist noch unklar», sagt Denzler.

Klar hingegen ist: Sollte die Initiative vom Gemeinderat oder später vom Volk angenommen werden, müsste der Ustermer Stadtrat versuchen, «Uster West» irgendwie zu verhindern. Jener Stadtrat, der das Projekt einst mit dem Kanton zusammen erstellt und immer vorangetrieben hat. *Raphael Brunner*

GEPLANTE UMAFHHRUNG USTER WEST



BLOCKIERTES MILLIONENPROJEKT

Baubeginn weiterhin unklar

Seit 30 Jahren laufen die Planungsarbeiten für eine Umfahrungsstrasse im Westen von Uster. Sie soll den Verkehr von der Winterthurerstrasse aus über das Gebiet der Loren auf die Zurichstrasse leiten – die Bahn-gleise werden dabei über ein Viadukt geführt. Im Jahr 2012

bewilligte der Kantonsrat für das Projekt einen Kredit von 21 Millionen Franken. Weil die geplante Linienführung das Glattenried tangiert, haben Naturschutzverbände jedoch Rekurse eingereicht. Der Regierungsrat rechnet darum mit einem Baubeginn frühestens im Jahr 2019. *rbr*

So naheliegend.

Anzeiger von Uster

Dienstag, 24. Januar 2017 | Nr. 19 | CHF 3.50 | www.zürst.ch

USTERS BUCHHANDLUNG

Fazit nach einem halben Jahr

Barbara Maurer (im Bild) und Andrea Kalt sagen im Interview, wie es mit ihrer Buchhandlung in Uster läuft. SEITE 5



NADEL UND PINSEL

Zwischen Tattoos und Bildern

Franziska Annamalai führt seit 20 Jahren in Uster ein Tattoo-Studio. Legt sie die Nadel weg, greift sie auch gern zum Pinsel. SEITE 5

SPANNENDES HOCKEY

Vikings im Derby erneut erfolgreich

Die Dürnten Vikings festigen ihre Leaderstellung in der 2. Liga. Sie gewinnen das zweite Duell gegen Illnau-Effretikon 3:2. SEITE 27

Redaktion 044 933 33 33
redaktion@zol.ch
Aboservice 044 933 32 05
abo@zol.ch
Inserate 044 933 32 04
inserate@zol.ch
AZ 8620 Wetzikon

ZRZ
Zürcher Regionalzeitungen

«Pulsmessung» zu «Uster West»

USTER Die Initiative «Keine Strasse Uster West» kommt an die Urne. Der Ustermer Gemeinderat sprach sich gestern mit klarer Mehrheit gegen das Volksbegehren aus den Kreisen der BPU aus. Damit spricht die Stimmbürgerin das letzte Wort zu einer Initiative, die die Ustermer Politik über mehrere Jahre beschäftigt hat. Die Initianten reichten sie bereits vor fast vier Jahren ein. Auf Antrag des Stadtrats hin erklärte sie der Gemeinderat aber für ungültig. Das Verwaltungsgericht jedoch annullierte diesen Entscheid, und das Bundesgericht gab ihm recht. Auch gestern war sich der Rat uneinig, wie viel Sinn ein kommunale Initiative macht, die sich gegen ein kantonales Projekt richtet. «Sie ist eine Pulsmessung der Bevölkerung», sagte Wolfgang Harder (CVP). rbr SEITE 3

Unter Hochdruck Richtung Eröffnungsabend



Blick vom Balkon der sogenannten Hall: das Prunkstück der Samsung Hall, wo am kommenden Freitag Bligg und Gölä auftreten. *Seraina Bonar*

DÜBENDORF Laut Unternehmer und Betreiber Hans-Ulrich Lehmann wird am kommenden Freitag in Dübendorf die «modernste» Halle der Schweiz eröffnet. Noch wird in der Samsung Hall aber gehämmert, gemalt und verkalbt, wie ein Besuch gestern Montag zeigte.

Vor dem Eingangsbereich des 40 Millionen Franken teuren Neubaus stehen derzeit noch Bagger, und auch im Innern der Samsung Hall gibt es noch sehr

viel zu tun. Dennoch lässt Hans-Ulrich Lehmann, Unternehmer und Betreiber der Halle, bei einem Rundgang keinen Zweifel daran, dass am kommenden

Freitag alles bereit sein wird. Die multifunktionale Halle kann, mit einem maximalen Fassungsvermögen von 5060 Personen, unter anderem für Konzerte, Kongresse und Seminare genutzt werden. Sie füllt für die Region Zürich eine seit Jahren bestehende Lücke. Zwischen den kleineren Konzertsälen für 1500 und dem Hallenstadion für

12000 Zuschauer gebe es nichts. «Die Samsung Hall liegt genau dazwischen. Wir sind der «Missing Link», sagt der Unternehmer. Schon vor der offiziellen Eröffnung seien für das laufende Jahr bereits über 50 öffentliche Anlässe wie Konzerte (unter anderem Amy MacDonald und Sting) und 40 Firmenanlässe gebucht. rst SEITE 11

Verfahren gegen den Präsidenten

FÄLLANDEN Der Fällander Kirchenstreit zieht immer weitere Kreise. Der Kirchenrat dehnt das bereits im November gegen Pfarrerin Malinee Müller eröffnete Administrativverfahren (wir berichteten) auf die Kirchenpflege aus – mit besonderem Fokus auf Präsident Huldrych Thomann und ein weiteres Mitglied. Der Kirchenrat beabsichtigt, beide vorsorglich ihrer Ämter zu entheben. «Vorher ist den Betroffenen das rechtliche Gehör zu gewähren», schreibt er in der Mitteilung. Beschlüssen ist dagegen nun die Suspension von Pfarrerin Müller. Deren Gegenspielerin Annemarie Pfiffner hatte im Dezember angekündigt, nicht mehr ins Amt zurückzukehren. zo

Zuhause für Demenzkranke

VOLKETSCHWIL Menschen mit einer Demenz finden neu auch in Volketswil angemessene Betreuung und Pflege. Bisher hatte ein solches Angebot in der Gemeinde gefehlt, sodass die Betroffenen andernorts untergebracht werden mussten. Das Pflegezentrum Vita Futura AG hat nun seine einstige Wohngruppe im Riethof 10 umgestaltet. Dort können bis zu neun Personen betreut werden. Das Personal arbeitet nach dem Grundsatz der Validation. Das bedeutet unter anderem, dass die Pflegenden die Tagesstruktur den Bewohnern anpassen und nicht umgekehrt. zo SEITE 7

Gut versorgt mit Palliativmedizin

REGION Innerhalb eines Jahres haben sämtliche Oberländer Gemeinden einen Vertrag mit einem der fünf mobilen Palliative-Care-Teams abgeschlossen.

Auf Palliative Care spezialisierte Ärzte kümmern sich um schwer oder unheilbar kranke Menschen. Von diesen Patienten würden die meisten gern bis zum Tod zu Hause bleiben. Doch viele werden für die letzten Wochen ihres Lebens nur fürs Sterben in ein Spital verlegt.

Aus diesem Grund wurden in den letzten Jahren vielerorts mobile Palliative-Care-Teams gegründet, die das Spital sozusagen nach Hause bringen – im Oberland etwa gibt es seit dreieinhalb Jahren ein Team am GZO-Spital Wetzikon.

Vor einem Jahr schlossen sich die insgesamt fünf Teams im Kanton zu einem Verband zusammen. Mit Erfolg: Ein Jahr später übernehmen alle Gemeinden der Region die Kosten für den Dienst – nur im Glattal gibt es Ausnahmen. eba SEITE 2

Kehrtwende entlastet Gemeinden

ZÜRICH Der Kanton soll die Kosten für fremdplatzierte Kinder und Jugendliche tragen. Im Dezember hatte der noch eine andere Meinung vertreten.

Was ihr Portemonnaie angeht, war die gestrige Kantonsratssitzung ein Erfolg für die Gemeinden. Das Parlament ist auf das Jugendheimgesetz zurückgekommen und hat der Anpassung die rückwirkende Inkraftsetzung verweigert. Den Kanton wird das voraussichtlich 50 bis

70 Millionen Franken kosten und die Gemeinden entlasten.

Ohne rechtliche Grundlage

In der vorbereitenden Kommission hatte noch eine starke Mehrheit für die Rückwirkung gestimmt. Dann haben sich SVP und SP anders besonnen. Die Gesetzesänderung war nötig geworden, weil die Gemeinden seit vielen Jahren für die Heimplatzierungen aufkommen, laut Bundesgericht bis anhin aber eine rechtliche Grundlage dafür fehlte. pag SEITE 15

ANZEIGE

Gymi-Prüfungsvorbereitung
ab der 5. Klasse
Beginn: 11.03.17

Jetzt anmelden:
044 933 90 90
www.iww.ch

IWW AG
8620 Wetzikon
seit über 40 Jahren
Die staatlich bewilligte Privatschule

Trump tut, was er angedroht hat

WASHINGTON Erst traf der neue US-Präsident gestern Industrievertreter. Dann befahl er den Rückzug der USA aus dem pazifischen Handelsabkommen.

Zwölf Länder, unter anderen die USA, Kanada, Mexiko, Australien und Japan, hatten im vergangenen Februar das Transpazifische Freihandelsabkommen TPP abgeschlossen, ein Kernstück von Barack Obamas Asien-Politik. Sie bestreiten zusammen 40 Prozent des Welthandels. Doch es musste von allen Beteiligten noch ratifiziert werden. Donald Trump versprach in seinem Wahlkampf, dies nicht zu tun. Nach einem Treffen mit amerikanischen Industrievertretern unterzeichnete er gestern die Order, wonach sich die USA zurückziehen. Zudem will er das Freihandelsabkommen Nafta mit Kanada und Mexiko neu verhandeln.

Merkel reagiert abwartend

Im Wahlkampf hatte Trump dem deutschen Autobauer BMW noch Strafzölle für nicht in den USA hergestellte Fahrzeuge angedroht. Bundeskanzlerin Angela Merkel reagierte bisher zurückhaltend. Zu Besonnenheit rät auch Finanzminister Wolfgang Schäuble. Deutschland hat, wie von Trump angehammt, seinen Verteidigungshaushalt erhöht. zo SEITE 23

9 771660 965022 04

INSERATE

Rubriken

- Amtliche Anzeigen 16
- Todesanzeigen 16
- Veranstaltungen 10

Emotionale Debatte um «Uster West»

USTER Der Gemeinderat empfiehlt «Keine Strasse Uster West» zur Ablehnung. SVP, FDP und SP setzen sich durch. Damit entscheidet das Usterer Stimmvolk über eine Initiative, deren Folgen niemand voraussagen kann.

Am Schluss war das Ergebnis so klar, wie man es im Vorfeld erwartet hatte: Mit 24 zu 8 Stimmen empfahl der Usterer Gemeinderat die Initiative «Keine Strasse Uster West» zur Ablehnung. Das Volksbegehren gegen die geplante Umfahrungsstrasse (siehe Box) kommt damit an die Urne – und diese Abstimmung dürfte emotional werden. Das machte die Debatte gestern Abend klar.

Strasse noch nicht festgesetzt

Die Initiative will, dass die Usterer Behörden die Umfahrung «mit allen politischen, demokratischen und rechtlichen Mitteln» bekämpfen. Eine Strasse, die der Usterer Stadtrat will, für die aber der Kanton zuständig ist und für die der Kantonsrat bereits einen Kredit von 21 Millionen Franken gesprochen hat. Eine Strasse aber auch, deren Bau durch verschiedene Rekurse blockiert wird, deren Linienführung sich noch ändern könnte und die darum noch nicht festgesetzt ist.

«Eine unendliche Geschichte» nannte BPU-Gemeinderat Paul Stopper gestern das Strassenprojekt, gegen das sich die Initiative richtet, die seine Partei lanciert hat. Er plädierte gestern nochmals mit Vehemenz dafür, sie anzunehmen. Unterstützung erhielt er dabei von Jörg Gösken (parteilos): «Uster West» ist keine Umfahrung für Uster, sondern gegen Uster.» Die Strasse solle für mehr Durchgangsverkehr. Ähnlich argumentierten auch die Grünen. «Der Verkehr würde weiterhin in den Nashornkreisel münden – und ab da gibt es bislang keine Alternativen für den motorisierten Verkehr als mitten durch Usters Zentrum», sagte Patricio Frei.

Entlastungserhofft

Anderer Meinung ist die FDP: «Nur mit einer Umfahrung können wir den Verkehr aus dem Zentrum wegbringen», sagte Jürg Krauer. Ähnlich argumentierte SVP-Gemeinderat Rolf Denzler: Das Zentrum müsse

entlastet werden. «Wir haben kein Verständnis für eine Initiative, die das verhindern will.» Auch die SP votierte für «Uster West» – und verhalf dem Antrag des Stadtrats damit zur Mehrheit: Dieser empfahl die Initiative zur Ablehnung.

Wie viel Macht hat Uster?

Sehr unterschiedlich sind die Meinungen darüber, welche Folgen ein Ja zur Initiative haben würde. Die SVP bezeichnete das Begehren schlicht als «unsinnig». Die Stadt Uster habe gar nicht die Möglichkeit, beim Kanton eine Aufhebung des Strassenprojekts zu erwirken. «Dem Stimmbürger wird in dieser Hinsicht Sand in die Augen gestreut», sagte Rolf Denzler (SVP). Anders sieht das Initiator Paul Stopper: «Der Stadtrat müsste einfach im Büro des Regierungsrats vorstellig werden und so lange nicht mehr raus, bis der Wille des Usterer Stimmvolks erfüllt ist.» Die Antwort von Bauvorstand Thomas Kübler (FDP) kam prompt: «Der Stadtrat macht keine Hausbesetzungen.» Jedem Usterer Stimmbürger müsse klar sein: «Ein Ja zur Initiative heisst noch überhaupt nichts.» Raphael Brunner

«Dem Stimmbürger wird Sand in die Augen gestreut.»

Rolf Denzler, SVP

«Das ist keine Strasse für, sondern gegen Uster.»

Jörg Gösken, parteilos

«USTER WEST» – SEIT 30 JAHREN IN PLANUNG

Entscheid liegt beim Bundesgericht

Die Umfahrung Uster West soll den Verkehr von der Winterthurstrasse aus über das Gebiet der Loren auf die Zürichstrasse führen – mittels eines Viadukts über die Bahngleise. Seit 30 Jahren befasst sich der Kanton mit einem solchen Projekt. Auch gegen die neueste Variante sind aber verschiedene Rekurse beim Bundes-

gericht hängig. Sie monieren unter anderem eine Verletzung des Moorschutzes. Allerdings ist zurzeit noch gar nicht klar, welche Bestimmungen für den Moorschutz gelten. Der Regierungsrat rechnet deshalb, dass mit dem Bau der Strasse frühestens im Jahr 2019 begonnen werden kann. Eher aber später. rbr

In der eigenen Welt leben lassen

VOLKETSWIL Das Pflegezentrum Vita Futura AG hat seine einstige Wohngruppe im Riethof zu einer Bleibe für Menschen mit einer demenziellen Erkrankung umgestaltet.

Während zehn Jahren führte das Alters- und Pflegezentrum der Gemeinde im Ortsteil Hegnau eine Wohngruppe, wo pflegebedürftige Menschen wie in einer Familie lebten. Im Juni des letzten Jahrs ist die Aussenstelle temporär stillgelegt worden. «Weil die Nachfrage für die Art dieses Zusammenlebens rückläufig ist», sagt Olaf Toggenburger, Geschäftsführer der Vita Futura AG.

Nach der Stilllegung ist die Wohnung im dritten Stock eines Mehrfamilienhauses für rund 80 000 Franken umgebaut worden und dient nun dem Zweck, Menschen mit einer demenziellen Erkrankung ein angemessenes Zuhause zu bieten. «Für ein solches Konzept besteht in Volketswil ein ausgewiesener Bedarf», erklärt Toggenburger. Denn in der Gemeinde habe es bislang keine entsprechenden Angebote gegeben. Bewohner mit einer ausgeprägten demenziellen Erkrankung seien auswärtig – beispielsweise im Pflegezentrum Rotacher in Dietlikon – platziert worden, was für Angehörige nicht ideal gewesen sei, räumt der Vita-Futura-Geschäftsführer ein.

Tages- und Nachtbereich

Der Umbau sei deshalb nötig geworden, weil die bisherigen Räumlichkeiten sehr verwinkelt waren. «Für Menschen mit Demenz wäre dies suboptimal gewesen, weil sie Mühe mit der Orientierung hätten», erklärt Toggenburger weiter. Die Wohnung ist neu in einen Tages- und Nachtbereich aufgeteilt worden, welche sich farblich und von der Bodenbeschaffenheit klar voneinander unterscheiden. In den drei zusammenhängenden Gemeinschaftsräumen sind an den Decken Lichtinseln installiert worden, um bei Bedarf die Helligkeit zu erhöhen. Das Frühstück und das Nachtessen wer-



Fachangestellte Gesundheit Mia Hartmann pflegt in der Wohngruppe nach dem Prinzip der Validation: Wer beispielsweise Hunger verspürt, bekommt einen Imbiss – auch ausserhalb der Essenszeiten oder in der Nacht.

Urs Weisskopf

den vor Ort zubereitet, das Mittagessen wird jeweils vom Pflegezentrum in der Au angeliefert. Bis zu neun Menschen können im Riethof 10 betreut werden. Es gibt zwei Zweier- und fünf Einzelzimmer. Sämtliche Zimmer verfügen über Bett, Nachttisch, Kasten, Stuhl und eine Stehlampe. Einzelne Zimmer haben auch einen Balkon. Aus Sicherheitsgründen sind die Balkongeländer aufgedoppelt worden, und sämtliche Fenster sowie Balkontüren sind abschliessbar. «Nicht aufgrund von Suizidgedanken, sondern aus der Verwirrtheit heraus könnte es vorkommen, dass Menschen mit einer Demenz irgendwo hinaufsteigen würden», begründet Toggenburger die Massnahmen.

Tägliche Spaziergänge

Was im Riethof fehlt, ist ein Garten, in dem sich die Bewohner aufhalten können. Laut dem Vita-Futura-Geschäftsführer seien sich Fachleute einig, dass ein Garten zwingend dazugehören müsse. «Um diesen Mangel zu kompensieren, haben wir einen gross-

zügigeren Personalschlüssel gewählt, der es ermöglicht, dass wir täglich mit den Bewohnern in der näheren Umgebung spazieren gehen.» Die Ausgangslage dafür sei ideal: Der Chimlibach, der Wald und die Gemeinde Schwerzenbach mit dem Einkaufszentrum und dem Bahnhof lägen in Gehdistanz. Der Riethof ist mit insgesamt acht Vollstellen besetzt.

Gemäss einer Studie der Alzheimervereinigung hätten rund 60 Prozent aller betagten Menschen in Alters- und Pflegeheimen eine demenzielle Störung, aber nur ein kleiner Anteil müsse in einem geschützten Bereich professionell betreut werden. Ab welchem Stadium macht denn eine solche Betreuung Sinn?, lautet die Frage an den Vita-Futura-Geschäftsführer. Unter anderem seien ein erhöhter Bewegungsdrang, Weglaufgefahr sowie ein herausforderndes Verhalten deutliche Anzeichen dafür, dass sich die Demenz in einem ausgeprägten Stadium befindet. Cornelia Schneller, Leiterin der Wohngruppe Riethof, hat bereits während sieben Jahren sol-

che Menschen betreut. Sie kann diese Verhaltensweisen aus eigener Erfahrung bestätigen: «Manche wollen stets nach Hause, andere wiederum werden aggressiv, weil sie nicht mehr verstehen, was mit ihnen passiert.» Tabu sei im Umgang mit Demenzkranken der Versuch, ihnen etwas zu erklären. Das bringe nichts, weiss Schneller, die seit insgesamt 25 Jahren im Pflegebereich tätig ist. In vielen Fällen komme es auch vor, dass Menschen mit Demenz ihre eigenen Angehörigen nicht mehr als solche erkennen würden. Dies sei für Angehörige eine schwierige Situation. Oftmals müsse dann das Betreuungsteam auch noch die Angehörigen betreuen.

Grundsatz Validation

Schneller war bei den Gesprächen dabei, als es darum ging, das Riethof-Personal zu rekrutieren. «Es war mir wichtig, diejenigen Leute mit ins Boot zu holen, welche die gleiche Einstellung mitbringen.» Zur Einstellung erläuterte die Fachfrau, dass man nach dem

Grundsatz Validation lebe. Die Tagesstruktur wolle man den Bewohnern anpassen und nicht umgekehrt. «Wir wollen versuchen, die Leute in ihrer Welt leben zu lassen.» Wenn jemand zum Beispiel während der Nacht erwache und Hunger verspüre, stehe Personal bereit, das jener Person einen Snack zubereite oder mit der Person eine Aktivität unternehme, sollte sie den Wunsch dazu äussern.

Wohngruppe im Neubau

Noch wird sich zeigen müssen, wie das neue Konzept bei den Bewohnern, dem Personal und den Angehörigen ankommt. «Die Demenz-Wohngruppe Riethof ist für uns eine gute Gelegenheit, um Erfahrungen für eine weitere Gruppe im Neubau des Pflegezentrums zu sammeln», bestätigt Walter Eicher, Gesundheitsvorstand und Verwaltungspräsident der Vita Futura AG. Geplant ist bis ins Jahr 2021 eine Wohngruppe mit 16 Plätzen und ein Garten auf dem Areal des heutigen Mehrzweckgebäudes im alten Dorfkern. Toni Spitalo

Die Geschäfte der Parlamentssitzung

- Das Parlament bewilligte den Kredit zum Ersatzbau des Kleinwasserkraftwerks am Aabach für rund 1,5 Millionen Franken einstimmig.
- Der Gemeinderat führt die Möglichkeit eines «Jugendvorstosses» mit 23 zu 9 Stimmen ein.
- Die Bestattungs- und Friedhofsverordnung wurde so abgeändert, dass künftig auch Tot- und Fehlgeburten, sogenannte Sternenkinder, bestattet werden können.
- Der Gemeinderat genehmigt einstimmig die notwendigen Arbeiten zur Einführung der neuen Rechnungslegung HRM.2.
- Der Zusatzkredit für die Umgebungsarbeiten des Schulhauses Krämeracker über 250 000 Franken wurde einstimmig angenommen.
- Das Parlament hat den Kredit für das Projekt «Stadtraum Uster 2035» über rund 1,7 Millionen Franken einstimmig gutgeheissen.
- Der Gemeinderat nahm den Bericht zur Motion «Vermeidung von Palmöl» zur Kenntnis, ebenso die Antwort des Stadtrats zur Interpellation «Konsequente Umsetzung des Energieplans 2013» zu

Grünes nur im Container

SCHWERZENBACH Die Gemeinde Schwerzenbach hebt die Möglichkeit auf, der Grüngutabfuhr Kleinbehältnisse von 20 bis 90 Litern mitzugeben. Das sei im Sinne des besseren Gesundheitsschutzes für die Mitarbeitenden der Kehrriechabfuhr, heisst es in einer Mitteilung. Es werden auch keine Einzelbündel mehr entsorgt. Dafür muss der Häckelsdienst beansprucht oder das Astmaterial im Grüngutcontainer der Grüngutabfuhr mitgegeben werden. Neu werden nur noch Normcontainer entsorgt. Die Jahresgebühren werden moderat angehoben und betragen neu 150 Franken für einen 140-Liter-Container, 225 Franken für einen 240-Liter-Container und 620 Franken für einen Grosscontainer. Massiv angehoben werden die Preise für die Einzelbündel der Container. Je nach Grösse kosten sie Fr. 760 oder Fr. 1140. Man wolle damit einen Anreiz schaffen, die Jahresvignetten zu kaufen. zo

ANZEIGE

Gregor Rutz
Nationalrat, SVP

«Standort Schweiz stärken!»

Am 12. Februar

JA
zur Steuerreform
HEV Schweiz, Postfach, 8032 Zürich

Grosser Besucheraufmarsch dank gutem Wetter

Der Vereinstag am Samstagnachmittag in der Innenstadt Usters glied einem veritablen Jahrmarkt. Zwischen Gerichts- und Poststrasse reichten sich die Stände aneinander, mit denen sich die rund 55 Vereine der Bevölkerung vorstellten. Und sie taten dies teilweise äusserst kreativ. Spontane Standkonzerte wurden gespielt und auf einer Bühne präsentierten sich Musiker verschiedenster Couleur. Zwei Exponenten des Ustermer Judo

Schauplatz

Vereinstag Uster
Die Ustermer Vereine präsentierten sich im Stadtzentrum

Clubs erhaschten in mit Luft aufgeblähten Übergewändern die Aufmerksamkeit der Flanierenden. Der Rollstuhlclub Züri Oberland lud zum Blasrohrschüssen oder der Ustermer Tambourenverein liess immer mal wieder die Trommelstöcke wirbeln.

Der Vereinstag wurde heuer zum ersten Mal in dieser Form durchgeführt. Bisher präsentierten sich die Vereine am Willkommensanlass für die neu Zugewogenen in der Landihalle. Das neue Konzept stiess bei den Vereinen auf Wohlwollen – jedoch auch mit Abstrichen.

Fred Vögeli, Präsident von Uster Tourismus, freute sich über viele Standbesucher, fragte sich jedoch, ob dies auch bei schlechtem Wetter so gewesen wäre. Gleiches gab der Präsident des Vereins Freizeitsportler.ch zu bedenken, welcher eine Internetplattform zum Zusammenfinden von gleichgesinnten Sportlern vertrat.

Robert Wakiyama, Präsident des Judo Clubs Uster bemängelte auch die Unsicherheiten von möglichem schlechtem Wetter und konstatierte zudem bei den Kontakten eine unterschiedliche Qualität. «Quantitativ erreichten wir heute mehr Leute, aber eben auch viele, die bereits in einem anderen Verein sind. Die neu Zugewogenen in der Landihalle sind offener für ein neues Engagement in einem Verein.» Am Samstag



Spontankonzerte: Musiker verschiedenster Couleur traten auf.



Mit Humor geworben: Aufgeblähte Outfits beim Judo Club.



Pfadi, Jungschar & Co.: Auch die Jugendorganisationen waren vor Ort.



Laute Klänge: Der Tambourenverein trommelte. Bilder Fabienne Montepeque

herrschte jedoch strahlend schönes Wetter und die Standstrassen waren permanent mit Besuchern gefüllt.

Das freute auch Brigitte Oehler, evangelisch-reformierte Kirchenpflegerin. Vor allem weil die von ihr betreute «Reformierbar» mit selbst konzipierten Drinks gut besucht war. «Obwohl wir ja kein Verein im eigentlichen Sin-

ne sind, war es uns wichtig, hier im Alltag der Menschen präsent zu sein», so Oehler. Und man habe sehr gute Kontakte gehabt. «Ein pensionierter Mann hat zum Beispiel gefragt, wie er sich bei unserer Kirchengemeinde einbringen könnte.»

Auffallend viel Besucherzulauf hatte der Verein «Lebensquali-

tät Uster West». Mit Kartenmaterial, Flyern und Kulinarischem machten die Vereinsmitglieder auf ihr politisches Anliegen aufmerksam. Nämlich die politische Bodigung der von der Stadt Uster geplanten Umfahrung Uster West. Der Verein hat gemäss Vorstandsmitglied Martin Zürner derzeit rund 130 Mitglieder.

Auch der relativ neue Verein «Open Air für Uster / H2U» war zugegen, der im vergangenen Jahr erstmals ein Musikfestival auf dem Zeughausareal organisiert hatte. Insofern passte das neue Konzept des Vereinstags als Open-Air-Veranstaltung perfekt zum Vereinsziel. «Die Kontakte sind sehr zahlreich», so der Vizepräsident Rolf Heckendorn.

Beim Bahnhof überfallen

EGG Beim Bahnhof Egg/Esslingen kam es am Samstag zu einem Übergriff von drei Unbekannten auf zwei junge Männer. Diese blieben dabei unverletzt, wie die Kantonspolizei mitteilte. Die Opfer sassen kurz nach 5 Uhr morgens auf einer Parkbank und warteten auf den Bus. Plötzlich wurden sie von den Tätern umstellt und mit einer Stichwaffe bedroht. Die Täter stahlen Bargeld, elektronische Geräte und Kleider im Gesamtwert von mehreren hundert Franken. Danach schlugen sie einem der Opfer mit der Faust ins Gesicht und flüchteten anschließend Richtung Löwenstrasse, wo sie vermutlich mit einem Fahrzeug wegfuhren.

Polizei sucht Zeugen

Die drei Täter werden zirka 20 Jahre alt geschätzt und sind rund 180 Zentimeter gross. Sie trugen Kapuzenpullis und waren mit Baseballmützen, Schals oder Tüchern maskiert. Die Polizei sucht Personen, die Angaben zum Tathergang, zu den Tätern oder dem Fahrzeug machen können: Telefon 044 247 22 11. zo

Neue Leitung, neues Konzept

VOLKETSCHWIL Seit November 2016 hat die Kinder- und Jugendarbeit Volketswil einen neuen Leiter. Mit seinem Team hat Patrick Schwegler ein neues Konzept erarbeitet, welches demnächst dem Gemeinderat vorgelegt wird.

Volketswil setzt sich schon viele Jahre für seinen Nachwuchs ein. Das wird einem so richtig bewusst, als Patrick Schwegler, der neue Leiter der Kinder- und Jugendarbeit (KJAV), erzählt, dass er sich 1987 bis 1999 in ähnlicher Funktion um die Volketswiler Jugend gekümmert habe. Heute werde er von seinem Team fantastisch unterstützt.

Projekte in Dorfteilen

Betrachtet er die Gemeinde, fallen ihm ein tiefer Altersdurchschnitt, viele Kinder und die aussergewöhnliche Freizeitanlage Griespark auf. Eine Herausforderung sei, dass es keinen wirklichen Dorfkern, dafür mehrere Dorfteile gebe. Weil das Kinder- und Jugendzentrum für

den jungen Nachwuchs zum Teil weit weg liege, würden vermehrt Projekte in den Dorfteilen lanciert.

Ein offenes Haus

Die Leitung der KJAV war fast ein Jahr nicht besetzt. Aus diesem Grund hat Patrick Schwegler mit seinem Team ein neues Konzept erstellt. Sie wollen erreichen, dass sich sämtliche jungen Volketswiler im Kinder- und Jugendzentrum und bei den Projekten wohl und auch geschützt fühlen.

«Unsere Aufgabe ist es, allen Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, hierher zu kommen, unabhängig davon, welchem Geschlecht, welcher Nationalität oder welcher Religion sie zugehörig sind.» Man wolle hier ein offenes Haus. Deshalb würden seit November neue Regeln gelten. «Die Kinder und Jugendlichen brauchen Richtlinien, sie haben ein Anrecht auf sie. Momentan findet ein Generationenwechsel statt», sagt Schwegler. Ein weiterer Fokus der KJAV liegt auf der Mädchenarbeit. Ziel

ist, den Anteil an Mädchen in den nächsten Jahren von zwanzig auf fünfzig Prozent zu erhöhen. Denn Mädchen brauchen neben dem allgemeinen Angebot auch einen geschützten Rahmen, welchen sie im Kinder- und Jugendzentrum mit einem eigenen Raum bekommen. Dort können sich die Mädchen mit «Frauenthemen» auseinandersetzen, können sich entwickeln und Selbstvertrauen gewinnen, ohne männliche Bewertung. «Gäbe es diese Girls-Treffs nicht, würden einige Mädchen nicht zu uns kommen, weil sie sich nicht getrauen würden oder auch weil ihre Eltern den Besuch bei uns nicht erlauben würden», so Schwegler.

Vertrauen aufbauen

«Einen speziellen «Jungs-Raum» braucht es nicht, da die Buben sich tendenziell schnell wohlfühlen und sich im Haus breit machen», meint KJAV-Teammitglied Filiz Düzgöl. Um alle genannten Vorhaben umsetzen zu können, erläutert Patrick Schwegler weiter: «Wir wollen

die Kinder- und Jugendarbeit langfristig planen, weshalb ein Mehrjahresplan erarbeitet werden soll.» Dann könne man im Nachhinein überprüfen, was erreicht wurde, was gut funktioniert und was nicht. Es sei zudem wichtig zu sehen, wofür Geld ausgegeben worden sei. Der Leiter der Kinder- und Jugendarbeit betont: «Der Gemeinderat, die Kinder und Jugendlichen und deren Eltern sollen wissen, was wir tun. Es braucht Vertrauen auf allen Ebenen für eine Beziehung, für eine lebendige Jugendarbeit.»

Street Soccer für alle

Vom 5. bis 12. Juli steht eine Street-Soccer-Anlage auf dem Basketballplatz des Schulhauses Feldhof. Das KJAV-Team wird an den Nachmittagen mit diversen Angeboten für Kinder und Eltern da sein. KJAV-Mitarbeiter Dimitri Kuster erklärt: «Unser Ziel ist, Kontakt zu den Kindern zu knüpfen, damit sie später als Jugendliche auch zu uns ins Kinder- und Jugendzentrum kommen.» Esther Wolff

«Die Atmosphäre war für die schätzungsweise 2000 Besucher sehr motivierend.»

Andreas Wyss,
Leiter Soziokultur
Stadt Uster

«Viele kauften bei uns gar ein Ticket für die zweite Auflage im August. Insofern dient uns der Vereinstag auch als Verkaufsstelle.» Der Stand war nahe der kleinen Bühne, wo auch im Sommer auftretende Künstler kurze Intermezzos hatten.

Mitglieder der Pfadi Uster-Greifensee, welche sich gemäss Abteilungsleiter Matthias Rothmayr im vergangenen Jahr über einen Mitgliederzuwachs von 10 Prozent freuen konnten, standen in ihren traditionellen Uniformen Red und Antwort.

Andreas Wyss, Leiter Soziokultur der Stadt Uster, zog denn auch ein sehr positives Fazit: «Der Anlass war aus unserer Sicht äusserst gelungen. Es waren schätzungsweise 2000 Besucher da, die Atmosphäre war für die Besucher sehr motivierend und die Rückmeldung der Vereine war gut, von einigen Detailkritiken wie schlechte Standorte abgesehen.»

Die Bedenken wegen schlechtem Wetter kann Wyss nachvollziehen. «Wir hatten Glück, weil wir bei dieser ersten Durchführung keine Schlechtwettervarianten hatten.» Für die Zukunft wolle man am Konzept festhalten, vielleicht mit einem integrierten Verschiebedatum oder einer gedeckten Austragungsvariante, falls das Wetter schlecht sein sollte. Andreas Leisi

Bildergalerie unter
zuerioest.ch/galerien

Gemeindeversammlung

Zollingerheim massiv teurer

MAUR Heute Abend befindet die Gemeindeversammlung von Maur über die Jahresrechnung 2016 der Einheitsgemeinde. Diese schliesst mit einem Aufwändüberschuss von 0,7 Millionen Franken ab. Gegenüber dem budgetierten Aufwändüberschuss von 3 Millionen Franken resultiert eine Ergebnisverbesserung um 2,3 Millionen Franken. Dies konnte vor allem durch Mehrerträge bei den Steuern früherer Jahre (0,5 Millionen Franken) und insbesondere durch Grundstückgewinnsteuern (1,6 Millionen Franken) erzielt werden. Weiter traktandiert ist die Bauberechnung für den Umbau und die Sanierung des Hauptgebäudes des Pflegezentrums Forch. Diese schliesst mit Mehrkosten von rund 5 Millionen ab. Davon trägt die Gemeinde Maur 3 Millionen und die Gemeinde Zurnikon 2 Millionen Franken. zo

Alle Geschäfte unter
zuerioest.ch/meinegemeinde



Breit angelegte Strasse: Die von Bäumen gesäumte Loren Allee bietet Fussgängern und Velofahrer viel Platz, verleitet Autofahrer aber auch zum Wildparkieren.

Urs Weisskopf

«Etwas mehr Leben würde das Quartier schon vertragen»

USTER Die Loren Allee im Stadtteil Uster West hat sich in den letzten Jahren laufend verändert. Und noch ist das Quartier nicht fertig gebaut.

Dieter Baumann kennt die Loren Allee in Uster West noch, als diese links und rechts primär von Wiesen gesäumt wurde. «Es hatte damals einen schönen Edelkastanienbaum direkt an der Strasse», so der selbstständige Gartenpfleger und Hauswart. Das war 2001, als er ab Plan eine Wohnung hier kaufte. Heute lebt Baumann mit seiner Frau und seinen beiden 15- und 17-jährigen Kindern an der Loren Allee 7 und ist als Hauswart für diverse Liegenschaften in der Nachbarschaft verantwortlich.

aufgewachsen. Sie wohnt seit 14 Jahren mit ihren Eltern und ihrem Bruder an der Loren Allee, hat hier gespielt, war unzählige Male mit dem Hund «draussen». «Die neuen Bauten wie die KMU-Boxen oder das grosse rote Mietshaus haben mich damals schon gestört, weil sie meinen Bewegungsradius eingeschränkt haben», so die Maturandin. Andererseits war die Eröffnung der Aldi-Filiale für sie als damalige konsumgieriger 1. Sek-Schülerin ein Highlight. Und der Kiesplatz mit den zwei Bänken zwischen KMU-Boxen und Riet war in ihrer Jugend wichtiger Treffpunkt.

Heute findet sie, dass es bezüglich Konsumangeboten zu viel vom gleichen habe: «Ein Aldi, ein Denner und etwas weiter weg ein Migros, ein Coop – alle bieten ungefähr dasselbe an.» Mittelfristig zieht es Meret Zwicky von Uster West weg. «Am liebsten in ein Aussenquartier von Zürich, nach Wollishofen zum Beispiel.»

Gute Durchmischung, aber Gefahr der Veralterung

«Etwas mehr Leben würde das Quartier schon noch vertragen», meint Baumann zur Entwicklung von Uster West. Denn der Bevölkerungsmix hätte diesbezüglich durchaus Potenzial. «Es herrscht hier eine gute Durchmischung von Schweizern und Ausländern.» Leider habe der Anteil an Familien mit kleinen Kindern in den letzten Jahren abgenommen. «Dadurch besteht die Gefahr der Überalterung.»

Sehr wichtig, weil integrativ sei die Eröffnung des Café Flor vor anderthalb Jahren gewesen.

«Ein Restaurant ist automatisch Treffpunkt und belebt das Quartier auch abends.»

Dieter Baumann



Seit vielen Jahren lebt Dieter Baumann in Uster West.

Fabio Meier

im Vordergrund. Es soll für dieses hervorragend gelegene Grundstück ein Projekt entwickelt werden, welches die im Gestaltungsplan vorgesehene hohe Ausnutzung konsumiert und städtebaulich den Erwartungen entspricht», sagt Wolfensberger weiter.

Ein geheimnisvolles Wohnhaus

Ebenfalls noch unbebaut ist die Parzelle oberhalb des KMU-Parks, die in Privatbesitz ist. Die letzte grosse Fläche in Uster West, welche nicht mit neueren Miet- oder Geschäftshäusern bebaut ist, liegt zwischen Loren Allee und Winterthurerstrasse. Eine Parzelle wird landwirtschaftlich genutzt. Ein Wohnhaus mit Garten scheint wenig bewohnt und in zwei ältere Häuser ist Gewerbe eingemietet. Das Land gehört dem Vernehmen nach der Firma Bühler Liegenschaften.

Eine Anfrage, ob die Besitzer planen, die Nutzung mittel- oder langfristig zu ändern, wurde nicht beantwortet. «Dieses Wohnhaus war schon immer geheimnisvoll», sagt Meret Zwicky. Man frage sich in der Familie schon lange, wer dort wohne. Aber es passe zu zusammengewürfelten, wenig bauliche Einheit bietenden Quartier, so Meret Zwicky. Andererseits fühle sie sich durch die Überschaubarkeit hier sicher. «Das Loren Quartier ist noch immer mein Zuhause.»

Andreas Leisi

Lebensräume

Ein Blick auf Usters Siedlungen und deren Bewohner



Seitdem wurden in Uster West der KMU-Park mit kombiniertem Wohnen und Arbeiten, diverse Wohnblöcke, mehrere Geschäftshäuser, eine Aldi-Filiale, das Hotel Residence Loren und die Geschäfts- und Wohnüberbauung Flor hochgezogen. Geplant sind weitere KMU-Boxen und hinter dem Aldi evaluiert die Stadt für die Errichtung einer neuen Ustermer Abfallsammelstelle. Die Loren Allee selbst wurde breit angelegt: Mit Bäumen gesäumt und mit viel Platz für Fussgänger und Velofahrer. Die Breite verleitet jedoch viele Autofahrer zum Wildparkieren, das die Stadt im Sommer mit baulichen Massnahmen unterbinden will.

KMU-Boxen schränken Bewegungsradius ein

Meret Zwicky hat soeben die Matur gemacht und ist im Quartier

Stadt Uster. Gemäss Patrick Wolfensberger, Abteilungsleiter Finanzen, gab es in den vergangenen Jahren mehrere Anfragen von Interessenten, welche sich für einen Kauf dieser Parzelle interessierten. Aber anscheinend kam es noch zu keinem Abschluss. «Für die Stadt Uster steht eine Vergabe im Baurecht

ABSTIMMUNG AM 24. SEPTEMBER

Dieser Artikel geht bewusst nicht auf das **Projekt Uster West** ein, das eine Strasse durch das Gebiet plant. Dies, weil am 24. September dieses Jahres über die Volksinitia-

tive «Zur Erhaltung der Landschaft in Uster West (keine Strasse Uster West)» abgestimmt wird und der ZO/AvU diesbezüglich umfassend informieren wird. Hinter dieser In-

itiative steht der Verein Lebensqualität Uster West, der 2008 gegründet wurde und heute gemäss eigenen Angaben rund 130 Mitglieder umfasst. 20

Strassenbau

Kein Lebenszeichen für Uster West

von Stefan Hotz / 21.7.2017, 15:00 Uhr

Die geplante neue Strasse, deren Bau seit Jahren blockiert ist, steht laut den Kritikern klar im Widerspruch zum Naturschutz

Seit 2015 hat die Baudirektion den Auftrag, die Schutzverordnung für Uster zu überarbeiten. Damals hiess der Regierungsrat einen Rekurs von Anwohnern und Naturschützern gut. Sie hatten bemängelt, das an das Glatten- und Werrikerriet angrenzende Brandschänkiriet werde stiefmütterlich behandelt. Haarscharf an ihm vorbei plant der Kanton seit Jahren die ebenso lange blockierte neue [Strasse Uster West](#).

Mitte Juni legte die Baudirektion den Entwurf einer geänderten Schutzverordnung öffentlich auf. Ein Lebenszeichen der neuen Strasse, die im Text nicht vorkommt, ist das allerdings nicht, eher im Gegenteil. Der Verein Lebensqualität Uster West (VLUW) schreibt auf seiner Homepage, der Entwurf zeige, dass das Brandschänkiriet tatsächlich so gross sei, wie der Verein seit neun Jahren darlege. Das Flachmoor von nationaler Bedeutung reiche in seinem Quellgebiet bis an den Randstein der geplanten Strasse.

Schlimmer noch: Gemäss der beigelegten Karte der Baudirektion würde der nördliche Abschnitt von Uster West quer durch die erst jetzt festgelegte Pufferzone führen. Diese ist für ein solches Moorgebiet zum Schutz vor Schadstoffen und zu viel Nährstoffen zwingend auszuscheiden.

Der VLUW weist auch auf die politische Brisanz der technokratischen Festlegung hin. Alle bisherigen Entscheidungen zur Strasse Uster West beruhten, wie erst jetzt bekanntwurde, auf einer irreführenden Darstellung des Moorschutzgebiets: Der Kantonsrat sei beim Richtplan- und [Kreditbeschluss](#) den «alternativen Fakten der Baudirektion auf den Leim gekrochen». Im September stimmen die Ustermer über eine Initiative ab, die ihre Behörden verpflichten würde, sich gegen Uster West einzusetzen.



Seilziehen um kantonales Strassenprojekt **Vabanquespiel um Uster West**

von Stefan Hotz / 13.6.2013, 06:00

Das Aus für die Fertigstellung der Oberlandautobahn im Juni 2012 vor Bundesgericht hat aufgezeigt, wie der Kanton interne Warnungen zur Umweltverträglichkeit in



Umstrittene Umfahrung

«Uster West» verzögert sich

29.9.2014, 12:58

Die Umfahrung «Uster West» verzögert sich wegen eines Rechtsstreits. Es geht um die Abgrenzung zu einem Moorgebiet.

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG. Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von Neue Zürcher Zeitung ist nicht gestattet.

Zu nah am Moor

Kritiker fordern Stopp für Planung der Strasse Uster West

sho. · Seit 2015 hat die Baudirektion den Auftrag, die Schutzverordnung für Uster zu überarbeiten. Damals hiess der Regierungsrat einen Rekurs von Anwohnern und Naturschützern gut. Sie hatten bemängelt, das an das Glatten- und Werrikerriet angrenzende Brandschänkiriet werde stiefmütterlich behandelt. Haarscharf an ihm vorbei plant der Kanton seit Jahren die ebenso lange blockierte neue Strasse Uster West.

Mitte Juni legte die Baudirektion ihren Entwurf öffentlich auf. Ein Lebenszeichen der neuen Strasse, die im Text nicht vorkommt, ist das allerdings nicht, eher im Gegenteil. Der Verein Lebensqualität Uster West (VLUW) schreibt auf seiner Homepage, der Entwurf zeige, dass das Brandschänkiriet tatsächlich so gross sei, wie der Verein seit neun Jahren darlege. Das Flachmoor von nationaler Bedeutung reiche

in seinem Quellgebiet bis an den Randstein der geplanten Strasse. Schlimmer noch: Gemäss der beigelegten Karte der Baudirektion würde der nördliche Abschnitt von Uster West quer durch die erst jetzt festgelegte Pufferzone führen. Diese ist für ein solches Mooregebiet zum Schutz vor Schadstoffen und zu viel Nährstoffen zwingend auszuscheiden.

Der VLUW weist auf die politische Brisanz der technokratischen Festlegung hin. Alle bisherigen Entscheidungen zur Strasse Uster West beruhten, wie erst jetzt bekanntwurde, auf einer irreführenden Darstellung des Moorschutzgebiets: Der Kantonsrat sei beim Richtplan- und Kreditbeschluss den «alternativen Fakten der Baudirektion auf den Leim gekrochen». Im September stimmen die Ustermer über eine Initiative ab, die ihre Behörden verpflichten würde, sich gegen Uster West einzusetzen.

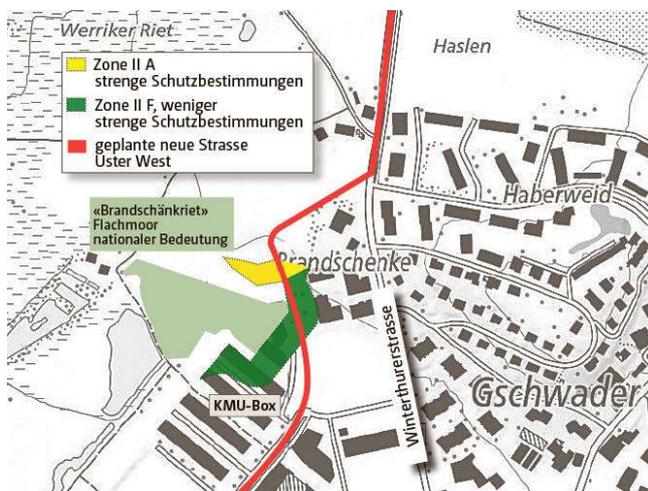


Streit um Schutz der Landschaft

Mehr Moorschutz – aber «Uster West» soll weiter möglich sein

Der Entwurf der neuen Moorschutzverordnung legt Schutzzonen fest, durch die die Strasse «Uster West» führen soll. Dennoch hält die kantonale Baudirektion die Strasse weiterhin für machbar. Die Gegner des Strassenprojekts erwägen den Gang vor Gericht.

von Raphael Brunner, 23.07.2017, 13:30 Uhr



Abo

1 / 2 Mit der neuen Schutzverordnung reicht das Moorschutzgebiet bis an die geplante Strasse «Uster West» heran.

Martin Zürrer und Dominic Brem sind über den Entwurf der neuen Moorschutzverordnung gebeugt, die das Gebiet «Brandschänki» im Westen von Uster betrifft. Beide schütteln den Kopf. «Die Signale des Kantons sind widersprüchlich. Und sein Vorgehen ist nicht nachvollziehbar», sagt Zürrer.

WERBUNG



Replay

Moor grösser kartiert

Die neue Moorschutzverordnung entscheidet wesentlich mit, ob die geplante Strasse «Uster West» gebaut werden kann. Zürrer und Brem bekämpfen das Projekt seit Jahren. Beide sind im Vorstand des Verein...



Lebensqualität Uster West wittert Komplott



Stadtrat Uster gelangt wegen «Uster West» ans Bundesgericht



bekämpfen das Projekt seit Jahren. Beide sind im Vorstand des Vereins «Lebensqualität Uster West», der rund 130 Mitglieder zählt.

Der neue Entwurf zur Moorschutzverordnung definiert das «Brandschänkiried» als deutlich grösseres Gebiet, als das bisher der Fall war. Dieser neueste Entwurf wurde notwendig, weil unter anderem der Verein «Lebensqualität Uster West» gegen einen vorherigen Entwurf rekurrierte und dabei Recht bekam (siehe Box).

Jahrelanger Streit

Über die geplante Strasse «Uster West» wird seit Jahren gestritten. Sie soll künftig den Verkehr von der Winterthurerstrasse aus über das Gebiet der Loren und dann via einen Viadukt über die Bahngeleise zur Zürichstrasse führen. Ziel ist es, damit die Ustermer Innenstadt zu entlasten. Der Kantonsrat hat 2012 einen Kredit über 21 Millionen Franken bewilligt. Verschiedene Rekurse blockieren die Realisierung aber seitdem. Unter anderem muss zuerst der Moorschutz geregelt werden. Einen ersten Entwurf für eine Schutzverordnung musste die Baudirektion auf Geheiss des Regierungsrats überarbeiten – diese überarbeitete Revision steht jetzt zur Debatte.

Neu reicht die Moorschutzzone auf einem ganz kleinen Abschnitt (siehe Plan) bis an den Randstein der geplanten Strasse heran. Rund um das Moor bestimmt die Verordnung verschiedene Puffer- und Naturschutzumgebungszonen. Eine davon, die Zone IIA sieht strenge Schutzbestimmungen vor, weil sie ausserhalb der Siedlungszone liegt, wie die Baudirektion schreibt. Die geplante Linienführung der Strasse «Uster West» geht durch sie hindurch, allerdings sind nur wenige Meter Strasse betroffen. Eine weitere Schutzzone, die Zone IIF, betrifft grössere Teile der geplanten Strasse. Für diese Zone sind die Bestimmungen aber weniger streng, weil sie sich innerhalb des Siedlungsgebiets befindet.

Nur «erhöhte Anforderungen»

Die Baudirektion hält auf Nachfrage fest: «Die geplante Linienführung von Uster West ist vereinbar mit dem Entwurf der Schutzverordnung». Zwar würden die Pufferzone und Naturschutzumgebungszone erhöhte Anforderungen an das Strassenprojekt stellen. «Der Kanton erachtet diese aber als machbar», schreibt er in einer Stellungnahme.

«Eigentlich müsste Uster West mit der neuen Schutzverordnung gestorben sein»
Martin Zürrer, Verein Lebensqualität Uster West

Martin Zürrer, von Beruf Umweltberater, beurteilt die Lage hingegen anders. «Eigentlich müsste Uster West mit der neuen Verordnung gestorben sein, zumindest so wie der Verlauf der Strasse geplant ist.» Schliesslich führe die Strasse durch eine Zone mit strengen Schutzbestimmungen hindurch, auch wenn das nur wenige Meter betreffe. «In diesem Gebiet darf der Bau einer Strasse nicht erlaubt sein.» Zürrer und Brem sind aber überzeugt, dass der Kanton Wege trotzdem Wege suchen werde, die Strasse zu bauen. «Ein so kleiner Bereich, der unter Schutz steht, wird doch nicht ein solches Millionen-Projekt verhindern», sagt Brem mit ironischem Unterton.

Kritik an Umsetzung des Gutachtens

Der Verein «Lebensqualität Uster West» will sich mit dem Entwurf der

Der Verein «Lebensqualität Uster West» will sich mit dem Entwurf der Moorschutzverordnung denn auch nicht abfinden. Dass in der Zone IIF weniger strenge Schutzbestimmungen gelten sollen, halten Zürrer und Brem für ungerechtfertigt. «Dort befindet sich das Quellgebiet des Moores.» Sie verweisen auf das Gutachten, das das Amt für Landschaft und Natur erstellen liess. Das Gutachten bildet die Grundlage für die Moorschutzverordnung. Dort sind zahlreiche, exakt umrissene Gebiete als schützenswert vermerkt. Laut den beiden «Uster-West»-Gegnern orientiere sich die Schutzverordnung aber nur zum Teil daran. Einmal würden grosse, ein ander mal fast gar keine Pufferzonen rund um das Kerngebiet des Moores festgesetzt. «Wir haben das Gefühl, die Baudirektion lege den Moorschutz nur in solcher Weise fest, damit Uster West weiterhin möglich bleibt.»

Weiterer Gang vor Gericht

Wie es aussieht wird die Angelegenheit erneut ein Fall für die Gerichte. Der Entwurf für die Schutzverordnung lag bis am vergangenen Dienstag öffentlich auf. Wer wollte, konnte dazu Stellung nehmen, was der Verein «Lebensqualität Uster West» getan hat. Die Baudirektion wird die Einwände prüfen und dann eine definitive Version der Schutzverordnung festsetzen. Martin Zürrer sagt: «Sollte die Baudirektion unsere Einwände ignorieren, werden wir Rekurs einlegen.» Er und Brem rechnen sich dabei gute Chancen aus, denn die Gerichte hätten ihrem Verein bisher stets Recht gegeben. «Es macht den Anschein, als delegiere die Baudirektion den Moorschutz weiterhin an die Justiz. Das ist ein betrübliches Signal einer Behörde, die für den Vollzug des Naturschutzes verantwortlich ist.»

«Wir erwarten, dass Uster West mit dieser Schutzordnung gebaut werden kann»
Thomas Kübler, Bauvorstand Uster

Stadt Uster vertraut auf Kanton

Dass über die Moorschutzverordnung letztlich die Gerichte entscheiden, glaubt auch der Ustermer Bauvorstand Thomas Kübler (FDP). Die Stadt Uster hat ebenfalls Stellung genommen zur neuen Verordnung. «Wir haben unsere Erwartung ausgedrückt, dass Uster West mit dieser Schutzverordnung gebaut werden kann. Die Baudirektion hat uns das in den Vorgesprächen auch zugesichert.»

Abstimmung im September

Direkt in die Planung der geplanten Strasse ist die Stadt Uster aber nicht. Sie liegt in der Zuständigkeit des Kantons. Die Ustermer Stimmbevölkerung entscheidet aber am 24. September über die Initiative «Keine Strasse Uster West», lanciert von einem Komit, dem auch Brem und Zürrer angehören. Sie will die Ustermer Behörden dazu verpflichten, mit allen «demokratischen, politischen und rechtlichen» Mitteln den Bau der Strasse Uster West zu verhindern.

[Beitrag merken](#)

So naheliegend.

Anzeiger von Uster

Montag, 24. Juli 2017 | Nr. 169 | CHF 3.50 | www.zürst.ch

GLÄUBIGE EHREN GÖTTIN

Feiern unter Tamilen in Dürnten

Am Samstag feierten rund 5000 Tamile ihr Göttin Vishnu Thurkka. ZO/AvU-Redaktorin Sibylle Egloff war dabei. **SEITE 6**



OBERLÄNDER REÜSSIEREN

Medaillen mit speziellen Geschichten

Drei Oberländer holten an der Leichtathletik-SM im Letzigrund Medaillen über teils ungewohnte Distanzen. **SEITE 23**

BESSER ALS WETZIKON

Lama-Suche auf dem Gossauer Gotthard

Redaktor David Kilchör hat nach dem Wetziker auch den Gossauer Gotthard besucht – und ist begeistert zurückgekehrt. **SEITE 7**

Redaktion 044 933 33 33
redaktion@zol.ch
Aboservice 044 933 32 05
abo@zol.ch
Inserate 044 933 32 04
inserate@zol.ch
AZ 8620 Wetzikon

ZRZ
Zürcher Regionalzeitungen

Mehr Moorschutz – aber «Uster West» soll weiter möglich sein

USTER Der Verein «Lebensqualität Uster West» bekämpft seit Jahren die geplant «Uster West»-Strasse. Die neue Moorschutzverordnung gibt dem Verein wieder Hoffnung, obwohl die kantonale Baudirektion am Projekt festhält.

Der Bau der Strasse «Uster West» hängt stark von der neuen

Moorschutzverordnung ab. Der neue Entwurf legt nämlich deut-

lich grössere Moorschutzgebiete fest. Weil die geplante Strasse bis in die neu festgelegten Schutzzonen reicht, erhofften sich Martin Zürrer und Dominic Brem vom Verein «Lebensqualität Uster West», dass das Projekt «Uster

West» nun abgebrochen werden muss. Zu Unrecht, findet die kantonale Baudirektion. Die geplante Linienführung von «Uster West» sei mit dem Entwurf der Schutzverordnung vereinbar, hält sie auf Nachfrage

fest. Der Verein «Lebensqualität Uster West» stellt sich deshalb gegen den neuen Entwurf. Er sei so zurechtgelegt, dass «Uster West» weiterhin möglich sei. Der Verein hat deshalb zu dem öffentlich aufgelegten Entwurf

Stellung genommen. Sollte darauf nicht entsprechend reagiert werden, würden sie Rekurs einlegen, erklären Zürrer und Brem. Aufgrund ihrer Erfahrung rechnen sie sich dabei gute Chancen aus. **rbr SEITE 2**

Sturm fällt Silberweide

REGION In der Nacht auf Sonntag zog ein heftiges Gewitter über die Region. Wer sich nach 23 Uhr noch draussen aufhielt, flüchtete schleunigst irgendwo ins Trockene. So etwa die Besucher des Reeds-Festivals in Pfäffikon. Das Gelände musste gar evakuiert werden, weil die Sturmböen Abschränkungen und ganze Verkaufsstände mitrissen.

Einen Schicksalsschlag musste die Mönchaltorfer Naturstation Silberweide hinnehmen: Neben weiteren Schäden beklagt Leiterin Nathalie Séchaud vor allem den Verlust der alten Silberweide, dem Wahrzeichen der Station. Mit dem Baum gefällt wurde auch ein Storchennest, was einen Jungstorch das Leben kostete.

Besonders betroffen war zudem Egg. Unter anderem mussten hier zwei Lenker aus ihren Fahrzeugen befreit werden, nachdem Bäume darauf gefallen waren. Dazu kam eine grossangelegte Aufräumaktion auf der Forchautostrasse. **khe SEITE 3**

Motive bleiben rätselhaft

DÜBENDORF Der 27-jährige Mann, der am Freitagabend in Dübendorf mit einer Schusswaffe hantierte, war der Polizei bereits wegen anderen Delikten bekannt. Der Grund seines Verhaltens sei aber weiterhin nicht bekannt, sagt Beat Jost, Mediensprecher der Kantonspolizei Zürich, auf Nachfrage des ZO/AvU.

Der Einsatz hatte über drei Stunden gedauert. Verhandler versuchten, mit dem Mann zu sprechen. «Er wollte nicht reden. Deshalb wurde die Türe durch die Spezialeinheit gewaltsam geöffnet», sagt Jost weiter. Auch eine Mitarbeiterin des Wohnheims, in dem der Täter zurzeit wohnt, war während des Vorfalls zugegen. In der Dübendorfer Wohngruppe leben Menschen mit psychischen und sozialen Beeinträchtigungen. **zo SEITE 2**



Der Jamaikaner Bugle brachte am Samstagabend das Publikum zu kochen, begleitet von einer graziösen Tänzerin.

Fabienne Montepique

Heisser Sound, ausgelassene Stimmung und ein Gewittersturm am elften Reeds-Festival

PFÄFFIKON Die Weisheit «das Reeds ist nett und wet» wurde wieder einmal bestätigt – und wie. Schon am Freitag zog ein Unwetter über das Festgelände beim Seequai in Pfäffikon. Die Organisatoren dachten bereits daran, die Notbremse zu ziehen und das Gelände zu evakuieren. Trotzdem gaben sich die Organisatoren optimistisch und hielten auf der Homepage fest: «Was ruhig begann, wurde wild und wet!

Der obligate Regen kam, mit Gebrüll – hoffen wir das war's fürs Wochenende!» Daraus wurde dann nichts. Im Gegenteil.

Erstmals ausverkauf

Nach einem heissen Tag, an dem viele Abkühlung im See oder unter der eigens dafür installierten Dusche suchten, konnte sogar eine Premiere gefeiert werden: Das Reeds war zum ersten Mal in seiner elfjährigen Ge-

schichte ausverkauft. Der Ticket-Schalter musste geschlossen werden, die festgelegte Besucherlimite war erreicht. Die Freude darüber hielt bei den Veranstaltern nicht lange an.

Am Samstagabend trat nämlich der am Freitag befürchtete Ernstfall ein. Um 22.30 Uhr musste das Festivalgelände evakuiert werden. Ein Gewitter mit Sturmböen fegte über die Region. Was nicht niet- und nagel-

fest war, wurde mitgerissen. Es wurde gefährlich.

Dank dem umsichtigen Entscheid der Organisatoren entstand dann aber nur Sachschaden, verletzt wurde trotz herumfliegender Äste, einem umstürzenden Baum und fortgewehten Zeltdächern zum Glück niemand. Die Aufräumarbeiten dauerten aber die ganze Nacht. Am Sonntagmorgen wurde das Festival fortgesetzt. **gau SEITE 5**

Aus für Badespass

FISCHENTHAL Besitzer des Badespasses müssen ab Ende dieser Saison in der Badi Steg wieder den normalen Eintrittspreis bezahlen. Die Gemeinde Fischenthal steigt aus dem regionalen Projekt aus, bei dem Gäste mit einem Pass gratis Zugang zu verschiedenen Schwimmbädern in der Region hatten. Grund dafür sind mangelndes Interesse und folglich fehlende Finanzen. Nur 0,6 Prozent der verkauften Karten waren Badespässe.

Badmeister Thomas Welling er bedauert den Austritt aus dem Projekt. Fischenthaler Gemeinderat Herbert Müller sagt aber, sie hätten den Misserfolg nicht vorhersehen können. **zo SEITE 7**

FCZ startet mit Derbysieg

FUSSBALL Der FC Zürich ist mit einem Sieg in die Super League zurückgekehrt. Raphael Dwamena schoss sein Team mit zwei Treffern zum 2:0-Derbysieg gegen die Grasshoppers. Dwamena hatte mit zwölf Toren in 18 Spielen der Challenge-League-Rückrunde auf sich aufmerksam gemacht. Nun setzte er auch eine Liga höher ein Ausruferzeichen und belohnte den FCZ vor 20000 Zuschauern im Letzigrund für eine starke Leistung. Zusammen mit den Young Boys, die gegen Titelverteidiger Basel zu einem ungefährdeten 2:0 gekommen waren, ist der FCZ erster Leader. **sda SEITE 19**



INSERATE

Rubriken	
■ Amtliche Anzeigen	8,16
■ Todesanzeigen	16
■ Veranstaltungen	8

«Uster West» trotz dem Moorschutz

USTER Der Entwurf der neuen Moorschutzverordnung legt Schutzzonen fest, durch die die Strasse «Uster West» führen soll. Dennoch hält die kantonale Baudirektion die Strasse weiterhin für machbar. Die Gegner des Strassenprojekts erwägen den Gang vor Gericht.

Martin Zürrer und Dominic Brem sind über den Entwurf der neuen Moorschutzverordnung gebeugt, die das Gebiet «Brandschänki» im Westen von Uster betrifft. Beide schütteln den Kopf. «Die Signale des Kantons sind widersprüchlich. Und sein Vorgehen ist nicht nachvollziehbar», sagt Zürrer.

Moor grösser kartiert

Die neue Moorschutzverordnung entscheidet wesentlich mit, ob die geplante Strasse «Uster West» gebaut werden kann. Zürrer und Brem bekämpfen das Projekt seit Jahren. Beide sind im Vorstand des Vereins «Lebensqualität Uster West», der rund 130 Mitglieder zählt.

Der neue Entwurf zur Moorschutzverordnung definiert das «Brandschänkiried» als deutlich grösseres Gebiet, als das bisher der Fall war. Dieser neueste Entwurf wurde notwendig, weil unter anderem der Verein «Lebensqualität Uster West» gegen einen vorherigen Entwurf rekurrierte und dabei Recht bekam (siehe Box).

Neu reicht die Moorschutzzone auf einem ganz kleinen Abschnitt (siehe Plan) bis an den Randstein der geplanten Strasse heran. Rund um das Moor bestimmt die Verordnung verschiedene Puffer- und Naturschutzumgebungszone. Eine davon, die Zone IIA sieht strenge Schutzbestimmungen vor, weil sie ausserhalb der Siedlungszone liegt, wie die Baudirektion schreibt. Die geplante Linienführung der Strasse «Uster West» geht durch sie hindurch, allerdings sind nur wenige Meter

Strasse betroffen. Eine weitere Schutzzone, die Zone IIF, betrifft grössere Teile der geplanten Strasse. Für diese Zone sind die Bestimmungen aber weniger streng, weil sie sich innerhalb des Siedlungsgebiets befindet.

Nur «erhöhte Anforderungen»

Die Baudirektion hält auf Nachfrage fest: «Die geplante Linienführung von Uster West ist vereinbar mit dem Entwurf der Schutzverordnung». Zwar würden die Pufferzone und Naturschutzumgebungszone erhöhte Anforderungen an das Strassenprojekt stellen. «Der Kanton erachtet diese aber als machbar», schreibt er in einer Stellungnahme.

Martin Zürrer, von Beruf Umweltingenieur, beurteilt die Lage hingegen anders. «Eigentlich müsste Uster West mit der neuen Verordnung gestorben sein, zumindest so wie der Verlauf der Strasse geplant ist.» Schliesslich führe die Strasse durch eine Zone mit strengen Schutzbestimmungen hindurch, auch wenn das nur wenige Meter betreffen. «In diesem Gebiet darf der Bau einer Strasse nicht erlaubt sein.» Zürrer und Brem sind aber überzeugt, dass der Kanton trotzdem Wege suchen werde, die Strasse zu bauen. «Ein so kleiner Bereich, der unter Schutz steht, wird doch nicht ein solches Millionen-Projekt verhindern», sagt Brem mit ironischem Unterton.

Kritik an Umsetzung des Gutachtens

Der Verein «Lebensqualität Uster West» will sich mit dem Ent-



Nah am Siedlungsgebiet: Das Mooregebiet «Brandschänki» westlich der Überbauung «Loren».

Archivbild Eduard Gautschi

wurf der Moorschutzverordnung denn auch nicht abfinden. Dass in der Zone IIF weniger strenge Schutzbestimmungen gelten sollen, halten Zürrer und Brem für ungerechtfertigt. «Dort befindet sich das Quellgebiet des Moores.» Sie verweisen auf das Gutachten, das das Amt für Landschaft und Natur erstellen liess. Das Gutachten bildet die Grundlage für die Moorschutzverordnung. Dort sind zahlreiche Gebiete als schützenswert vermerkt. Laut den beiden «Uster-West»-Gegnern orientiere sich die Schutzverordnung aber nur zum Teil daran. Einmal würden grosse, ein ander mal fast gar keine Pufferzonen rund um das Kerngebiet des Moores festgesetzt. «Wir haben das Gefühl, die Baudirektion lege den Moorschutz nur so fest, damit Uster West weiterhin möglich bleibe.»

Weiterer Gang vor Gericht

Wie es aussieht wird die Angelegenheit erneut ein Fall für die Gerichte. Der Entwurf für die Schutzverordnung lag bis am vergangenen Dienstag öffentlich auf. Wer wollte, konnte dazu Stellung nehmen, was der Verein «Lebensqualität Uster West» getan hat.

Die Baudirektion wird die Einwände prüfen und dann eine definitive Version der Schutzverordnung festsetzen. Martin Zürrer sagt: «Sollte die Baudirektion unsere Einwände ignorieren, werden wir Rekurs einlegen.» Er und Brem rechnen sich dabei gute Chancen aus, denn die Gerichte hätten ihrem Verein bisher stets Recht gegeben. «Es macht den Anschein, als delegiere die Baudirektion den Moorschutz weiterhin an die Justiz. Das ist ein betriebliches Signal einer Behörde, die für den Vollzug des Naturschutzes verantwortlich ist.»

Stadt Uster vertraut auf Kanton

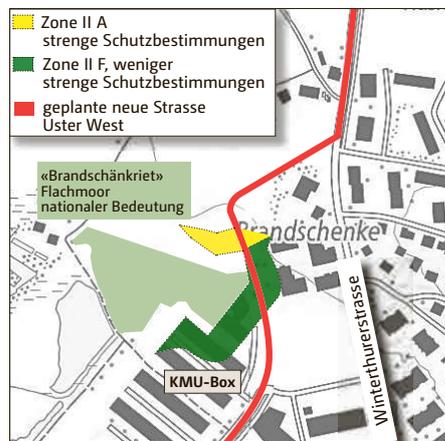
Dass über die Moorschutzverordnung letztlich die Gerichte entscheiden, glaubt auch der Usterer Bauvorstand Thomas Kübler (FDP). Die Stadt Uster hat ebenfalls Stellung genommen zur neuen Verordnung. «Wir haben unsere Erwartung ausgedrückt, dass Uster West mit dieser Schutzverordnung gebaut werden kann. Die Baudirektion hat uns das in den Vorgesprächen auch zugesichert.» Direkt in die Planung der geplanten Strasse eingebunden, ist die Stadt Uster aber nicht. Sie liegt

in der Zuständigkeit des Kantons.

Abstimmung im September

Die Bevölkerung entscheidet am 24. September über die Initiative «Keine Strasse Uster West», lan-

ciert von einem Komitee, dem auch Brem und Zürrer angehören. Sie will die Usterer Behörden dazu verpflichten, mit allen «demokratischen, politischen und rechtlichen» Mitteln den Bau der Strasse Uster West zu verhindern. Raphael Brunner



Mit der neuen Schutzverordnung reicht das Moorschutzgebiet bis an die geplante Strasse «Uster West» heran.

Grafik jkm

«USTER WEST»

Jahrelanger Streit

Über die geplante Strasse «Uster West» wird seit Jahren gestritten. Sie soll künftig den Verkehr von der Winterthurerstrasse aus über das Gebiet der Loren und dann via einen Viadukt über die Bahngleise zur Zürichstrasse führen. Ziel ist es, damit die Usterer Innenstadt zu entslasten. Der Kantonsrat hat 2012 einen Kredit über 21 Millionen

Franken bewilligt. Verschiedene Rekurse blockieren die Realisierung aber seitdem. Unter anderem muss zuerst der Moorschutz geregelt werden. Einen ersten Entwurf für eine Schutzverordnung musste die Baudirektion auf Geheiss des Regierungsrats überarbeiten – diese überarbeitete Revision steht jetzt zur Debatte. rbr



Auch die Spezialeinheit wurde für den Grosseinsatz aufgeboten. Keystone

Bewaffneter war der Polizei bekannt

DÜBENDORF Der 27-Jährige, der am Freitag in Dübendorf mit einer Schusswaffe hantierte, war der Polizei bereits wegen anderer Delikte bekannt.

Auf einer Strecke von einem Kilometer war die Zürichstrasse beim Bahnhof Stettbach am Freitagabend mit Polizeibändern abgesperrt. Kein Auto und nicht einmal Fussgänger wurden durchgelassen. Näher beim Gebäude parkierten mehrere Polizeiautos und ein Sanitätsfahrzeug. Runderum standen Polizisten mit schussicheren Westen.

Betroffen vom Polizeieinsatz war auch das Fitnessstudio, das sich im Erdgeschoss des Gebäudes befindet. Die Kunden und auch er selbst, seien von der Polizei nicht mehr ins Studio gelassen worden, erzählt der Filialleiter am Tag danach.

Eine Handvoll Leute hätten während des Polizeieinsatzes noch trainiert. Nach Trainingsende hätten sie das Studio durch den Notausgang verlassen müssen. «Ich machte mir Sorgen um die Kunden und die Mitarbeiter», sagt der Filialleiter.

Betreuerin war vor Ort

Den Grosseinsatz ausgelöst hatte am Freitagnachmittag gegen 16 Uhr ein 27-jähriger Mann, der mit einer Schusswaffe hantierte. Es handelte sich dabei um einen Bewohner einer Wohngruppe, die sich in der Wohnliegenschaft an der Zürichstrasse befindet. In derselben Liegenschaft ist auch die Kantonspolizei eingemietet. Bei der Institution, die die «Wohngruppe Stettbach» betreut, will man auf Anfrage keine Auskunft zum Vorfall geben. Gemäss der Website existiert die Wohngruppe seit 2012. Das An-

gebot richtet sich an Frauen und Männer ab 18 Jahren mit psychischen oder sozialen Beeinträchtigungen. Insbesondere an Menschen, die nicht mehr in ihrer Familie leben können oder wollen. In der Wohngruppe leben Menschen mit einem geringen Betreuungsbedarf. Die Bereitschaft, verordnete Medikamente einzunehmen und die Hausordnung einzuhalten (keine Drogen, kein Alkohol) werde vorausgesetzt. Das Betreuungsteam ist wochentags vor Ort.

Laut Polizeisprecher Beat Jost war beim Vorfall eine Mitarbeiterin zugegen. Der Polizeieinsatz dauerte über drei Stunden. «Da der Mann eine Waffe hatte, mussten wir vorsichtig und gut vorbereitet sein», sagt Jost. Wo sich der 27-Jährige genau aufgehalten habe, will der Polizeisprecher nicht bekannt geben. Woher er die Waffe hatte

und ob sie sich legal in seinem Besitz befand, wisse man derzeit nicht.

«Er wollte nicht sprechen»

Auf die Kontaktaufnahme des Verhandlers habe der Mann nicht reagiert. «Er wollte nicht sprechen. Deshalb wurde die Türe gewaltsam geöffnet.»

Gemäss der Medienmitteilung der Polizei hatte der Mann «offensichtlich» ein medizinisches Problem. Dazu könne er jedoch «keine detaillierteren Angaben» machen, sagt Jost. «Der Grund seines Verhaltens ist derzeit nicht bekannt.» Der Mann sei polizeilich wegen geringfügiger Delikte bekannt, die anders gelagert seien als das gestrige Verhalten. Der Mann wurde am Samstag der Staatsanwaltschaft zugeführt. «Dann wird abgeklärt, was genau passiert ist», so Jost. Andreas Kurz

«Uster West»: zweites Oberlandautobahn-Fanal?

«Mehr Moorschutz – aber Uster West soll weiter möglich sein»

Ausgabe vom 24. Juli

Man erinnert sich: Der Kanton Zürich hat – aufgrund einer Motion von Kantonsrat Kurt Schellenberg (Wetzikon) – mit einem Aufwand von neun Millionen Franken die Weiterführung der Oberlandautobahn von Oberuster zum Betzholz projektiert. Geplant wurde die Variante, welche die national geschützte Drumlin- und Riedlandschaft zwischen Wetzikon und Bubikon massiv tangiert hätte. Auf Antrag der Baudirektion des Kantons Zürich verkleinerte der Bundesrat sogar den Schutzperimeter so, dass die Strasse ausserhalb der national geschützten Landschaft verlaufen wäre. Damit glaubte der Kanton, die Schutzbestimmungen ausge-

hebelt zu haben. Die Naturschutzorganisationen wehrten sich während Jahren gegen dieses Vorgehen. Allein, es nützte nichts.

Pläne für die Schublade

Nach jahrelangen Planungen wurde das Projekt öffentlich aufgelegt. Dagegen rekurrerten sowohl Anwohner der geplanten Strasse als auch die Naturschutzorganisationen. Sie beschwerten sich, die Verkleinerung des Riedperimeters zugunsten eines Strassenprojektes sei rechtlich nicht zulässig. Diesen Begehren entsprach das Bundesgericht vollumfänglich und versenkte im Juni 2012 das millionenteure Projekt. Die Pläne wanderten samt und sonders in die Schubladen.

Das mediale Gewitter, das sich über die Beschwerdeführer ent-

lud, war gewaltig. Für die Befürworter der Oberlandautobahn war nicht etwa der Kanton für dieses Debakel verantwortlich, sondern die bösen Naturschützer, die «erst am Ende einer langen Planung kommen» und das Projekt verunmöglichen würden. Der Kanton, der mit dem Kopf durch die Wand wollte, stand relativ unbeschädigt da.

Und nun in Uster

In Uster droht Ähnliches: Der «Kanton» – wer das immer auch sei – will direkt neben dem national geschützten Glatten-/Werriker-/Brandschänkiriet westlich von Uster eine Strasse namens «Uster West» durchdrücken. Ein zweites Mal will er eine Schutzverordnung so biegen, dass das Strassenprojekt doch noch möglich sein soll.

Wenn der Kanton – angefeuert vom Ustermer Stadtrat – weiter so plant, landet auch dieses Strassenprojekt vor dem Bundesgericht. Vielleicht in drei, vier oder fünf Jahren – und wird ebenfalls Schiffbruch erleiden. Bundesrätin Leuthard hat dem Zürcher Baudirektor am 7. Juli 2016 schriftlich mitgeteilt: «Vor dem Hintergrund der jüngsten bundesgerichtlichen Rechtsprechung, welche bekräftigt, dass das eidgenössische Moorschutzrecht keine Interessenabwägung zulässt, kann aus Sicht des BAFU die vom Kanton gewünschte Perimeteranpassung nicht aus Gründen des Strassenbaus vorgenommen werden.»

Es ist also davon auszugehen, dass «Uster West» in der geplanten Art nie realisiert werden wird.

Paul Stopper, Uster

Endlich abstimmen über «Uster West»

«Mehr Moorschutz – aber Uster West soll weiter möglich sein»

Ausgabe vom 24. Juli

Am kommenden 24. September findet in Uster die kommunale Abstimmung über die Strasse «Uster West», respektive über die «Volksinitiative zur Erhaltung der Landschaft in Uster West (keine Strasse Uster West)» statt. Die Initiative wurde im Juni 2013 mit über 1000 Unterschriften eingereicht.

Erfolgreiche Beschwerde

Der Stadtrat versuchte, die Initiative als ungültig zu erklären und beauftragte dazu eine

Rechtsprofessorin mit der Ausarbeitung eines Gutachtens. Dieses kostete den Steuerzahler nach Angaben des Stadtpräsidenten 9000 Franken. Es nützte nichts. Das Verwaltungsgericht erklärte die Initiative als gültig. Die dagegen erhobene Beschwerde durch den Stadtrat und den Gemeinderat Uster an das Bundesgericht blieb erfolglos. Die Beschwerdeschrift, wiederum von der Rechtsprofessorin verfasst, soll 39 Seiten umfassen. Und wie viel kostete wohl diese Rechtsschrift?

Der Stadtrat erhoffte sich von der Verzögerung, dass in der Zwischenzeit der Regierungsrat die Strasse «Uster West» baue

und so die Initiative wirkungslos werde. Auch dieser Plan ging gründlich in die Hose. Die Strasse scheiterte bereits an der Schutzverordnung für das gefährdete, 1990 unter nationalen Schutz gestellte Glatten-/Werriker/Brandschänkiriet. Der Regierungsrat wies 2015 die Baudirektion in Gutheissung einer Beschwerde von Anwohnern und den kantonalen Umweltschutzorganisationen an, die Schutzverordnung so festzulegen, dass sie eidgenössischem Recht entspreche.

Wo bleibt Unterführung?

Es ist nicht akzeptabel, dass der Ustermer Stadtrat unsere

Steuergelder dafür einsetzt, um gegen eine Volksinitiative anzukämpfen. Zumal die Lösung für das in Uster leidige Barrierenproblem schon lange bereitsteht: Die Ustermerinnen und Ustermer haben am 24. November 2012 – also vor fünf Jahren – einer Unterführung Winterthurerstrasse mit 5405 Ja zu 3622 Nein deutlich zugestimmt. Weshalb diese Unterführung auch heute noch immer nicht steht, ist nicht akzeptabel. Diesem Theater ist ein Ende zu setzen, indem der «Volksinitiative zur Erhaltung der Landschaft in Uster West» deutlich zugestimmt wird.

Fritz Hammer, Uster

«Das Ja basierte auf falschen Informationen»

USTER Das Komitee der Initiative «Keine Strasse Uster West» ist überzeugt, dass der Moorschutz das Projekt ohnehin verunmöglicht. Trotzdem erachten seine Mitglieder die Initiative als notwendig.

Bei der Initiative «Keine Strasse Uster West» befinden die Ustermer Stimmbürger über ein Projekt, über das sie von Rechts wegen gar nicht zu befinden haben. Denn die geplante Strasse gehört dem Kanton – und der Kantonsrat hat bereits 2012 entschieden, dass sie gebaut werden soll. Offene Rekurse und Einsprachen haben jedoch bewirkt, dass das Projekt zur Zeit auf Eis liegt (wir berichteten).

Über 30 Mitglieder

Auch ein Ja zur Initiative «Keine Strasse Uster West» bedeutet deshalb nicht, dass die Strasse aus dem kantonalen Richtplan gestrichen wird. Sie will aber den Ustermer Stadtrat dazu verpflichten, sich «mit allen politischen, demokratischen und rechtlichen Mitteln» gegen den Bau der Strasse zu wehren. «Es geht uns darum, dass ein Projekt nochmals politisch beurteilt wird. Ein Projekt, das für Uster keinen Nutzen bringt, das den Umweltschutz mit Füssen tritt und über das sich die Ustermer an der Urne nie äussern durften», sagte Martin Zürrer, Mitglied des Initiativkomitees, heute Dienstag an der

Pressekonferenz zum Start der Ja-Kampagne.

In den nächsten Tagen und Wochen wird das Komitee den Abstimmungskampf dafür mit Plakaten und Standaktionen führen. Es besteht aus über 30 Mitgliedern aller politischen Gruppierungen, von den Grünen bis zur SVP. «Wir behandeln hier eine sachpolitische Vorlage, die nichts mit parteipolitischen

«Ein Widerspruch, den einmal mehr ein Gericht wird korrigieren müssen.»

*Martin Zürrer,
Mitglied Initiativkomitee*

Ideologien zu tun hat», sagte Hans Temperli, selber Mitglied der SVP.

Die Initianten bringen verschiedene Argumente ins Spiel, die ihrer Meinung nach gegen

den Bau der Strasse sprechen. Das erste, und für sie wohl wichtigste, ist der Moorschutz. Dieser werde durch die geplante Strasse verletzt, die von der Winterthurerstrasse her durch das Gebiet Looren hindurch führen soll und dann weiter über das Bahntrasse in die Zürichstrasse hinein. Tatsächlich berührt die Strasse an einer Stelle das Brandschenke-Ried – jedenfalls dann, wenn die Riedgrenzen neu so gezogen werden, wie das der Kanton in der überarbeiteten Moorschutzverordnung vorschlägt.

Widerspruch beim Kanton?

Die Initianten stützen sich bei ihren Aussagen unter anderem auf eine Beurteilung der Fachstelle Naturschutz des Kantons. Diese betrachtet «Uster West» als «unverträglich» mit den Zielen des Landschaftsschutzes und des Naturschutzes. Trotzdem hat das übergeordnete Amt für Landschaft und Natur das Projekt jedoch als kompatibel mit dem Moorschutz eingestuft. «Ein offensichtlicher Widerspruch, den wohl einmal mehr ein Gericht wird korrigieren müssen», sagte Martin Zürrer.

Als weiteren Beleg für die Unvereinbarkeit des Projekts mit dem Moorschutz fügte er an, dass die Strasse durch eine sogenannte Pufferzone in der Nähe des Moores führe. In dieser Zone sei es gemäss Verordnung verboten Bauten aller Art zu errichten, Geländeänderungen vor-

zunehmen oder Bäume zu fällen. «Wie durch eine solche Zone eine Strasse gebaut werden soll, ist mir schleierhaft.»

Zürrer wirft der Baudirektion vor, den Entscheid über die Vereinbarkeit mit dem Moorschutz an die Gerichte zu delegieren. Dabei gehöre es zu ihren Aufgaben, für die Durchsetzung des Naturschutzes zu sorgen und über mögliche Unvereinbarkeiten zu informieren. «Das Killerkriterium Moorschutz wurde offenbar in der ganzen Projektierung bis und mit dem Kreditbeschluss des Kantonsrats ignoriert.»

Angst vor mehr Verkehr

Die Initianten argumentieren jedoch auch, dass die geplante Strasse für Uster keinen Nutzen bringe. Statt die Stadt zu umfahren, führe sie mitten in die Stadt hinein, sagte Beatrice Mischol, GLP-Gemeinderätin und ebenfalls Mitglied des Initiativkomitees. Anders als einst geplant, werde auch keine einzige der bestehenden Barrieren in Uster wegen der Strasse verschwinden. Durch die Strasse würden hingegen zum Beispiel die Schüler des Schulhauses Krämerackers oder die Bewohner einer zukünftigen Siedlung im Eschenbühl zusätzlich mit Lärm und Immissionen belastet. «Das gross angelegte Strassenprojekt atmet den Geist der autovernarren 60er und 70er Jahre und wird nur mehr Verkehr mit sich bringen», sagte Mischol.

Dem Ustermer Stadtrat wirft das Komitee vor, dass er die Strasse vorantreibe, ohne dafür von der Ustermer Bevölkerung legitimiert worden zu sein. So habe er es nicht geschafft, den Kanton zum Bau der Unterführung Winterthurerstrasse zu bewegen, die die Ustermer Stimmbewölkerung in einer Abstimmung mit fast 60 Prozent Ja-Stimmen gewünscht habe. Auch

«Wie durch eine solche Zone eine Strasse gebaut werden soll, ist mir schleierhaft.»

Martin Zürrer

habe er mit allen Mitteln versucht, die Initiative «Keine Strasse Uster West» für ungültig zu erklären. Tatsächlich erklärte zuerst das Verwaltungsgericht die Initiative für gültig, worauf

der Ustermer Stadt- und der Gemeinderat ans Bundesgericht gelangten, das die Initiative aber ebenfalls als gültig beurteilte. «Jetzt kommen endlich einmal die Ustermer zu Wort», sagte Temperli.

Glaube an Wirkung

Obwohl auch die Initianten wissen, dass ein Ja den Beschluss des Kantonsrats zugunsten von «Uster West» nicht rückgängig macht, glauben sie dennoch, dass ihre Initiative eine Wirkung haben könnte. «Bei einem Ja müsste die Stadt auf den Moorschutz pochen und zum Beispiel neue Gutachten erstellen lassen», sagte Martin Zürrer. Generell glaubt er, dass ein Volksentscheid einen hohen Stellenwert hat und auch im Kantonsrat sich noch einmal Wege finden würden, auf den Beschluss von 2012 zurückzukommen. «Dieser basierte schliesslich auf falschen Informationen im Bezug auf die Umweltverträglichkeit.»

Die Initianten geben offen zu, dass sie bei einem Nein der Bevölkerung nichtsdestotrotz an die Gerichte gelangen und den Moorschutz einklagen werden – so, wie sie das schon in der Vergangenheit gemacht haben. Bisher hätten sie in diesen Fällen stets Recht erhalten. «Es liegt aber nicht an der Bevölkerung, die Vollzugsinstanzen auf das Recht hinzuweisen. Deshalb haben wir die Initiative lanciert.»

Raphael Brunner

«Diese Initiative ist ein Unsinn»

USTER Ob Ja oder Nein, die Initiative «Keine Strasse Uster West» werde keine Folgen nach sich ziehen, sagt Bauvorstand Thomas Kübler (FDP). Sollte die Strasse aber nicht gebaut werden, kämen grosse Probleme auf Uster zu.

Der Stadtrat hat versucht, die Initiative «Keine Strasse Uster West» zu verhindern. Warum sollen die Ustermer nicht sagen dürfen, ob sie diese Strasse wollen?

Thomas Kübler: Weil der Stadtrat der Meinung ist, dass damit den Stimmbürgern etwas vorgegaukelt wird. Sie bekommen das Gefühl, sie könnten darüber entscheiden, ob die Strasse «Uster West» gebaut wird oder nicht. Das ist aber in keiner Weise der Fall. Die Entscheidung lag beim Kantonsrat und sie wurde gefällt – durch den Eintrag in den Richtplan und durch die Kreditsprechung im Jahr 2012.

Das wissen die Stimmbürger auch. Warum sollen sie Ihre Meinung nicht sagen dürfen?

Viele wissen das eben nicht. Das haben wir bei der Initiative für eine Unterführung der Winterthurerstrasse gesehen. Die Ustermer stimmten ihr klar zu, der Kanton aber hat abgewartet und festgehalten, dass nicht die Ustermer Stimmbürger über kantonale Strassen entscheidet, sondern der gesetzlich dafür zuständige Souverän – in diesem Fall der Kantonsrat. Das haben wir im Vorfeld klar kommuniziert, trotzdem sind heute viele Ustermer enttäuscht und fühlen sich geprellt, dass es keine «Unterführung Winterthurerstrasse» gibt.

Bei einem Ja würde der Stadtrat dazu verpflichtet, die Strasse mit allen politischen und juristischen Mitteln zu bekämpfen. Wie würde er dabei vorgehen?

Die Initiative ist eine allgemeine Anregung. Als erstes müssten wir eine Umsetzungsvorlage erstellen, wie wir diese Anregung umsetzen könnten.

Wie könnte diese aussehen?

Wenn das Strassenprojekt festgesetzt ist, könnten wir uns juristisch dagegen wehren. Das wird aber ein zahnloser und teurer Papiertiger. Die Anwohner und Naturschutzverbände werden ohnehin gegen das Projekt Einsprachen erheben, wie sie es jetzt bereits tun. Wir könnten es ihnen nur gleich tun und die gleichen Argumente nochmals vorbringen: Etwa, dass das Projekt den Moorschutz verletzt. Den Gerichten ist es aber egal ob die Stadt Uster rekuriert oder Private. Sie behandeln den Fall allein nach juristischen und nicht nach politischen Gesichtspunkten. Deshalb ist diese Initiative ein Unsinn.

Könnte durch Druck aus Uster nicht der Kantonsrat nochmals aktiv werden?

Der hat bereits entschieden. Um das Projekt zu sistieren, müsste es eine kantonale Volksinitiative geben. Nur wenn das Stimmvolk des Kantons Nein zu «Uster West» sagt, wäre das bindend. Aber dafür hätten die Gegner nach dem Kreditbeschluss des Kantonsrats das Referendum ergreifen müssen. Das haben sie jedoch verschlafen. Jetzt, wenn es zu spät ist, kommen sie stattdessen mit solchen unsinnigen Vorlagen und machen falsche Versprechungen.

Aber macht es Sinn, eine Strasse für Uster zu bauen, die die Ustermer gar nicht wollen?

Wir haben in Gottes Namen eine vom Gesetz definierte Zuständigkeit. Bei «Uster West» liegt diese beim Kanton. Wenn er aus verkehrstechnischen Überlegungen beschliesst, wir bauen diese Strasse, dann ist aus seiner Sicht nicht entscheidend, ob die Standortgemeinde damit einverstanden ist. Der Kanton hat auch

«Der Kanton hat auch in anderen Gemeinden schon Strassen gebaut, die manche dort nicht toll finden.»

schon in anderen Gemeinden Strassen gebaut, die manche dort nicht toll fanden.

Seitens des Kantons heisst es aber oft, Uster mache Druck, dass die Strasse realisiert werde. Wenn es ein kantonales Projekt ist, warum setzt sich der Ustermer Stadtrat so stark dafür ein?

Weil wir der Meinung sind, dass durch diese Strasse ein Teil des Ustermer Verkehrsproblems gelöst wird. Heute fliesst der Verkehr von der Autobahn her über die Winterthurerstrasse direkt ins Zentrum. Mit «Uster West» wird die Winterthurerstrasse und das Zentrum vom Verkehr entlastet, der ganze Bereich Dammatrasse, Bankstrasse und Zeughausareal. Die Strasse führt den Verkehr aus dem Nordwesten über die Zürichstrasse ins Zentrum. Die Zürichstrasse ist dafür



Hier soll einmal der Verkehr durchgehen: Usters Bauvorstand Thomas Kübler (FDP) zeigt im Gebiet Loren die Richtung an.

André Gutzwiller

von der Kapazität und vom Ausbaustandard her deutlich besser geeignet als die Winterthurerstrasse.

Die Gegner sehen «Uster West» nicht als Entlastung. Es sei keine Umfahrungsstrasse, sagen sie, sondern eine zusätzliche Strasse ins Zentrum, die für viele Quartiere mehr Verkehr bringe. Für das Quartier Loren etwa, aber auch in Riedikon.

«Uster West» ist nicht das perfekte Projekt – aber das bestmögliche für Uster. Was sollen denn die Alternativen sein? Eine Umfahrung über die Grüne Wiese bis nach Riedikon? Das ist völlig utopisch. Die gleichen Kräfte, die jetzt gegen «Uster West» sind, würden dieses Projekt durch den Grüngürtel erbittert bekämpfen. Uster West ist auch keine Umfahrungsstrasse, sondern eine städtische Strasse, die das Gebiet der Loren erschliesst. Und diese Siedlung wurde von Anfang an so konzipiert, dass sie auf diese Strasse ausgerichtet ist. Das wussten die Bewohner der Loren, bevor sie dort einzogen.

Aber braucht es überhaupt eine zusätzliche Strasse? Im Vergleich zu anderen Städten fliesst der Verkehr in Uster nicht schlecht.

Wir brauchen im Westteil der Stadt zwingend einen sogenannten niveaufreien Bahnübergang, also eine Unterführung oder eine Überführung. Bis im Jahr 2030 will der Zürcher Verkehrsverbund das Bahnangebot stark ausbauen. Dann fährt alle zwei bis

drei Minuten entweder ein Zug nach Zürich oder er kommt von dort. Ist bis dahin noch immer die Dammatrasse der einzige niveaufreie Bahnübergang der Stadt, dann ist das Chaos und Dauerstau programmiert.

Die Ustermer haben schon gesagt, wo sie einen Bahnübergang wollen: an der Winterthurerstrasse.

Der Kanton befindet aber die Variante «Uster West» als bessere Lösung, Völlig zu Recht.

Was spricht gegen eine Unterführung an der Winterthurerstrasse?

Das würde zu einem Verkehrskollaps am Bambuskreisel führen, wo die Winterthurerstrasse auf die Berchtoldstrasse trifft. Wir arbeiten seit Jahren mit verschiedenen Gestaltungsplänen daran, ein verkehrssarmes und fussgängerfreundliches Zentrum zu errichten. Eine solche Unterführung würde den ganzen Verkehr auf die Berchtoldstrasse bringen und das Zeughausareal von der Innenstadt abschneiden.

Aber ist es überhaupt realistisch, dass «Uster West»

je realisiert werden kann? Es ist weiter ungeklärt, ob der Moorschutz das Projekt nicht verunmöglicht. Bisher haben die Gerichte den Kanton immer zurückgepfiffen.

(Überlegt lange). Ich hoffe, dass die Strasse kommt. Und ich habe Vertrauen in die kantonalen Instanzen. Das Amt für Landschaft und Natur hat gesagt, das Projekt sei mit dem Moorschutz vereinbar. Also glaube ich, dass dem so ist.

Die Fachstelle für Naturschutz, eine Untersektion des Amts für Landschaft und Natur, ist aber der Auffassung, die Strasse gefährde den Moorschutz.

Das heisst aber nicht, dass es nicht mit dem Moorschutz vereinbar ist. Letztlich werden diese Frage die Gerichte beurteilen. Sie sind es, die darüber entscheiden, ob «Uster West» gebaut wird. Ich sage es nochmals: Der politische Entscheid ist gefällt. Jetzt ist es eine juristische Frage, ob er durchführbar ist.

Was, wenn nicht?

Dann wird der Kanton eine neue Lösung für die Verkehrsproble-

me auf seinen Strassen in Uster suchen müssen. Vielleicht kommt er dann doch auf die Unterführung Winterthurerstrasse zurück, auch wenn das klar die schlechtere Variante ist. Aber andere Möglichkeiten sind Stand heute schlicht nicht in Sicht.

Wäre eine Unterführung Winterthurerstrasse bis 2030 realisierbar?

Das kann ich mir nicht vorstellen. Der definitive Entscheid, ob «Uster West» gebaut werden kann, werden die Gerichte erst in etwa vier Jahren fällen können. Bei einem Nein müsste man einen neuen Richtpläneintrag für eine Unterführung an der Winterthurerstrasse machen. Dann müsste der Kanton ein Bauprojekt erstellen und den Kantonsrat einen Kredit sprechen. Auch gegen dieses Projekt wird es ganz sicher Einsprachen geben. Darum ist klar: Wenn Uster West nicht gebaut wird, kollabiert ab 2030 der Verkehr in Uster. Das ist keine Drohung, sondern ein Versprechen.

Interview: Raphael Brunner

«KEINE STRASSE USTER WEST»

Initiative als Volksvotum

Die Initiative «Keine Strasse Uster West» will die zuständigen politischen Organe in Uster dazu verpflichten, sich «mit allen politischen, demokratischen und rechtlichen Mitteln» gegen die Realisierung des kantonalen

Bauprojekts «Uster West» zu wehren. Die Ustermer Stimmbürger stimmen am 24. September über sie ab. Die Strasse soll den Verkehr von der Winterthurerstrasse aus in das Gebiet Loren führen und von dort über

die Bahnlinie hinweg auf die Zürichstrasse. Der Kantonsrat hat für das Projekt im Jahr 2012 einen Kredit von 21 Millionen Franken gesprochen, wegen Einsprachen ist es aber zurzeit blockiert. zo

Strassen werden dreidimensional erfasst

USTER Ab nächster Woche wird ein Spezialfahrzeug kreuz und quer durch Uster fahren, um eine 3D-Bildgebung der Stadt aufzunehmen. Damit soll ein umfassender Einblick in den öffentlichen Strassenraum ermöglicht werden.

Die Strassen, Geh- und Radwege in der Stadt Uster weisen gesamtthaft einen Wiederbeschaffungswert von rund 271 Millionen Franken auf. Darin sind auch Kunstbauten wie etwa Brücken enthalten. Damit in die betrieblichen und baulichen Massnahmen der Infrastrukturanlagen zielgerichtet, wirtschaftlich und nachhaltig investiert wer-

den kann, ist es heute unabdingbar, dass die Daten innerhalb der Stadtverwaltung Uster in digitaler Form und direkt am Arbeitsplatz vorliegen, schreibt die Stadt in einer Mitteilung. Mit einer «georeferenzierten 3-D-Bildgebung des Strassenraums» können die Datensätze der Infrastrukturanlagen mit anderen digitalen Daten zusammengeführt und verknüpft werden. Der «infra3D Service» der Firma «Novitas AG» bringt die Infrastrukturanlagen und ihre Umgebung hochauflösend, georeferenziert und dreidimensional direkt an den Arbeitsplatz und verschafft damit einen umfassenden Einblick in den öffentlichen Strassenraum.

Das Projekt hat der Stadtrat an einer Sitzung im Juli bewilligt. Damit die dreidimensionalen Bilder zur Verfügung stehen, müssen zuerst einmal die Strassenkorridore aufgenommen und mittels Spezialfahrzeug befahren werden. Ein mit mehreren Stereokamerasystemen ausgerüstetes Spezialfahrzeug befährt auf Usters Stadtgebiet alle Strassen, die im öffentlichen Interesse stehen. Die Aufnahmen sind witterungsabhängig und erfolgen voraussichtlich ab nächster Woche. Alle Bilddaten werden anonymisiert, damit sie die datenschutzrechtlichen Anforderungen erfüllen, heisst es in der Mitteilung weiter. zo



Antonello Pezzulo (links) und Christoph Dubs von «Novitas» vor dem Spezialfahrzeug für die 3D-Bildgebung. Archiv Seraina Boner

Wind setzt Kamin zu

REGION Ein Gewitter brachte am frühen Donnerstagabend schweizweit starken Regen und stürmische Winde. Die stärkste Windböe in der Region wurde von der Wetterstation auf dem Hörnli mit 98 km/h gemessen, gefolgt von jener in Hittnau (82 km/h) und Seegräben (69 km/h). Die Feuerwehr Greifensee rückte zwischen 18 und 19 Uhr in der ganzen Gemeinde aus, um Sonnenstoren und Kleinmaterial einzusammeln. Ausserdem brach an der Burstwiesenstrasse ein Kamin ab, wie dem Einsatzprotokoll zu entnehmen ist. Dieser Droher herunterstürzte. Die Feuerwehr entfernte den Kamin auf dem Flachdach und deckte den Kaminschacht ab. zo

Diese geplante Strasse ist ein Unsinn

«Diese Initiative ist ein Unsinn»

Ausgabe vom 25. August

Herr Kübler betont im Interview, dass ein Ja zur Initiative keinen Einfluss auf den Bau der Strasse Uster West hätte. Da stellt sich nun die Frage, weshalb der Ustermer Stadtrat im Vorfeld versucht hat, die Initiative für ungültig zu erklären.

Stadt hat Gewicht

Auch seine Argumentation, dass die Ustermer Bevölkerung, ähnlich wie bei der Abstimmung zur Unterführung Winterthurerstrasse, vom Kanton eine Abfuhr erhalten werde, klingt abgedroschen. Die Stadt Uster hat als drittgrösste Stadt im Kanton einiges (politisches) Gewicht. Der Stadtrat ist in diesen Fragen nicht bereit, die Entscheidungsmacht dem Stimmvolk zu überlassen, sondern will möglichst schnell die vom Kanton für das Projekt gutgesprochenen 21 Millionen Franken verscherbeln. Dass das Projekt Strasse Uster West «nicht das perfekte Projekt für Uster» wäre, gibt sogar Kübler zu. Dass es dennoch «das bestmögliche für Uster» sei, soll er bitte direkt Flora und Fauna des Mooregebietes, dem Sonnenbergquartier, den Eltern der Schüler des Schulhauses Krämeracker sowie den Anwohnern von Wilstrasse und Grubenweg erklären. Was viele nicht wissen ist, dass die Winterthurerstrasse für den motorisierten Verkehr unterbrochen wird und nur über den Umweg durch die Lore-

nallee von oder zu der Autobahn befahren werden kann. Was das für Uster Nord und die Quartiere Gschwader und Haberweid bedeutet, darüber kann man nur spekulieren.

Leeres Versprechen

Über Vor- und Nachteile der Unterführung Winterthurerstrasse zu debattieren, ist nicht Sache der Initianten. Die Stadt Uster allerdings könnte einen Weiterzug der Unterführung bis zum Nashornkreisel zumindest diskutieren. Wenn bei der Umgestaltung des Zeughausareals Tiefgaragen gebaut werden müssen, wäre das wohl im gleichen Zug machbar.

Abschliessend verspricht Kübler der Stadt Uster einen Verkehrskollaps ab 2030 und begründet das mit einer Erhöhung des S-Bahn Taktes. Eine solche Erhöhung ist allerdings nur mit gleichzeitigem Ausbau des Aatals auf Doppelspur und einem Ausbau des Bahnhofs Stadelhofen möglich. Ein entsprechender Spatenstich ist aber noch in weiter Ferne. Das klingt für mich nach einer leeren Versprechung.

Nicht durchdacht

Diese Strasse ist ein Unsinn und hilft weder Uster noch dem Durchgangsverkehr. Sie ist nicht durchdacht, schadet der Umwelt und belastet Wohnquartiere unnötig. Deshalb verlangen wir mit einem Ja zur Initiative, dass Kanton und Stadt noch einmal über die Bücher müssen.

Flo Zürrer, Uster

**NEIN zur Initiative
«Keine Strasse Uster West»**

Entscheid der Vernunft

Von Markus Wanner, SP-Fraktionspräsident

Die Initiative «Keine Strasse Uster West» will die vom Kanton geplante Strasse am westlichen Siedlungsrand der Stadt Uster verhindern. Der nördliche Teil der Strasse führt im Gebiet Brandschänki von der Winterthurerstrasse zum Kreisel im Gebiet Loren. Der südliche Teil ist eine Überführung vom Kreisel Loren zur Zürichstrasse beim Industriegebiet Ackerstrasse. Beim nördlichen Teil ist umstritten, ob die Linienführung mit den Moorschutzbestimmungen vereinbar ist. Diese Frage wird zurzeit vor Gericht geklärt. Im südlichen Teil führt die Tatsache, dass die Strasse hier in rund 10 Metern Höhe über die SBB-Geleise führen soll, zu Zweifeln. Wir dürfen aber nicht vergessen, dass das Siedlungsbild sich hier in den nächsten Jahren sowieso verändern wird, denn die Überführung verläuft in heute noch nicht überbauten Bauzonen, in denen in Zukunft Gebäude mit Höhen bis zu 20 Metern stehen werden. Der westliche Siedlungsrand wird künftig also viel stärker von Industriebauten als von der Überführung geprägt werden.

Braucht es denn überhaupt einen neuen Übergang, genügt die Unterführung Dammstrasse nicht? Wir müssen davon ausgehen, dass die Barrieren aufgrund der Verdichtung der S-Bahn-Linien in Zukunft länger geschlossen bleiben. Dies bedeutet, dass die Achse Oberlandstrasse-Dammstrasse noch mehr vom Autoverkehr belastet wird. Die Lastwagen stehen weiterhin vor der Barriere, da sie bei der Dammstrasse nicht unten durchkommen. Wir erinnern uns: Das Ustermer Stimmvolk hat vor 21 Jahren eine Absenkung der Dammstrasse zu diesem Zweck wuchtig verworfen. Hauptgrund dafür war: Nicht mehr Lärm und Gestank an der Oberlandstrasse.

Was bedeutet dies nun für die kommende Abstimmung vom 24. September? Wenn man davon ausgeht, dass ein zweiter barrierefreier Übergang kommt, stellt sich die Frage wo: In Uster West oder an der Winterthurerstrasse? Und da ist Uster West letztlich doch die bessere Variante, denn eine Unterführung Winterthurerstrasse würde dazu führen, dass der Verkehr genau zwischen dem zu entwickelnden Stadtzentrum und dem Zeughausareal durchgeleitet wird. Nötig ist aber genau das Gegenteil: Die beiden Areale müssen miteinander verbunden werden. Uster West ist deshalb bei allen Bedenken doch die bessere Lösung. Und ein Nein zur Initiative «Keine Strasse Uster West» somit ein Entscheid der Vernunft.

FDP lehnt Initiativen ab

USTER An ihrer Parteiversammlung diskutierten die Mitglieder der FDP Uster die am 24. September zur Abstimmung anstehenden Volksinitiativen «Keine Strasse Uster West» und «Ecoviva». Beide Initiativen wurden von den Anwesenden einstimmig abgelehnt.

Gegen «Verhinderungspolitik»

Das Ansinnen, die Stadt Uster mittels Volksinitiative zu beauftragen, sich gegen den Bau der kantonalen Strasse Uster West zu wehren, sei hilflose Verhinderungspolitik, schreibt die FDP in einer Mitteilung. Der Kantonsrat habe dem Vorhaben längst und deutlich zugestimmt. An diesem klaren Auftrag zum Bau der Strasse durch den Kanton ändere die Initiative nichts.

Die GLP ist für «Uster West» und gegen «Ecoviva»

USTER Die Grünliberalen der Stadt Uster haben ihre Parolen für die städtischen Abstimmungen am 24. September ausgegeben. So unterstützt die GLP die Volksinitiative «Zur Erhaltung der Landschaft in Uster West». Die Grünliberalen waren seit Beginn gegen diese Umfahrungsstrasse, «welche den Verkehr nicht um Uster herumführt, sondern in Zentrum leitet und erst noch eine neue Schleuse für Mehrverkehr öffnet». Es zeige sich zudem immer mehr, dass der Moorschutz bei der Planung nicht genügend beachtet wurde und ein «vom Kantonsrat beschlossenes Projekt vorliegt, das ohnehin kaum verwirklicht werden kann».

Die Volksinitiative «Ecoviva» lehnen die Grünliberalen ab. Sie sei ungeeignet und es mache wenig Sinn, mit 10 Millionen Franken einen Fonds zu äufnen, der dann für die Unterstützung von Projekten für gemeinnütziges Wohnen eingesetzt werden kann. «Es gibt bessere Wege und Mittel, um auch in Uster ein breites Angebot an Wohnraum zu haben.» Die GLP findet es sinnvoller, solche Formen mit Baurechtsverträgen zu fördern oder in Gestaltungsplänen Vorgaben für bezahlbare und ökologische Wohnformen zu machen. Im Zeughausareal habe das auch ohne Fonds geklappt und es werden 50 Prozent Genossenschaftswohnungen verwirklicht. zo

WFU will «Uster West»

USTER Das Wirtschaftsforum Uster (WFU) setzt sich klar gegen die Volksinitiative «zur Erhaltung der Landschaft in Uster West (keine Strasse «Uster West»)» ein, wie die Verantwortlichen in einer Mitteilung schreiben. Das Forum empfiehlt den Stimmberechtigten, am 24. September ein Nein in die Urne zu legen.

Heute führt der Verkehr von der Autobahn über die Winterthurerstrasse direkt ins Zentrum. Mit der Strasse «Uster West» würden Winterthurerstrasse, Dammstrasse, Bankstrasse und das Zeughausareal und damit das Stadtzentrum vom Verkehr entlastet. Eine Annahme der Initiative würde letztlich dazu führen, dass sich

der Stadtrat gegen die Strasse «Uster West» und damit gegen diese Verkehrsentslastung des Zentrums einsetzen müsste, schreibt das WFU.

Für ein attraktives Zentrum

Die Stadt Uster werde auf Vorgabe des Kantons in den nächsten Jahren Platz für 7000 neue Einwohner schaffen müssen und zwar mit gezielter Innenentwicklung, was eine Verdichtung im Zentrum zur Folge hat. «Damit das Zentrum an Attraktivität gewinnt und die Fortschritte der letzten Jahre nicht empfindlich zurückgeworfen werden, ist der Umfahrung «Uster West» ein hoher Stellenwert beizumessen», heisst es in der Mitteilung. *zo*

Grüne sagen zweimal Ja

USTER Die beiden Initiativen, die am 24. September in Uster zur Abstimmung kommen, erhalten beide die Unterstützung der Grünen Uster. Diese empfehlen den Stimmberechtigten, nebst der eigenen Initiative EcoViva auch die Initiative Uster West anzunehmen, wie sie in einer Mitteilung schreiben. Uster ist in den vergangenen Jahren rasant gewachsen und der Trend werde anhalten. Dabei entstehen vor allem teure Wohnungen, schreiben die Grünen. «Für Familien mit geringem

Einkommen aber wird es zunehmend schwierig, ein Zuhause zu finden.» Deshalb haben die Grünen die Initiative «EcoViva – für bezahlbares und ökologisches Wohnen» lanciert. Diese verlangt, dass die Stadt Uster sich dafür einsetzt, dass auch in Zukunft günstiger und gleichzeitig ökologischer Wohnraum erhältlich ist: «Uster für alle» statt einzig für Wohlhabende.

An der Versammlung von letzter Woche haben die Mitglieder der Grünen Uster zudem auch die Ja-Parole für die Initiative

zum Erhalt der Landschaft in Uster-West beschlossen. Die Grünen monieren zwar, dass die Initiative spät kommt. Sie begrüßen aber, dass nun die Bevölkerung Usters erstmals die Gelegenheit erhält, ihre Meinung zu diesem umstrittenen Projekt zu äussern. Letztlich gehe es um die wichtige Frage, ob die wertvolle Moorlandschaft in Uster West geschützt wird – «oder ob eine Strasse gebaut wird, die das Zentrum von Uster nicht entlastet und Mehrverkehr verursachen würde». *zo*



SVP will Strasse Uster West

USTER Die SVP Uster hat die Parolen zu den kommunalen Abstimmungen am 24. September gefasst. Die Partei empfiehlt den Stimmberechtigten zweimal ein Nein in die Urne zu legen: sowohl bei der Volksinitiative «Zur Erhaltung der Landschaft in Uster West (keine Strasse «Uster West»)» als auch bei der anderen Volksinitiative «EcoViva». Dies schreibt die Ustermer SVP in einer Medienmitteilung. Mit 21 Stimmen – bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung – habe die Partei im Rahmen ihrer Versammlung eine klare Nein-Parole zur Volksinitiative «Zur Erhaltung der Landschaft in Uster West» beschlossen.

Die Diskussion sei kontrovers gewesen, heisst es weiter. Die SVP ist der Ansicht, dass die Umfahrungsstrasse Uster West die beste Möglichkeit sei, damit die Stadt Uster ihr Verkehrsproblem schnellstmöglich in den Griff bekomme und eine weitere Barriere-

re-Querung erhalte. Dies sei vor dem Hintergrund zu betrachten, dass die Stadt in den kommenden Jahren stark wachse und der Zugfahrplan weiter ausgebaut werde. Deshalb müsse schnell eine Lösung gefunden werden. Sollte der Kanton von der Strasse Uster West absehen, werde Uster noch jahrelang keine Lösung erhalten.

SVP lehnt auch «EcoViva» ab

Bei der Volksabstimmung «EcoViva – bezahlbar und ökologisch wohnen» waren die Meinungen innerhalb der Partei hingegen klarer: Die Versammlung beschloss mit 23 zu 0 Stimmen die Nein-Parole. In diesem Umfang günstigen und bezahlbaren Wohnraum zu schaffen solle nicht Aufgabe der öffentlichen Hand sein, argumentiert die Partei. Zudem bestehe in der Stadt Uster bereits eine gute Basis für den gemeinnützigen Wohnungsbau. *zo*

Sich an die Fakten halten

«Keine Strasse Uster West»

Ausgabe vom 24. August

Die Initianten der Initiative werfen den Befürwortern von «Uster West» wie auch der Bau- und Verkehrsverwaltung vor, Tatsachen zu verdrehen. Dieser Vorwurf ist unbegründet. Vielmehr müssen sich die Initianten selber gefallen lassen. Der Moorschutz ist im Fall von «Uster West» nämlich kein Killer-Kriterium, auch wenn die Initianten dies gerne so hätten. Die Strasse würde das eigentliche Moorgebiet eben gerade nicht tangieren, sondern nur die «Pufferzone», und auch diese nur in einem kurzen Abschnitt. Und in dieser Pufferzone sind Interessenabwägungen durchaus möglich, ohne dass deswegen das Moorgebiet gefährdet würde. Die Initianten sollten sich also selber an die Tatsachen halten und die Fakten nicht so zurechtbiegen, wie es ihnen zur Verhinderung der Strasse Uster West gerade passt.

Mit «Uster West» bringen wir den Verkehr aus dem Stadtzentrum. Eine deutliche Mehrheit der Ustermerinnen und Ustermer hat sich letztes Jahr erneut klar für ein Kulturzentrum auf dem Zeughausareal ausgesprochen. Damit dieses ins Stadtzentrum integriert werden kann, braucht es «Uster West». Und dass die Ustermer Bevölkerung bislang nicht zu dieser Strasse befragt wurde, liegt am einfachen Grund, dass es sich um eine Kantonsstrasse handelt. Und gegen den klaren Kreditbeschluss des Kantonsrats für das Projekt haben die Gegner damals kein Referendum ergriffen. Dieser Beschluss ist also verbindlich und umzusetzen. Daran ändert auch diese unbeholfene Initiative nichts. Daher am 24. September «Nein» zur Initiative «Keine Strasse Uster West».

Jürg Krauer,
FDP-Gemeinderat,
Uster

Abfallsündern

Sinnlose Volksinitiative

«Diese Initiative ist ein Unsinn»

Ausgabe vom 25. August

Diese Tage lag der Abstimmungsflyer des Komitees «Ja zur Erhaltung der Landschaft in Uster West!» in meinem Briefkasten. Das Komitee will keine Strasse «Uster West».

Um Lage gewusst

Wer in der Landschaft Uster West vor zehn Jahren eine Liegenschaft gebaut, gekauft und sich niedergelassen hat, der hat die Landschaft schon damals nicht geschützt und auch gewusst, dass er sich ins neue Gewerbe- und Wohnquartier Loren begibt. Und er hat gewusst, dass dessen Erschliessungsstrasse zur Entlastung des Stadtzentrums vorgesehen ist. Die geplante Bahnüberführung war auch schon bekannt, die den Verkehr im Westen der Stadt, auf verschiedene bestehende Strassen dosiert, in oder um das Zentrum führen soll.

Nun sind nicht alle Komiteemitglieder, bei denen man Eigeninteressen vermuten könnte, Anstösser von Uster

West. Sie wollen generell mit neuen Strassen keinen Verkehr erzeugen. Aber wäre es dann nicht ehrlich, wenn diese Leute sich gleichzeitig verpflichten würden, auch gegen die Bahnunterführung der Winterthurerstrasse zu kämpfen, statt diese zu pushen? Die entstehende Stadteinfallsachse Winterthurer-/Berchtoldstrasse würde die neu entstehenden Stadtquartiere Gerichtsplatz und Kulturzeughaus mit einem dauernden Verkehrsstau vor dem Nashornkreisel an der empfindlichsten Stelle trennen. Für die nach drei Jahrzehnten äusserst erfolgreicher, mit dem Wakkerpreis ausgezeichneten Stadtentwicklung wäre dies ein Riesenfehler.

Die Stadt von Nordwesten her in gewohnter Weise über die Zürichstrasse zu erreichen, ist sanfter, als den Nerv des sich im Aufbau befindenden Stadtzentrums zu belasten. Ich bin gegen die sinnlose Volksinitiative zur Erhaltung der Landschaft Uster West und stimme Nein.

Werner Reichle,
Architekt und Alt-Gemeinderat,
Uster

Gegner von «Uster West» schöpfen Hoffnung

USTER Das Amt für Landschaft und Natur hält die geplante Umfahrungsstrasse Uster West für vereinbar mit dem Moorschutz. Falls die Ustermer aber Ja zur Initiative «Keine Strasse Uster West» sagen, will sich der Kanton nochmals damit auseinandersetzen.

Es war die Stadt, die am Mittwochabend zur Informationsveranstaltung über die Initiative «Keine Strasse Uster West» geladen hatte, um die Bevölkerung von einem Nein zu überzeugen. Es war aber auch das erste Mal, dass der Kanton öffentlich Stellung zur Vorlage nahm, über welche die Ustermer Stimmbürger am 24. September abstimmt.

Die Initiative will den Ustermer Stadtrat dazu verpflichten, sich mit allen politischen und rechtlichen Mitteln gegen den Bau der geplanten Strasse zu wehren. Nur: Die Strasse ist ein Projekt des Kantons und der Kantonsrat hat ihre Finanzierung bereits beschlossen.

Dass «Uster West» noch nicht gebaut worden ist, liegt an Einsparungen, die auf eine Unverträglichkeit mit dem Moorschutz zielen. «Ob die Strasse gebaut wird oder nicht, ist deshalb nur noch eine juristische und keine politische Frage mehr», betont Usters Bauvorstand Thomas Kübler (FDP) bei jeder Gelegenheit.

Für die Gegner ein Signal

Am Mittwochabend klang es seitens der Kantonsvertreter hingegen ein wenig anders: Bei einer Annahme der Initiative bliebe der Grundauftrag des Kantons zwar unverändert, sagte Florian Etter vom Amt für Verkehr. «Die Volkswirtschafts- und die Baudirektion würden sich mit diesem Abstimmungsergebnis aber schon politisch auseinandersetzen.»

Diese Aussage weckt bei den Gegnern der Strasse Hoffnung. «Sie macht deutlich, dass der Kanton der Volksmeinung in

diesem Fall eben doch Gewicht einräumt. Anders als das seitens des Stadtrats immer behauptet wird», sagt Martin Zürrer vom Initiativkomitee «Keine Strasse Uster West».

Zwar räumt er ein, dass der Satz des Kantonsvertreters sehr unverbindlich formuliert sei. «Es ist dennoch ein Signal: Der Kanton würde die Strasse wohl nicht um jeden Preis durchboxen wollen, wenn die Ustermer Bevölkerung sie ablehnt.» Für Zürrer ist deshalb klar: «Dass wir eine Abstimmung in Uster erzwingen haben, macht Sinn.»

«Zu weit fortgeschritten»

Erwartungsgemäss anders interpretiert Bauvorstand Thomas Kübler die Aussage von Kantonsingenieur Florian Etter, die so auch auf Folie festgehalten war. «Natürlich werden die zuständigen Direktionen sich mit dem Votum aus Uster befassen. Sie können ja schlecht sagen, die Volksmeinung interessiere sie nicht.»

In Gesprächen mit dem Stadtrat hätten die Kantonsvertreter jedoch deutlich signalisiert, dass der Kanton auf jeden Fall am Projekt festhalten werde. «Die Planung ist schon zu weit fortgeschritten. Einen Übungsabbruch gibt es nur, wenn die Gerichte die Einsparungen gutheissen, das Projekt also juristisch nicht umsetzbar ist», sagt Kübler.

Rein fachliche Kriterien

Die Kantonsvertreter machten am Mittwoch jedoch klar, dass es ihrer Ansicht nach nicht dazu kommen werde. «Wir haben das Projekt auf seine Vereinbarkeit mit dem Moorschutz überprüft – «Uster West» verstösst nicht dagegen», sagte Marco Pezzatti, Chef des kantonalen Amtes für Landschaft und Natur.

Dabei betonte er, dass seine Behörde die Situation nach rein fachlichen Kriterien beurteile. Seine Abteilung gehöre zwar der Baudirektion an, ihre Aufgabe sei es aber, den Naturschutz sicherzustellen. «Was unsere



Die geplante Strassenlinie (grau) tangiert den Moorperimeter nicht, befindet sich aber in der Pufferzone.

Grafik Traber/Pezzatti



«Ob die Strasse gebaut wird, ist nur noch eine juristische und keine politische Frage mehr.»

Thomas Kübler,
Bauvorstand (FDP)

Überprüfung für Folgen für ein Bauprojekt hat, ist für uns von keinerlei Belang», sagte Pezzatti.

Wie am Pfäffikersee

Der Chef des Amtes für Landschaft und Natur zeigte auch auf, warum er das Projekt für vereinbar mit dem Moorschutz halte: So vergrössere sich zwar der Perimeter des Brandschänki-Rieds durch die neue Moorschutzverordnung, die zurzeit aufliege. Und die geplante Strasse komme dem Moor damit sehr nahe. «Sie tangiert den Moorperimeter aber nicht.»

Allerdings führt die Strasse mitten durch die sogenannte Pufferzone hindurch, die das Moor schützen soll. In diesem Bereich sei Bauen jedoch nicht aus-

geschlossen, betonte Pezzatti und verwies dabei auf zahlreiche Bauten rund um den Pfäffikersee, die ebenfalls in Pufferzonen erstellt worden sind. «Das ist in Bezug auf den Moorschutz vielleicht nicht optimal, aber es ist aus unserer Sicht mit der Art und Weise vereinbar, wie die Verfassung den Schutz der Moore vorschreibt.»

Klar ist: Durch ein Ustermer Ja zur Initiative «Keine Strasse Uster West» würden die zuständigen Stellen beim Kanton das Projekt zumindest noch einmal politisch diskutieren. Ob diese Diskussion überhaupt irgendeine Relevanz hat, hängt aber alleine davon ab, ob die Gerichte die Vereinbarkeit mit dem Moorschutz bestätigen. Raphael Brunner

DAS PROJEKT

Verkehr soll auf die Zürichstrasse

Mit der geplanten Strasse «Uster West» will der Kanton den Verkehr um das Ustermer Stadtzentrum herum führen. Die neue Strasse würde von der Winterthurerstrasse her über das Gebiet der Loren führen und von dort über das Bahntrasse in die Zürichstrasse hinein. Diese sei besser geeignet als die Winterthurerstrasse, um Mehrverkehr aufzunehmen, heisst es beim Kanton. Der Kantonsrat hat für das Projekt vor fünf Jahren 21 Millionen Franken bewilligt. zo

Eine sinnvolle Initiative

««Diese Initiative ist Unsinn»»

Ausgabe vom 25. August

Die von Stadtrat Kübler im ZO/AvU geäußerte Meinung ist reine Stimmungsmache und zielt weiterhin darauf ab, die Lösungssuche möglichst lange zu blockieren. Nur schon das Zitat im Titel, wonach die Initiative sinnlos sei, verrät den Realitäts-sinn der Promotoren der Strasse «Uster West»: Diese Argumentation hat nämlich schon auf dem Rechtsweg nicht verfangen. Die Initiative ist nicht nur äusserst sinnvoll, sondern auch dringend nötig!

*Dominic Brem, Präsident Verein
Lebensqualität Uster West
und Mitglied im Komitee Erhaltung
Landschaft Uster West, Uster*

Trügerische Bilder

«Kanton gibt Strassengegnern Hoffnung»

Ausgabe vom 1. September

Das im Artikel gezeigte Luftbild mit der «Strassenlinie» stammt von der Baudirektion. Die eingezeichnete Strasse ist wie ein Fussweg dargestellt. Auch die Darstellung des Stadtrates in der Abstimmungsweisung zur angeblichen Zentrumsentlastung widerspricht den offiziellen Projektunterlagen zur Strasse Uster West, die zeigen, dass die Strasse Uster West zum Beispiel am Bahnhof weiteren Verkehr verursacht. Die Behörden operieren also mit falschen Bildern.

Weshalb haben sie das nötig?
Weil die Planung der Strasse Uster West von Anfang an faul war.

*Martin Zürrer,
Vorstandsmitglied Verein Lebens-
qualität Uster West,
Uster*

Ein Ja zu Uster

«Kanton lässt ‹Uster-West›-Gegnern hoffen»

Ausgabe vom 3. September

Ja, ich bin sehr dafür, dass sich Uster mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln dafür einsetzt, die einmalige Landschaft in seinem Westen vor der Zerstörung zu retten. Wie die FDP bin ich dafür, dass wir keine Steuergelder sinnlos zum Fenster hinauswerfen sollten. Verzichten wir auf die geplante, unnütze Strasse, würden wir 20 Millionen Franken sparen!

Wie die SP bin ich dafür, endlich die Vernunft walten zu lassen. Unsere Kinder und Kindes-
kinder werden uns dereinst

dankbar dafür sein, dass wir uns gegen den Bau einer unsinnigen, neuen Strasse eingesetzt haben, die niemals den Verkehr in unserer Stadt verringern, sondern einmal mehr nur umlagern wird.

Und letztlich bin ich auch mit dem SVP-Regierungsrat Kägi einverstanden, der nach eigenen Aussagen die Moore in unserem Kanton schützen und den kommenden Generationen als unwiederbringliche Ressource sichern will.

Lasst uns ja sagen zu Sparen, Vernunft und Landschafts-
schutz. Ja zu Uster!

*Ludi Fuchs,
Uster*

Schleierhafte Behauptungen zu «Uster West»

Die Stellungnahme der Initianten in der Abstimmungsweisung sowie ihr Flyer zur Abstimmung «Uster West» ist reisserisch sowie gespickt mit Irreführungen. Die Strasse beansprucht selbst von der vom Kanton in diesem Jahr gegenüber dem Bundesinventar 1990 wesentlich erweiterten Schutzzone kein Land, trotzdem eine existentielle Bedrohung des Flachmoors zu behaupten, ist höchst fragwürdig. Die angrenzende Pufferzone hingegen erlaubt gemäss Verordnung bauliche Massnahmen. Dass die Initianten hier einem laufenden Rechtsverfahren vorgreifen und behaupten, die Strasse sei wegen der Schutzzone nicht realisierbar, ist meiner Meinung nach nicht statthaft.

Weshalb die Initianten eine Beanspruchung von 4 Hektaren für das Projekt vorwerfen, ist schleierhaft. Ausser einem Streifen von weniger als 0,2 Hektaren in der Reservezone Brandschänki (potentielles Bauland), beansprucht die eigentliche Strasse kein Kulturland. Mit dem Rückbau der Werrikerstrasse und Grenzbereinigungen werden zudem bessere Bewirtschaftungsverhältnisse geschaffen. Das übrige erforderliche Strassenland ist bereits in den Gestaltungsplänen Loren und Eschenbühl ausgeschieden.

Landschafts-Verschandelung?

Von einer landschaftsschützerischen Todsünde zu sprechen, wenn im Projekt mehr als eine Million Franken für landschaftspflegerische und natur-

schutzvernetzende Massnahmen enthalten sind, entbehrt jedem Verständnis. Gerade diese im Projekt enthaltenen Massnahmen tragen bedeutend zur Erhaltung und Aufwertung bei. Eine Verschandelung des Naherholungsgebiets ist schon aus den Plänen in der Abstimmungsweisung nicht nachvollziehbar. Das als monströs bezeichnete Anschlussbauwerk an die Zürichstrasse besteht aus einem einfachen Norm-Kreisel und ist notwendiger Bestandteil der Erschliessung Eschenbühl und nicht nur für «Uster West» bestimmt.

Schule ist weit weg

Die Initianten schieben 1200 gefährdete Schüler im Schulhaus Krämeracker vor. Das Schulhaus ist aber weitab von «Uster West»; wichtiger sind die Schulwege. Mit der Unterführung der Winterthurerstrasse wären die Querungen der Wilstrasse (Schulhaus Pünt und Stadtpark) stärker belastet als mit «Uster West».

Die Bewohner aus dem Quartier Gschwader werden den geringen Umweg auf die Autobahn in Kauf nehmen im Wissen um den Wegfall von Schleichverkehr und um ein wesentlich ruhigeres Quartier. Eine Unterführung der Winterthurerstrasse würde Massnahmen auf der ganzen Strecke von der Haberweidstrasse bis zur Berchtoldstrasse nach sich ziehen. Der Ausbau bei den Einmündungen Haberweidstrasse, Gschwaderstrasse, Oberlandstrasse und der Bank/Brandstrasse mit oder ohne Lichtsignalanlagen wäre

erforderlich, wobei auch die Stadt Uster mit Millionenbeträgen zum Handkuss kommen würde. Nicht zu reden von hässlichen Lärmschutzmassnahmen und dem befürchteten Ausbau im Abschnitt Brandstrasse bis Berchtoldstrasse. Es würde somit sicher nicht nur bei der Unterführung bleiben, 12 bis 13 Millionen Franken reichen bei Weitem nicht.

Zürich machte es falsch

Machen wir nicht den Fehler wie die Planer für die Stadt Zürich, die seinerzeit den Verkehr mit der Sihlhochstrasse ins Zentrum führten und im Nachhinein eines Besseren belehrt wurden. Eine weitere Zerschneidung mit «Uster West», wie die Initianten vorwerfen, würde eben gerade mit der Unterführung Winterthurerstrasse zementiert, und das Stadtzentrum würde auf alle Zeiten zweigeteilt. Die Stadtentwicklung Zentrum/Zeughausareal würde unwiderruflich torpediert.

Die Kommission Planung und Bau des Kantonsrats hat in ihren Beratungen auch die Gegner angehört, in mehreren Sitzungen das Projekt akribisch durchleuchtet und für gut befunden. Entsprechend hat der Kantonsrat auf Antrag der Kommission den Kredit deutlich bewilligt. Nicht umsonst sind im Initiativkomitee keine Personen erwähnt, man würde nämlich die Partikularinteressen feststellen. St. Florian lässt grüssen. Deshalb: am 24. September Nein zur Initiative stimmen.

*Othmar Martin,
Uster*

«Uster West»: nicht Fehlplanung umsetzen

Am 30. August war die Bevölkerung zu einer Informationsveranstaltung über die Strasse Uster West eingeladen. Thomas Kübler führte aus, dass die Winterthurerstrasse in der Alarmzone liege und deshalb beruhigt werden müsse, da die Liegenschaften nahe an der Strasse gebaut wurden. Auf die Frage, was dann mit den Liegenschaften an der Sonnenberg-, Wil- und Zürichstrasse geschehen würde, da diese den gesamten Mehrverkehr zusätzlich aufnehmen müssten, meinte er, dass diese Strassen den Verkehr besser aufnehmen könnten. Herr Etter erklärte, dass der Durchgangsverkehr unbedingt umgeleitet werden müsse, und dies nur durch einen niveaufreien Übergang über die Bahn erfolgen könne. Darauf wurde erklärt, dass bei einer Untersuchung festgestellt wurde, dass praktisch kein Durchgangsverkehr in Uster bestehe, sondern die ganzen Staus durch Fahrzeuge aus Uster entstehen würden.

Herr Pezzatti, Chef des Amtes für Landschaft und Natur und gleichzeitig FDP-Gemeindepräsident von Seegraben, zeigte in

einem Plan, wie die Strasse am Moor vorbeigeführt würde. Die Strasse war ca. 2 Millimeter breit aufgezeichnet (richtig wäre ca. 1,2 Zentimeter gewesen), was in keinem Verhältnis zur effektiven Breite der neuen Strasse stand.

Verzögerung droht

Mit drohenden Worten machte Kübler darauf aufmerksam, dass bei einem Ja zur Initiative unter Umständen der ganze Prozess von vorne beginnen müsste, und dies würde ca. weitere 20 Jahre dauern, bis allenfalls die Winterthurerstrasse unterführt werden könnte. Bei einem Bau der Umfahrung wäre es nicht ausgeschlossen, dass die Winterthurerstrasse, welche dann im Besitz der Stadt Uster ist, unterführt würde. Es wurde ausgeführt, dass der Kanton die Strasse Uster West auch gegen den Entscheid der Bevölkerung realisieren könnte, wie er dies schon an vielen Orten vollzogen hat. Das würde bedeuten, dass bis zur Realisierung der Moosackerstrasse (Fortsetzung der Wil- und Seestrasse direkt nach Riedikon über das Landwirt-

schaftsland) ungefähr die nächsten 20 Jahre die Sonnenbergstrasse den gesamten Mehrverkehr aufnehmen müsste. Im Endausbau würde dieser Verkehr ins Zentrum zum Nashornkreisel und anschliessend neu über die Zürichstrasse geführt. Die neue Route vom Nashornkreisel bis zur Einmündung in die Winterthurerstrasse in der Brandschänki wäre etwa doppelt so lang wie die jetzige, direkte Verbindung über die Winterthurerstrasse.

Neue Lösungen suchen

Setzen wir uns dafür ein, dass solche Fehlentscheide nicht umgesetzt werden und suchen Lösungen, wie der Verkehr und die Sicherheit innerhalb von Uster verbessert werden können. Glücklicherweise wurde bereits die Westtangente von der Zürichstrasse über die Sonnenbergstrasse zur Wilstrasse nicht gebaut. Um auch den Rest der unsinnigen Strassenführung zu verhindern, empfehle ich allen Stimmberechtigten die Initiative zur Erhaltung der Landschaft in Uster West anzunehmen.

Gerlad Räbsamen, Uster

Verkehrskollaps droht

«**Diese Initiative ist unsinnig**»

Ausgabe vom 24. August

Wohlweisslich erwähnt Stadtrat Thomas Kübler nicht mit einem einzigen Wort, dass beim Bau der Strasse Uster West der ganze Verkehr über die Sonnenbergstrasse und den Doppelkreisel Niederuster nach Riedikon geschleust wird, was in Niederuster unweigerlich zum Kollaps führen wird. Schon jetzt steht oder schleicht der Verkehr jeden Abend vielfach mit einer Schlange von Riedikon bis nach Niederuster und mit Wartezeiten von 15 Minuten und mehr.

Gefährliche Situationen

Das Sonnenbergquartier ist das am dichtesten besiedelte Gebiet von Uster und jetzt schon genug belastet mit Durchgangsverkehr. Zudem gibt es bei der Schule in Niederuster und beim Kindergarten mit den Fussgängerstreifen am Doppelkreisel und der Sonnenbergstrasse immer wieder sehr gefährliche Situationen beim Überqueren der Strasse durch Kinder, was Eltern veranlasst

hat, eine Ampelanlage bei der Stadt zu beantragen.

Ein Umweg

Diese geplante und landschaftsverschandelnde Strasse am national geschützten Werriker Ried vorbei mit einem über 500 Meter langen Viadukt über die SBB-Linie in die Zürcherstrasse für weit über 20 Millionen Franken ist keine Umfahrung von Uster, wie uns der Stadtrat und die Mehrheit des Gemeinderates weismachen wollen, sondern einfach ein Umweg von 1200 Metern, der weder von Radfahrern noch von Fussgängern benutzt werden darf, da weder Trottoir noch Radstreifen eingeplant sind.

Wir vom Komitee für den Erhalt der Landschaft Uster West haben bis vor Bundesgericht gekämpft und dann Recht bekommen, dass das Ustermer Stimmvolk endlich über dieses unsinnige Vorhaben abstimmen kann – und jetzt ein Ja für diese Naturlandschaft Uster West einlegen sollte.

*Werner Kessler,
BPU-Gemeinderat,
Uster*

Von der Geschichte lernen

Was haben die Umfahrung von Uster (Oberlandautobahn) und die Strasse Uster West gemeinsam? Beide Bauwerke sollten verhindert werden.

Welche Lebensqualität?

Bei der Oberlandautobahn hiess das Verhinderungsvehikel «Demokratie auch bei der Oberlandautobahn», bei «Uster-West» heisst es «Erhaltung der Landschaft in Uster West». Getragen wird die Verhinderung der wichtigen Nord-Südverbindung Uster West vom Verein «Lebensqualität Uster West». Dabei sei die rhetorische Frage erlaubt, um welche Lebensqualität es sich dabei handelt: ist es diejenige der Initianten und Anwohner, welche von der neuen Strasse im Gebiet Loren/Brandschänki tangiert werden, oder geht es um die Lebensqualität der übrigen 35'000 Einwohnenden?

Was wäre, wenn die von Paul Stopper vor Jahren angestossene Initiative gegen die Oberlandautobahn in Uster Erfolg gehabt hätte? Rund 20'000 zusätzliche Autos würden sich auf der Zürichstrasse mitten durch unsere Stadt zwängen. Lebensqualität und Zentrumsentwicklung wären massivst einge-

schränkt; Wetzikon lässt grüssen.

Dem ist aber nicht so. Vorausschauende Stimmberechtigte sprachen sich damals für die neue wichtige West-Ost-Autobahn-Verbindung aus. Nun wiederholt sich die Geschichte auf der Nord-Süd-Achse. Das kantonale Projekt Uster West, für welches der Kantonsrat bereits im Jahre 2012 (!) 21 Millionen bewilligt hat, soll seitens der Nutzniesser, den Einwohnern der Stadt Uster, verhindert werden. Dabei schafft doch die geplante Strasse Uster-West die lang ersehnte niveaufreie Querung der S-Bahn im Westen unserer Stadt.

Verkehrsverflüssigung

Die Strasse Uster-West ist keine Umfahrungsstrasse, die den Verkehr aus der Stadt nimmt. Sie verflüssigt ihn, sie entlastet die innerstädtischen Strassen, sie ermöglicht die Zentrumsentwicklung in der vorgesehenen Art und trägt damit zu unserer aller Lebensqualität bei. Deshalb stimme ich bei «Erhaltung der Landschaft in Uster West» nein.

*Regula Thalmann,
alt FDP-Gemeinderätin,
Uster*

Eine schmerzhaft Notwendigkeit

Leitartikel



Raphael Brunner
Leiter Ressort Uster

Jeder Bau einer neuen Strasse ist mit Skepsis zu betrachten. Um so mehr, wenn sie teilweise mitten durch grüne Wiesen führt und entlang eines Moors. Denn: Jede neue Strasse zieht Verkehr an. Den Autoverkehr zu verringern, nicht ihm neue Wege zu schaffen, muss das Ziel sein. Insbesondere in einer Zeit, in der die Bevölkerung wächst und Naturlandschaften verschwinden.

Dennoch gib es Gründe, die für den Bau der Strasse Uster West sprechen. Und damit auch für eine Ablehnung der Initiative «Für den Erhalt der Landschaft in Uster West – keine Strasse Uster West.»

Der wichtigste ist die Notwendigkeit, die Bahngleise überqueren zu können. Heute mögen die Barrieren noch eine gewisse Pufferfunktion haben, die den Verkehr portioniert, bevor er das Stadtzentrum erreicht. Wenn ab 2030 jedoch alle drei Minuten ein Zug von Uster nach Zürich und umgekehrt fährt, dann sind die Barrieren keine Puffer mehr, sondern nur noch Blockaden. Uster drohte im Rückstau zu ersticken. Die Unterführung an der Dammstrasse ist für sich allein zu wenig und vor allem zu zentral gelegen. Sie würde den ganzen Verkehr mitten in die Innenstadt führen.

Stellt sich die Frage, wo diese Hauptquerung der Geleise sein soll: In Frage kommt das Projekt Uster West, das den Verkehr von der Winterthurerstrasse über das Gebiet der Loren und von dort über die Geleise hinweg in die Zürichstrasse hinein führt – die favorisierte Lösung des Kantonsrats, des Ustermer Stadtrats und der Mehrheit des Ustermer Gemeinderats. Oder eine Unterführung an der Winterthurerstrasse, die über 60 Prozent der Ustermer Stimmberechtigten in einer Volksabstimmung gewünscht haben. Allerdings wäre es falsch, daraus den Schluss zu ziehen, dass die Ustermer eine Unterführung Winterthurerstrasse der Strasse Uster West vorziehen. Diese

Frage stellte sich an der Abstimmung 2012 nicht. Das Votum macht einzig deutlich, dass die Mehrheit der Stimmbevölkerung eine Barriere aufheben will.

Stellt man «Uster West» der Unterführung Winterthurerstrasse gegenüber, überwiegen die Vorteile der Strasse durch die Loren. Diese führt den Verkehr durch ein Quartier, das auf diese Strasse ausgerichtet worden ist. Und es führt ihn auf eine Strasse, die dafür konzipiert ist, mehr Verkehr aufzunehmen – die Zürichstrasse. Sicher stimmt es, dass eine solche Strasse für verschiedene Quartiere mehr Verkehr mit sich bringt. Neben der Loren vor allem für jene Quartiere, durch die der Verkehr von der Zürichstrasse dann weiter in Richtung Riedikon gelenkt wird, über die Wilstrasse und die erst geplante Moosackerstrasse

Nur: Eine Unterführung Winterthurerstrasse würde den Verkehr mitten in die Stadt hinein führen – mehr Verkehr, nicht mehr portioniert durch eine Barriere. Das Zeughausareal, das künftige Kulturzentrum der Stadt, würde so von der Innenstadt abgeschnitten. Und der Verkehr käme letztlich ebenso auf der Zürichstrasse an, von wo er ebenfalls in Richtung Riedikon weitergeführt werden muss. Mit der Strasse Uster West könnte hingegen die gesamte untere Winterthurerstrasse zu einer Quartierstrasse zurückgestuft werden. Grosse Teile der Innenstadt und dicht bevölkerte Quartiere würden somit vom Verkehr entlastet. Sie könnten, ja müssten dann konsequent auf Fussgänger, Velofahrer und den öffentlichen Verkehr ausgerichtet werden.

Diese Vorteile gilt es ins Feld zu führen, wenn man die Nachteile von «Uster West» betrachtet. Vor allem die schmerzhaft Beeinträchtigung für Natur und Landschaft, die jeder Bau einer neuen Strasse zwangsläufig mit sich bringt. Immerhin: Der Kanton würde beim Bau von «Uster West» rund 2 Millionen Franken

bereitstellen, um in Usters Westen die Landschaft zu schützen und ökologisch aufzuwerten. Und gemäss den Naturschutzfachleuten ist die Strasse zumindest mit dem gesetzlichen Moorschutz vereinbar. Beurteilen die Gerichte das anders, ist die Diskussion um «Uster West» ohnehin hinfällig. Dann gibt es zu einer Unterführung Winterthurerstrasse wohl keine Alternative mehr.

Stand heute aber besteht die Möglichkeit, über Sinn und Unsinn von «Uster West» zu diskutieren. Die Frage ist allerdings, ob das Sinn macht bei einem Projekt, das die zuständigen gewählten Volksvertreter – der Kantonsrat – bereits beschlossen haben. Fakt ist: Die Initiative ist gültig, und die Ustermer dürfen ihre Behörden damit beauftragen, gegen die geplante Strasse anzukämpfen. Welche Erfolgschancen ein solcher Kampf hätte, kann niemand mit Bestimmtheit sagen. Sicher würden die Baudirektion und auch der Kantonsrat es nicht einfach ignorieren, wenn sich die Ustermer Bevölkerung gegen das Projekt ausspräche. Sie würden aber auch nicht einen demokratischen gefällten Entscheid für den Bau der Strasse einfach rückgängig machen, den der Kantonsrat als zuständige Instanz gefällt hat. Und gegen den kein Referendum erhoben wurde. Es ist deshalb gut möglich, dass der Volksentscheid aus Uster keine Auswirkungen hat und wie eine Seifenblase an den Realitäten der gesetzlich vorgegebenen Entscheidungsprozesse zerplatzt.

Das Ustermer Votum vom 24. September ist deshalb eine Meinungsäusserung. Und die verschiedenen Meinungen der Betroffenen zu kennen, ist bei jeder Planung wichtig. Wägt man alle Vor- und Nachteile von «Uster West» ab, gibt es gute Gründe, die für ein Ustermer Ja zur geplanten Strasse sprechen, und ein Nein zur Initiative. Trotz aller angebrachten Skepsis, wenn es um neue Strassen für Autos geht.

Neue Strasse – mehr Verkehr

Diese schöngeredete «Umfahrungsstrasse» Uster West bringt uns sogar gemäss Berechnungen der Baudirektion zusätzlichen Verkehr an vielen anderen Orten in Uster. Und wer glaubt, die Winterthurerstrasse werde zur grünen Wiese, der wird enttäuscht werden. Diese neue Strasse zieht neuen Durchgangsverkehr an und würde sowohl das Stadtzentrum als auch Riedikon stark belasten.

Heute wird der grösste Teil des Verkehrs von den Usternern selber verursacht. Das bedeutet, dass dieser Verkehr weiter bestehen bleibt, ebenso wie alle Barrieren in Uster. Wir werden auch nach einer allfälligen Realisierung der Strasse Uster West bei allen Barrieren stehen – und zusätzlich wohl noch in den Loren.

Ich bin überzeugt, dass verschiedene Politiker, die früher einmal die Strasse Uster West befürwortet hatten, heute das überholte Projekt mit dem gigantischen Viadukt und dem Abstecher durch das Quellgebiet des Flachmoors nicht mehr unterstützen würden. In der Öffentlichkeit können sie das allerdings kaum zugeben, weil sie sonst ihr Gesicht verlieren.

Ich setze mich deshalb ein für ein Ja am 24. September – ein Ja zur Vernunft. Damit können wir diese Verschleuderung von Steuergeldern für ein kaum realisierbares Projekt stoppen und die Mittel für sinnvollere Lösungen einsetzen.

Bea Mischol,
GLP-Gemeinderätin,
Uster

Uster nicht spalten

Verschiedentlich durfte Usters stimmberechtigte Bevölkerung in den vergangenen Jahren über wichtige Projekte abstimmen. So wurde die Renovation der Liegenschaft Dammstrasse mit Feuerwehr und Energie Uster AG im Umfang von rund 25 Millionen Franken bewilligt, dem Neubau des Spitals zugestimmt, und es wurde der Gestaltungsplan des Zeughausareals angenommen. Alles zukunftsgerichtete Projekte, die Uster nachhaltig und positiv verändern werden.

Wachstum mit Folgen

Das Wachstum von Uster geht weiter, und dieses Wachstum bedingt zusätzliche Infrastrukturen. Die SBB haben vor rund einem Jahr klar gemacht, dass die S-Bahn Zürich im Jahr 2030 ein neues Zeitalter einläuten wird: Uster erhält zusätzliche S-Bahn-Linien. Die Auswirkung davon wird sein, dass alle paar Minuten ein Zug von Nänikon nach Uster einfährt oder den Bahnhof in diese Richtung verlässt, die Bahnschranken im Westen der Stadt werden kaum mehr offen sein. Ebenfalls ist eine Verdichtung in Richtung Aathal angedacht. Spätestens dann wird die Bahnlinie Uster in zwei Teile spalten. Die einzige niveaufreie Querung der Bahnlinie wird die Unterführung

Dammstrasse sein. Diese weist eine Höhenbeschränkung auf und kann zum Beispiel durch die schweren Feuerwehrautos nicht benutzt werden. Ambulanzen werden vor geschlossenen Bahnschranken oder im Stau stehen.

Es gibt eine Lösung

Nur die Umfahrung Uster West bietet eine Lösung zu diesem Problem. Nur die Umfahrung Uster West kann bis 2030 umgesetzt werden. Sendet Uster ein falsches Signal nach Zürich, werden weder Regierungsrat noch die richterlichen Instanzen Grund zur Eile haben. Die Unterführung Winterthurerstrasse ist keine Lösung. Wird die Umfahrung Uster West aufgrund von Partikularinteressen verhindert, wird durch die Anwohner der Winterthurerstrasse genau so vehement gegen eine mögliche Unterführung gestritten und prozessiert. So werden Jahrzehnte ohne eine Lösung vergehen.

Und dann kommt 2030, Uster ist geteilt, Private, Industrie und Gewerbe fragen sich: Wie konnte das geschehen?

Gemeinwohl vor Partikularinteresse. Keine Spaltung von Uster – Nein zur Verhinderungsinitiative «zur Erhaltung der Landschaft in Uster West».

Ralph Steiner, Uster

An die Folgen für den Verkehr denken

Seit Jahren streiten sich Behörden, Anwohner und Naturschützer um die Strasse Uster West. Auf der einen Seite geht es um die Pufferzone, auf der anderen Seite um unser attraktives Zentrum. Die einen fürchten um ein Eingriff ins Riet, andere wollen die Strasse nicht vor ihrem Haus. Andere aber befürchten, dass mit der Unterführung Winterthurerstrasse ihre Lebensqualität und der sichere Schulweg an der Winterthurerstrasse verloren geht.

Fragezeichen zu Unterführung

Ein wichtiges Argument vieler Stimmbürger ist, dass die Querung der Bahnlinie so schnell wie möglich Realität werden sollte. Ob jedoch eine Unterführung Winterthurerstrasse bald gebaut würde, ist fraglich, denn sie müsste mit Links- und Rechtsabbiegern ausgerüstet werden (kantonale Vorschriften). Dadurch wären die Einsparungen so gut wie sicher.

Vorausdenken

Als Baumeister weiss ich, dass die Bauarbeiten mehrere Monate dauern würden. Wo würde dann der Verkehr durch Uster geleitet? Vor allem der Schwerverkehr könnte nur über die Gschwaderstrasse und die Brunnen-/Bahnhofstrasse verkehren. Das wäre eine Katastrophe, die ich wahrscheinlich aber nicht mehr erleben müsste. Trotzdem: an unsere Nachfahren denken und Nein stimmen.

Peter Ott, Uster

Diabetes - was nun?

20 Beratungsstellen in Ihrer Region

 **diabetesschweiz** 
www.diabetesschweiz.ch / PC 80-9730-7



Unsinniger Kampf gegen «Uster West»

«Eine schmerzhaft Notwendigkeit»

Ausgabe vom 16. September

Es scheint, als wären die Windmühlen von damals die Strassen von heute. Während sich der Titelheld Don Quijote aus der bekannten Erzählung auf seiner Rosinante noch gegen Windmühlen warf, wird heute in Uster gegen ein Strassenprojekt des Kantons ins Feld gezogen. Unsinnig waren, beziehungsweise sind, beide Vorhaben.

Wohl aussichtsloser Kampf

Natürlich ist es legitim, sich gegen ein Projekt wie die Strasse

Uster West zu wehren. Dafür legt das Strassengesetz Mitwirkungs- und Einsprachemöglichkeiten fest. Im Fall von Uster West wurden die bestehenden Rechtsmittel nicht beansprucht. Und gegen den Kreditbeschluss des Kantonsrats wurde das Referendum nicht ergriffen. Daher kann gegen das bestehende Projekt nicht mehr vorgegangen werden. Die Initiative gegen eine Strasse Uster West gaukelt nun dem Stimmbürger vor, die Umsetzung mit einem Ja zu verhindern. Dem ist nicht so. Trotzdem soll die Stadt Uster verpflichtet werden, einen wohl aussichtslosen Kampf auf dem Gerichtsweg

zu führen. An dessen Ende die Aufwendungen der Steuerzahler berappen muss.

Nicht auf Kosten aller

Man kann es Don Quijote zwar nicht übel nehmen, dass sich nach vergeblich gefochtenen Kämpfen Müdigkeit breit macht und er einen Nachfolger sucht, der sein Ansinnen weiterführt. Doch kann es nicht sein, dass dies auf die Kosten der Allgemeinheit geschieht. Unehrlische Politik verdient keine Unterstützung. Daher sage ich Nein zur Initiative.

*Marc Thalmann,
Präsident FDP Uster, Uster*

Und wie Handys und Antennen schädlich sind

«Der verzweifelte Kampf um eine antennenfreie Zone»

Ausgabe vom 13. September

doch. Ungezählte Menschen lassen Jahr für Jahr wegen Schlaflosigkeit und Beschwerden

gens: neben Antennen krank werdende Kühe und blind geborene Kälber simulieren nicht.

Verkehr nicht einfach verlagern

Ich sage Ja zur Erhaltung der Landschaft Uster West, dass Stadtrat Thomas Kübler den Viadukt über die Bahngeleise endlich begraben kann (für Fussgänger und Radfahrer ändert sich sowieso nichts). Kübler möchte damit eine Zentrums-umfahrung bewirken. Er verschweigt aber, dass es eine Verkehrsverlagerung ist. Eine Verlagerung vom Viadukt über die Sonnenbergstrasse zum Doppelkreisel in Niederuster.

In Niederuster hat es bereits sehr viel Verkehr. Wer am Morgen oder Mittag beobachtet, wie viele Schüler und Kindergärtner sich auf dem Schulweg entlang der Sonnenbergstrasse befinden oder diese überqueren, kann nicht verantworten, dass Niederuster noch mehr Verkehr bekommt.

Rolf Stengele, Niederuster

Mehrverkehr verhindern

Ich sage Ja zur Erhaltung der Landschaft in Uster West, weil das geplante Viadukt über die Bahn niemandem dient. Sollte bei einem Nein diese Strasse gebaut werden, wäre dies die kürzeste Verbindung von Süden zur Oberland-Autobahn. Für die Anwohner der Sonnenbergstrasse würde dies massiv mehr Verkehr bedeuten. Sollte diese Initiative angenommen werden, würde sich vorläufig nichts ändern, ausser dass der Ball wieder bei den Planern von Stadt und Kanton wäre.

Im Osten von Uster muss sowieso mit der Weiterführung der Autobahn und dem Ausbau der Bahnlinie Uster-Aathal auf Doppelspur geplant werden, da könnte gleichzeitig auch eine Vollendung der bereits bis Uster Ost vorhandenen Umfahrung, geplant werden.

Ruedi Weiss, Nänikon

Unterstützung für Richterkandidat hat Gründe

Simon Mettler wird von der CVP, FDP, SP, GLP, BDP und der EVP unterstützt. Ich kenne ihn persönlich und weiss genau, warum er über das ganze politische Spektrum hinweg unterstützt wird: er hat die Persönlichkeit, die vielseitige Erfahrung und die Kompetenz, die ein richtiger guter Richter braucht. Seine Gegnerin wird das auch wissen und versucht wohl deshalb, mit

riesigen Plakaten ohne Parteilogo, Pappkameraden und persönlichen Angriffen zu kompensieren, was Mettler ihr voraus hat.

Es ist für mich ganz klar, dass er die richtige Wahl für die offene Bezirksrichterstelle in Hinwil ist. Wichtig ist jedoch, dass jede und jeder auch tatsächlich zur Urne geht und die Stimme für Simon Mettler abgibt.

Hermann Inglin, Rütli

«Uster West» ist bessere Alternative

Geht es den Initianten der Initiative zur Erhaltung der Landschaft nicht einfach um das Verhindern einer Strasse, statt um den Naturschutz? Wird die niveaufreie Überführung Uster West nicht realisiert, werden an gleicher Stelle doch früher oder später KMU-Boxen gebaut, was dem Landschaftserhalt auch nicht gut ansteht. Und wenn die nächste Initiative pro Unterführung Winterthurerstrasse ins Haus steht, werden dieselben Leute sagen: «so ein Unsinn, den ganzen Verkehr mitten ins Stadtzentrum zu leiten». Womit sie ja absolut recht haben.

Pragmatisch gedacht, ist «Uster West» also doch die bessere Alternative. Und damit die neue Umfahrungsstrasse den Namen wirklich verdient, sollte man den Verkehr gleich in einem Tunnel unter dem Sonnenberg durch bis ins Seefeld leiten.

Kurt Tschanz jun., Uster

Rentenvorlagen ablehnen

Der Stimmbürger muss beide Rentenreform-Vorlagen aus folgenden Gründen ablehnen. Sämtliche Reformziele des Bundesrates werden damit nicht erreicht, die AHV wird masslos ausgebaut, die Finanzierung ist nicht sichergestellt, die Vorsorge wird nicht an die gesellschaftlichen Bedürfnisse angepasst.

Über Jahrzehnte soll den Älteren der Besitzstand garantiert werden und die Jungen mehr und mehr belastet werden. Gestiegene Lohnnebenkosten werden den Arbeits- und Werkplatz Schweiz schwächen. Das Verteilen von zusätzlich 1,2 Milliarden Franken AHV mit der Giesskane auch an Millionäre ist ein Skandal. Wohlgemerkt sollen davon aber nur Neurentner profitieren – so wird eine Zweiklassengesellschaft geschaffen, eine Schande für unsere Sozialwerke.

Fredi Wäfler, Gossau

Problembezug fehlt

«Eine schmerzhaft Notwendigkeit»

Ausgabe vom 16. September

Alle bisher erschienenen Aussagen von Politikern und in Leserbriefen haben etwas gemeinsam: es fehlt der Bezug zum eigentlichen Verkehrsproblem von Uster und Wetzikon. Schon in den 80er-Jahren haben Verkehrsanalysen ergeben, dass eine vierspurige Oberlandautobahn erforderlich sei. Unbestritten ist wohl die Tatsache, dass die Bevölkerung und als Folge auch der Verkehr seit den 80er-Jahren zugenommen hat. Beim fehlenden Autobahnstück Uster-Hinwil liegt die Ursache der Verkehrsprobleme in Uster und Wetzikon!

Einige Politiker im Ustermer Parlament sind der Meinung, das Problem in Uster sei im Wesentlichen der Zubringerverkehr, obwohl Uster über mindestens fünf gut ausgebaute Strassen aus allen Richtungen gut erreichbar ist. Andererseits wird aber von den gleichen Leuten «Uster West» als Lösung für den Durchgangsverkehr propagiert. Der Durchgangsverkehr, insbe-

sondere am Morgen und am Abend, entsteht als Folge des fehlenden Autobahnstücks zwischen Uster und Hinwil. Da zu dieser Zeit in Wetzikon kein Durchkommen ist, verwenden viele Verkehrsteilnehmer die Strassen durch Uster von der Oberlandautobahn zur Forchautostrasse. Dieses Problem kann weder mit einer Unterführung der Winterthurerstrasse noch mit der Strasse Uster West gelöst werden. Die Strasse Uster West würde dabei nicht nur das Lorengbiet «vershandeln», sondern auch die von der Stadt Uster geplante Überbauung Eschenbüel.

Sich beim Bund einsetzen

Die Politiker in Uster und Wetzikon sowie im Kantonsparlament sollten sich besser mit grossem Engagement beim Bund für die Realisierung einer Verbindung zwischen der Oberlandautobahn und der Forchautostrasse einsetzen. Dadurch würde das Problem des Durchgangsverkehrs in Uster und Wetzikon weitgehend gelöst.

Max Odermatt, Uster

Für eine Wetziker Richterin

«Noch zwei kämpfen ums Friedensrichteramt»

Ausgabe vom 30. August

Es ist nicht erklärbar, weshalb uns die SVP einen auswärtigen Friedensrichter aufs Auge drücken will. Mit Christine Meili

stellt sich eine kompetente Wetziker Kandidatin zur Wahl. Mit ihrem früheren Behördenengagement hat sie Durchhaltevermögen und Standhaftigkeit bewiesen. Sie erfüllt alle Voraussetzungen für das Amt.

Stephan Weber, Wetzikon

Pokern um Uster West

«Eine schmerzhaft Notwendigkeit»

Ausgabe vom 16. September

Wer den Leitartikel und die Leserbriefen der Initiativegegner im ZO/AvU vom 16. September liest, der erhält unweigerlich den Eindruck, dass die Strasse Uster West keine überzeugende Lösung ist. Trotzdem müsse sie sofort gebaut werden, weil sonst ein Chaos drohe. Nicht zuletzt, weil die allfällige Unterführung an der Winterthurerstrasse – wie die Strasse Uster West – von Anwohnern verzögert würde und weil der Bau innerhalb der Stadt verkehrstechnisch unzumutbar wäre.

Tatsachen verkannt

Diese Logik verkennt zwei wichtige Tatsachen: Erstens zielen die bislang erfolgreichen Einsprachen (der Umweltverbände, nicht nur der Anwohner) gegen die Strasse Uster West nicht auf eine Verzögerung, sondern auf eine Verhinderung der Strasse, welcher der Moorschutz entgegensteht. Es geht also in Uster West – im Gegensatz zur Unterführung Winterthurerstrasse – nicht lediglich um Partikularinteressen, sondern schlichtweg um den nationalen Moorschutzauftrag. Zweitens ist es eine Tatsache, dass das Bauen auf der grünen Wiese billiger ist als im Siedlungsgebiet, aber seit der Annahme der Kulturlandinitiative ein Auslaufmodell. Die

Strasse Uster West bauen zu müssen, um während der Bauzeit für die Unterführung Winterthurerstrasse da und dort stockenden Verkehr zu vermeiden, zeugt nicht gerade von Weitsichtigkeit und darf kein Argument für den Bau der Strasse Uster West sein.

Teilungsrisiko minimieren

Es bleibt noch das Argument der Verdichtung des SBB-Fahrplans, der die Stadt Uster zu teilen droht, wenn bis 2030 keine taugliche Bahnquerung realisiert wird. Es ist genau das Ziel der Initiative zur Erhaltung der Landschaft in Uster West, dieses Risiko zu minimieren: In den fünf Jahren seit dem Kreditbeschluss ist der Kanton keinen Schritt weiter gekommen – im Gegenteil! Der Kanton pokert sehr hoch: Wenn der Kanton weiter an der Strasse Uster West festhält und, wie es sich abzeichnet, rechtlich Schiffbruch erleidet, steigt das Risiko für ein Verkehrschaos in Uster, weil zu viele Jahre ungenutzt verstreichen. Nicht die Befürworter der Initiative zur Erhaltung der Landschaft in Uster West nehmen das Chaos in Kauf, sondern die Gegner.

Letztlich bietet ein Ja am 24. September die Chance, das Pokern um den Verkehr in Uster zu stoppen und Risiken zu minimieren. Für Uster und für die Natur.

Ursula Schiess, Uster

BILDUNG

SMS FO 20 an 339
Spenden Sie Fr. 20.–. Danke.

Gratiansera
www.fastenopfer.ch

Eher Umfrage als Volksentscheid

Uster stimmt über eine Strasse ab, doch das letzte Wort werden die Gerichte haben

STEFAN HOTZ

Über das Stück Staatsstrasse im Westen der Stadt stimmten die Ustermer noch nie direkt ab. Im Oktober 2012 bewilligte der Kantonsrat einen Kredit von 21 Millionen Franken für den Bau der Strasse Uster West. Das Referendum wurde nicht ergriffen. Die gut einen Kilometer lange Verbindung von der Achse Zürichstrasse zur Oberlandautobahn sieht den Bau eines Viadukts über die Bahngleise an der Strasse Richtung Nänikon und Volketswil vor. Damit wollen Stadt- und Regierungsrat den Zustand beheben, dass sich in Uster die Autos immer wieder an den Bahnschranken stauen.

Das Problem ist, dass die Strasse im nördlichen Teil unmittelbar an einem Flachmoor von nationaler Bedeutung vorbeiführt (siehe Karte). Darum tobte seit bald zehn Jahren ein erbitterter Streit. Die Kritiker des Projekts haben 2013 eine Initiative eingereicht, mit der die Stadtbehörden verpflichtet würden, sich «mit allen ihnen zur Verfügung stehenden politischen, demokratischen und rechtlichen Mitteln» gegen den Bau von Uster West zur Wehr zu setzen.

In der Sache hat der Entscheid vom Sonntag begrenzte Folgen. Der Stadtrat weist darauf hin, dass eine Behördeninitiative aufgrund der Gemeindeordnung nicht möglich ist und für ein Gemeinderatsreferendum gegen den Kantonsratsbeschluss die Frist längst abgelaufen ist. Er setzt weiter auf Uster West, auch wenn die Ustermer im November 2012 eine Volksinitiative für den Bau einer Unterführung anstelle des heutigen Bahnübergangs befrworteten. Die Behörden lehnen diese Alternative ab, weil sie den Verkehr aus Richtung Oberlandautobahn direkt ins Zentrum lenken würde. Ein Ja zur Initiative könnte höchstens Wirkung erzielen, wenn das

Strasse Uster West



QUELLE: ALN KANTON ZÜRICH

250 Meter

NZZ-Infografik/cke

Projekt so abgeändert würde, dass es neu aufgelegt würde und dagegen Einsprache möglich wäre. Immerhin können die Ustermer ihre Meinung kundtun.

Ein Nein am Sonntag heisst umgekehrt nicht, dass die Strasse gebaut werden kann. Fragwürdig war an der Projektierung vor allem, dass der Kanton nicht zuerst die Grenze des Flachmoors bestimmte. Naturschützer und Anwohner rekurrten vor drei Jahren gegen die von der Baudirektion überarbeitete Schutzverordnung und bekamen vom Regierungsrat recht. In der im Juli neu publizierten Fassung reicht das Moor nun neu bis unmittelbar an den Rand der geplanten Strasse, mehr noch: Diese führt mitten durch die Naturschutzumgebungszone (orange).

Vermutlich wurden schon Häuser zu nah am Schutzgebiet erstellt. Das ähnelt der Situation in Wetzikon, wo Industriebauten unmittelbar an der Moorlandschaft stehen. Die Eidgenössische Kom-

mission für Natur- und Heimatschutz rügte dies; ein entsprechendes Gutachten zu Uster gibt es nicht. In beiden Fällen soll nun noch eine Strasse zwischen den Gebäuden und dem Naturschutzgebiet erstellt werden.

In Uster ist absehbar, dass die Schutzverordnung angefochten wird, später ist gegen das Strassenprojekt, das derzeit sistiert ist, Einsprache möglich. Damit erscheint ein neues Problem am Horizont. Mit der S-Bahn 2G (2. Generation) ist frühestens ab 2030 vorgesehen, die heute vier S-Bahn-Linien in Uster um eine fünfte zu ergänzen und die S9 neu im Viertelstundentakt zu betreiben. Unter dem Strich erhöht sich so die Zahl der Zugfahrten pro Stunde von heute 16 auf 24. Dann wird es endgültig schwierig, eine Bahnschranke zu öffnen. Angesichts der Tatsache, dass die Aufhebung der Niveaubergänge in Uster seit den frühen 1980er Jahren ein Thema ist, kann man nicht sagen, es bleibe noch viel Zeit.

IN KÜRZE

Konkurrenz für Künzle in Winterthur

juw. · Überraschend erhält der amtierende Winterthurer Stadtpräsident Michael Künzle (cyp.) Konkurrenz im Wahlkampf. Am Donnerstag haben die Grünliberalen bekanntgegeben, dass ihre Co-Präsidentin Annetta Steiner bei den Gesamterneuerungswahlen vom nächsten März als Stadträtin und Stadtpräsidentin kandidiere. Sie verfüge über eine solide politische Erfahrung und bringe «wichtige Themen» in die Exekutive ein. Bisher war der Stadtratswahlkampf der GLP in Winterthur erfolglos. Drei Mal versuchte Michael Zeugin, in die Exekutive gewählt zu werden.

SP und SVP buhlen um Dietiker Stadtpräsidium

vö. · Nach über 20 Jahren will die SP Dietikon wieder die Führung in der Stadtexekutive übernehmen. Wie sie mitteilt, schickt sie den Gemeinderat und Unternehmer Anton Kiwic ins Rennen. Damit kommt es am 4. März 2018 zu einer Kampfwahl: Die SVP hat den amtierenden Sozialvorsteher Roger Bachmann für das Stadtpräsidium nominiert. Den SVP-Kandidaten unterstützt die FDP, deren bisheriger Stadtpräsident Otto Müller nicht mehr antritt. Zum letzten Mal besetzte die SP mit Markus Notter das Stadtpräsidium.

Regierungsrat lehnt Juso-Initiative ab

asü. · Der Zürcher Regierungsrat stellt sich dezidiert gegen die Volksinitiative «Für die Entlastung der unteren und mittleren Einkommen», wie er am Donnerstag mitgeteilt hat. Dem Kantonsrat beantragt er, den Vorstoss der Juso ohne Gegenvorschlag abzulehnen. Die Juso wollen die Grenze für Einkommen, die

steuerfrei bleiben, stark nach oben verschieben und dafür hohe Einkommen mit bis zu 30 Prozent höher besteuern. Der Regierungsrat mahnt, so verliere Zürich an Attraktivität – es drohen eine Abwanderung und ein Rückgang von Zuzügen von Gutverdienern. Die Juso reagieren scharf: Der Regierungsrat habe feige entschieden und betreibe eine «Politik für ein paar Superreiche».

Stadtpolizei zieht Dealer aus dem Verkehr

asü. · Die Stadtpolizei Zürich hat am Mittwochnachmittag im Kreis 5 einen mutmasslichen Drogendealer festgenommen und rund 180 Gramm Heroin sichergestellt. Laut einer Mitteilung der Stadtpolizei kontrollierte eine Patrouille kurz vor 16 Uhr 45 im Kreis 4 eine Frau, die einige Gramm Heroin auf sich trug. Die 30-jährige Schweizerin wurde nach der Befragung wieder entlassen. Nachfolgend eingeleitete Ermittlungen führten die Polizisten zu einer Wohnung im Kreis 5, in der die Kontrollierte die Drogen offenbar erhalten hatte. In der Wohnung trafen die Fahnder auf einen 48-jährigen Türken. Bei der Hausdurchsuchung konnten über 175 Gramm Heroin sichergestellt werden.

Schwerverletzter bei Motorradunfall

doz. · Ein 27-jähriger Motorradfahrer hat sich Mittwochnachmittag in Dübendorf schwere Verletzungen zugezogen. Laut Mitteilung der Kantonspolizei war er mit seinem Töff kurz vor 17 Uhr auf der Wangenstrasse Richtung Wangen unterwegs. Wegen einer stehenden Autokolonne musste er stark bremsen, stürzte auf die Gegenfahrbahn und wurde vom entgegenkommenden Personenwagen erfasst. Sein Motorrad prallte laut der Polizeimeldung gegen das stehende Auto eines 68-jährigen Fahrers. Die Wangenstrasse musste während mehr als zweier Stunden gesperrt und der Verkehr umgeleitet werden.

So naheliegend.

Anzeiger von Uster



Montag, 25. September 2017 | Nr. 222 | CHF 3.50 | www.züriost.ch

RENN-SPEKTAKEL

Auf Tuchfühlung mit den Top-Querfahrern

Gegen 1500 Zuschauer verfolgte die sechste Austragung des Radcross Illnau vom Streckenrand aus hautnah. **SEITE 35**

«ÄRZTLICHE BETREUUNG»

Noch keine Befragung möglich

Warum ein junger Mann im vergangenen Juli in Dübendorf mit einer Waffe hantierte, ist immer noch unklar. **SEITE 5**

RUSSISCHE WURZELN

Spannendes Kapitel in Familiengeschichte

Der Ururgrossvater der Fälländerin Jeanette Waldner war der Leibapotheker des berühmten Schriftstellers Leo Tolstoi. **SEITE 7**

Redaktion 044 933 33 33
redaktion@zol.ch
Aboservice 044 933 32 05
abo@zol.ch
Inserate 044 933 32 04
inserate@zol.ch
AZ 8620 Wetzikon

ZRZ
Zürcher Regionalzeitungen

Knappe Mehrheit Usters will die Strasse «Uster West»

USTER Die Ustermer Stimmbevölkerung hat die Initiative «Keine Strasse Uster West» mit 51 Prozent Nein-Stimmen ganz knapp abgelehnt. Ob die Strasse gebaut werden kann, bleibt aber weiter unklar.

Nur gerade 218 Stimmen gaben den Ausschlag: Im Verhältnis von 51 zu 49 Prozent haben die Ustermer Stimmberechtigten sich gegen die Initiative «Keine Strasse Uster West» ausgesprochen. Die Initiative hatte gefor-

dert, dass der Ustermer Stadtrat mit allen «demokratischen, politischen und rechtlichen Mitteln» das geplante Strassenprojekt zu verhindern versucht. «Ich bin erleichtert und freue mich über das Resultat», sagte

gestern Bauvorstand Thomas Kübler (FDP). Zwar hätte auch ein Ja zur Initiative nichts daran geändert, dass «Uster West» in die Kompetenz des Kantons falle – und dieser hat bereits einen Kredit von 21 Millionen Franken für den Bau der Strasse gesprochen. «Jetzt sendet aber auch Uster ein Signal, dass zumindest eine knappe Mehrheit diese Strasse will. Der Kanton muss

jetzt vorwärtsmachen», betonte Kübler. Die Initiativbefürworter hingegen zeigen sich vom Abstimmungsergebnis enttäuscht. Zugleich sind sie überzeugt, dass «Uster West» nicht gebaut werden wird. «Die jetzige Linienführung ist unvereinbar mit dem Moorschutz, das werden die Gerichte bestätigen», sagte André Minet vom Initiativkomitee.

Stadt und Kanton würden eine neue Auslegeordnung machen müssen, um durchführbare und mehrheitsfähige Lösungen für das Ustermer Verkehrsproblem auszuarbeiten. Klarer ist das Verdikt bei der Volksinitiative «EcoViva – bezahlbar und ökologisch wohnen» ausgefallen. Sie wurde mit einem Nein-Anteil von 58 Prozent abgelehnt. **rbr** **SEITE 3**



Knappe Abstimmung: Nur gerade 218 Stimmen gaben den Ausschlag, dass die Initiative «Keine Strasse Uster West» abgelehnt wurde.

Fabio Meier

Vertrauensbeweis in die Fälländer Schulpflege

FÄLLANDEN Die Stimmberechtigten sagten gestern deutlich Ja zur neuen Schulgemeindeordnung mit fünf statt sieben Mitgliedern: Rund 80 Prozent folgten also dem Antrag der Schulpflege – ein sehr deutliches Verdict, das so nicht erwartet werden konnte. Vor allem in den Leserbriefspalten war die Opposition vor der Abstimmung gross

gewesen. Schulpräsident Bruno Loher (SP) sprach gestern denn auch von einem «Zeichen des Vertrauens gegenüber der Fälländer Schulpflege». Die Kandidatensuche für die Schulpflegewahl 2018 wird damit einfacher. Nach dem Rücktritt dreier Schulpfleger muss nun noch ein neues Mitglied gefunden werden. **20** **SEITE 5**

Klares Nein zum Pfarreizentrum

PFÄFFIKON Die katholische Kirchgemeinde St. Benignus kann in Pfäffikon kein neues Pfarreizentrum bauen. Mit total 741 Ja- zu 1059 Nein-Stimmen haben die Stimmbürger in Pfäffikon, Fahraltorf, Russikon und Hittnau den Neubau-Kredit von 4,7 Millionen Franken an der Urne abgelehnt. Kirchenpflegeschlüssel Hans W. Jäckle (Grü-

ne) bedauert das klare Nein. Der Bau mit einer Photovoltaikanlage und zwei Wohnungen im Dachgeschoss sei den Stimmbürgern wohl zu visionär gewesen, vermutet er. Überarbeitet wird das Projekt nicht. Vorerst werde man sich damit begnügen, die nötigsten Renovierungen am bestehenden Pfarrhaus zu tätigen, so Jäckle. **heu** **SEITE 13**

Kein aussichtsreicher Plan B nach Scheitern der Rentenreform

BERN Die Reform der Altersvorsorge ist gescheitert. 52,7 Prozent sagten gestern Nein zur Vorlage, die 70 Franken höhere AHV-Renten gebracht hätte. Nun ist guter Rat teuer.

Der Reformstau in der Altersvorsorge hält nun schon seit 20 Jahren an. Die AHV schreibt rote Zahlen, weil sie für immer mehr Rentnerinnen und Rentner aufkommen muss. Die Pensionskassen leiden unter der steigenden Lebenserwartung und den tiefen Renditen. Das Frauenrentenalter 65, eine Mehrwertsteuererhöhung um 0,6 Prozent, ein tieferer Umwandlungssatz in der obligatorischen beruflichen Vorsorge und weitere Änderungen hätten diese Probleme für das nächste Jahrzehnt beheben oder zumindest lindern sollen. Nun geht es zurück auf Feld eins.

Sozialminister Alain Berset hatte die Reform kurz nach seinem Amtsantritt aufgeleitet und vor vier Jahren in die Vernehmlassung geschickt. Er, der die Vorlage in den letzten Wochen mit Herzblut verteidigt hatte, trat gestern als grosser Verlierer vor die Bundeshausmedien. Der Reformbedarf sei weitgehend unbestritten, sagte er. Er werde bald mit allen Beteiligten an einen Tisch sitzen und die nächsten Schritte vorbereiten. Zum konkreten Fahrplan äusserte sich Berset nicht. Auch seine Pläne für eine neue Reform wollte er nicht verraten. Zunächst brauche es eine vertiefte Analyse des Abstimmungsergebnisses.

Unterschiedliche Ideen Anders als Berset haben die Gegner bereits konkrete Vorstellungen. Weil die Reform von links und rechts bekämpft worden war, gehen diese allerdings in unterschiedliche Richtungen. Die

SVP verlangt gut verdauliche Einzelpakete. Auch Gewerbeverband-Direktor und FDP-Nationalrat Hans-Ulrich Bigler fordert die Aufteilung der Reform in verschiedene Vorlagen. Der Nationalrat wollte das Rentenalter automatisch auf bis 67 Jahre anheben, sobald die AHV in finanzielle Schwierigkeiten gerät. Die Rentenausfälle in der zweiten Säule sollten nicht durch einen AHV-Zuschlag ausgeglichen werden. Vorgesehen waren stattdessen deutlich höhere Einzahlungen in die Pensionskasse. Das hätte vor allem tiefe Einkommen hart getroffen. Auch die Witwen hätten mit Einbussen rechnen müssen. Eine solche Vorlage wäre an der Urne vermutlich noch deutlicher abgelehnt worden als die gestern gescheiterte Reform. Denn ohne den AHV-Zuschlag um 70 Franken hätte sich die Linke geschlossen dagegengestemmt. **sda** **SEITEN 22 UND 23**

ANZEIGE

Reibenschuh AG
Tasche - Parkett - Plattendelge - Vorhänge
reibenschuhag.ch | Wetzikon | Tel. 044 932 29 88

plissée
colorful feeling
vorhänge

Vierfaches Ja im Kanton

ZÜRICH Die vier kantonalen Vorlagen stiessen gestern beim Zürcher Stimmvolk alle auf breite Zustimmung. 67,2 Prozent entschieden, Ausländern mit Status F künftig keine Sozialhilfe mehr zu zahlen. Mit 70,7 Prozent Ja-Stimmen wurde eine Begrenzung des Pendlerabzugs von den Steuern auf maximal 5000 Franken gutgeheissen. 61,3 Prozent befürworteten, den Autovekehr in der Kantonsverfassung zu verankern. Am deutlichsten mit einem Ja-Stimmen-Anteil von 74,4 Prozent stimmten die Zürcher einer Änderung des Gesetzes über Jugendheime und Pflegekinderfürsorge zu. **20** **SEITEN 19 UND 21**

Merkel-Sieg trotz hohen Verlusten

BERLIN Die Christdemokraten von Kanzlerin Angela Merkel gewannen die Bundestagswahl in Deutschland trotz schweren Verlusten. Laut Hochrechnungen erzielten sie gestern ihr zweitschlechtestes Ergebnis in der Geschichte der Bundesrepublik. Die erst 2013 gegründete rechtspopulistische AfD zog mit dem zweitbesten Ergebnis neu in den Bundestag ein und wird dort dritte Kraft. Die bisher mitregierenden Sozialdemokraten stürzten auf ihr schlechtestes Bundestagswahlergebnis aller Zeiten ab. **sda** **SEITEN 26 UND 27**

9 771660 965015 39

INSERATE

Rubriken	
■ Amtliche Anzeigen	6
■ Todesanzeigen	8
■ Veranstaltungen	14

Ein hauchdünnes Ja ohne Folgen

USTER Eine sehr knappe Mehrheit der Ustermer will, dass die Strasse «Uster West» gebaut wird. An der Ausgangslage für das Projekt ändert sich damit jedoch nichts.

Bauvorstand Thomas Kübler (FDP) macht sich keine Illusionen. «Ich freue mich natürlich über das Resultat, gewonnen ist damit aber noch nichts», sagte er gestern Nachmittag, als das Verdikt aus Uster amtlich war.

Mit 51 zu 49 Prozent haben die Stimmberechtigten die Initiative «Keine Strasse Uster West» abgelehnt. Uster gibt damit dem Strassenprojekt des Kantons seinen Segen. Mehr aber auch nicht. Denn ob die Strasse gebaut werden kann, entscheiden die Gerichte. Sie müssen entscheiden, ob die geplante Linienführung mit dem Moorschutz vereinbar ist.

Angst vor Verkehrskollaps

Das kantonale Amt für Landschaft und Natur sagt Ja, Naturschutzverbände und andere Rekurrenten sagen Nein. «Nach dem Urnengang können wir als Stadt im Moment die beteiligten Instanzen nur dazu aufrufen, diese Frage so rasch als möglich zu klären», sagt Kübler.

Dennoch macht der Bauvorstand keinen Hehl daraus, dass er über das Abstimmungsergebnis erleichtert ist. «Eine knappe Mehrheit in Uster will diese Strasse, daran gibt es nun nichts mehr zu rütteln», sagt er mit Verweis auf die Gegner des Projekts. Diese hatten immer mo-

Lösung für das Barrierenproblem in der Stadt», sagt er. Die geplante Strasse «Uster West» soll den Verkehr von der Winterthurerstrasse aus über das Gebiet der Loren in die Zürichstrasse leiten, entlang dem Brandschänki-Ried und über eine Gleisüberführung. «Spätestens mit der zusätzlichen S-Bahn ab 2030 brauchen wir diese Strasse, sonst kollabiert der Ustermer Verkehr», sagt Steiner.

«Falsche Fakten»

Für die Gegner von «Uster West» ist hingegen klar, dass die geplante Strasse nicht gebaut werden kann. Daran ändere auch das hauchdünne Nein zu ihrer Initiative nichts. «Die Strasse ist nicht mit dem Moorschutz vereinbar, das wird auch der Kanton einsehen müssen», sagt André Minet vom Initiativkomitee. Nun werde einzig noch mehr Zeit verschwendet, um eine durchführbare Lösung für Usters Verkehrsprobleme zu finden.

Über den Ausgang der Abstimmung gibt sich Minet gleichwohl enttäuscht. Auch er sieht den Grund darin, dass die Ustermer genug hätten von geschlossenen Barrieren. In der schriftlichen Stellungnahme des Initiativkomitees steht zudem, dass die

Stimmberechtigten anscheinend grosses Vertrauen in die Institutionen der Stadt und des Kantons gehabt hätten – auch wenn diese Institutionen das Vertrauen bei diesem Geschäft «auf keinen Fall» verdient hätten. «Zu viele nachweisbar falsche Fakten wurden gestreut, und zu

ist das notwendig, solange der Kanton in Verknüpfung der Rechtslage versucht, Unmögliches möglich zu machen», sagt Minet. Die Gerichte würden zugunsten der Rekurrenten urteilen und die geplante Linienführung als nicht moorschutzkonform qualifizieren, ist er überzeugt. Dann werde der Kanton das Projekt neu aufgleisen müssen. «Und dann wird es auch wieder eine politische Diskussion geben müssen. Und in diese werden wir uns wieder einbringen.»

«Nicht vor zehn Jahren»

Dass auf «Uster West» noch ein langer Weg wartet, glaubt auch Bauvorstand Thomas Kübler. «Die Gegner werden alle Rechtsmittel ausschöpfen; zuerst in Bezug auf den Moorschutz, dann gegen das Strassenprojekt als solches.» Auch wenn das Projekt alle Hürden nehmen würde, wäre die Strasse deshalb kaum vor 2030 fertig. «Darum kann man nur nochmals betonen: Es ist höchste Zeit, jetzt vorwärtszumachen – das heutige Abstimmungsergebnis soll das Fanal dazu sein.»

Raphael Brunner

Video zum Thema unter zueriost.ch/webtv

«Eine knappe Mehrheit in Uster will diese Strasse.»

Thomas Kübler, Bauvorstand

niert, dass die Ustermer Bevölkerung nie habe über die Strasse befinden können.

Gleicher Meinung ist auch Ralph Steiner, Vorstandsmitglied der Ustermer FDP und Mitinitiator des Nein-Komitees. «Die Ustermer wollen endlich eine

«Die Strasse ist nicht mit dem Moorschutz vereinbar.»

André Minet, Initiativkomitee

viele strategische Spielchen wurden und werden getrieben», heisst es in der Mitteilung.

Für Minet und seine Mitstreiter ist deshalb klar, dass sie den Kampf gegen die geplante Strasse weiterführen werden. Vorläufig mit juristischen Mitteln. «Leider

Kommentar



Raphael Brunner
Leiter
Ressort Uster

Endlich klare Verhältnisse

Zu sagen, die Ustermer wollen «Uster West», wäre falsch. Zu dünn ist ein Nein-Stimmen-Anteil von 51 Prozent, der sich gegen die Initiative «Keine Strasse Uster West» ausspricht. Fakt ist aber: Die Ustermer Bevölkerung hat den Stadtrat nicht dazu aufgefordert, das geplante Strassenprojekt «mit allen demokratischen, politischen und juristischen Mitteln» zu bekämpfen, wie der Initiativtext dies verlangt hat.

Ob «Uster West» gebaut wird, entscheiden deshalb die Gerichte. Lehnen Sie die Rekurse ab, die gegen die Strasse erhoben wurden, steht dem Bau nichts mehr im Weg. Erachten sie das Vorhaben hingegen als unvereinbar mit dem Moorschutz, ist das Projekt vom Tisch. Die Stadt Uster ist definitiv draussen bei der Entscheidung über «Uster West».

Diese klaren Verhältnisse sind gut. Gut, weil es so nicht mehr zu einer Situation kommen kann wie bei der «Unterführung Winterthurerstrasse». Dort haben die Ustermer einem Projekt zugestimmt, über das sie keine Entscheidungsgewalt haben. Diese liegt beim Kanton, und er will das Projekt «Unterführung Winterthurerstrasse» nicht. Die Gesetzeslage ist klar, aber der Frust vieler Ustermer dennoch gross. Verständlich.

Bei einem Ja zu «Keine Strasse Uster West» hätte ein ähnliches Szenario gedroht: Ein Ustermer Stadtrat, der einen Auftrag der Stimmbürger nicht umsetzen kann. Und von dem viele das Gefühl haben, er setze sich nur nicht richtig ein.

Durch das knappe Nein zur Initiative liegt der Ball jetzt ohne jedes Wenn und Aber beim Kanton. Er muss für das Brandschänki-Ried eine Moorschutzverordnung festlegen, die vor Gericht standhält – und dann darauf hoffen, dass sein Strassenprojekt mit dieser Schutzverordnung vereinbar ist. Für Uster wäre es gut, wenn über diese Frage bald Gewissheit herrschen würde.



Knappes Verdikt: Mit 51 zu 49 Prozent lehnten die Ustermer gestern die Initiative «Keine Strasse Uster West» ab.

Archivbild Christian Brüttsch

RPK-Vakanz bleibt bestehen

WANGEN-BRÜTTISELLEN Es gilt einen Sitz für die Rechnungsprüfungskommission für den Rest der Amtsperiode 2014–2018 neu zu besetzen. Allerdings gelang dies gestern Sonntag noch nicht. Am meisten Stimmen erhielt der parteilose Kandidat Olivier Korda, nämlich deren 635. Claudia Studer-Wehrli, ebenfalls parteilos, kam auf 398 Stimmen, Pascal Pünter (SP) auf 279 Stimmen. 14 Stimmen gingen an Vereinzelte. Die Stimmbeteiligung belief sich auf 31,44 Prozent.

Korda verpasste jedoch das absolute Mehr von 664 Stimmen. Es kommt damit zu einem zweiten Wahlgang. *mre*

Ustermer lehnen Wohnbau-Stiftung ab

USTER Die Ustermer wollen keine Stiftung für günstiges und ökologisches Wohnen. Das Nein zu «EcoViva» sei jedoch kein Votum gegen gemeinnützigen Wohnungsbau, sagen Befürworter und Gegner der Initiative.

Die Zürcher Stimmbewölkerung hat einer ähnlichen Vorlage im Jahr 2012 klar zugestimmt. Die Badener auch. Uster hingegen sagte gestern mit gut 58 Prozent Nein zur Initiative «EcoViva – bezahlbar und ökologisch wohnen». Die von den Grünen lancierte Initiative hatte gefordert, dass die Stadt eine Stiftung

gründet, die für mehr günstige Wohnungen und Gewerberäume in Uster sorgen soll. Als Startkapital sollten ihr zehn Millionen Franken aus der Stadtkasse zur Verfügung gestellt werden. Damit könnte die Stiftung eigene Wohnprojekte aufgleisen, vor allem aber Projekte von gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaften unterstützen.

Famos fühlt sich bestätigt

«Ich bin froh, dass diese Initiative abgelehnt wurde», sagte Finanzvorstand Cla Famos (FDP). Die Stiftung hätte seiner Meinung nach nämlich nur viel Geld verschlungen, jedoch wenig bewirken können. Als Beweis ver-

wies er auf Zürich. Dort habe eine ähnliche Stiftung bisher kaum Projekte realisiert, hingegen beträchtliche administrative Kosten verursacht. «Die Ustermer wollten anscheinend nicht, dass bei uns hier dasselbe passiert.» Eine Ablehnung im Verhältnis von knapp sechs zu vier habe er ungefähr erwartet. «Schliesslich waren nicht einmal die Baugenossenschaften geschlossen dafür.»

Grüne von SP enttäuscht

Auch die Ustermer Grünen sind nicht überrascht, wie das Verdikt ausgefallen ist. «Ich freue mich über den Achtungserfolg, den unsere Initiative erzielt

hat», sagte Gemeinderat Thomas Wüthrich (Grüne). Er zeigte sich enttäuscht, dass die SP sich zwar ebenfalls für das Begehren ausgesprochen habe, bei der Werbung um Stimmen aber nicht aktiv aufgetreten sei.

Wüthrich ist überzeugt, dass «bezahlbarer» und ökologischer Wohnungsbau für viele Ustermer wichtig sei. «Auch für viele, die dafür keine Stiftung gründen wollten.» In diesem Punkt gibt ihm auch Finanzvorstand Cla Famos recht. «Das Nein ist kein Votum gegen den gemeinnützigen Wohnungsbau, sondern ein Nein gegen einen unreflektierten Griff in die Stadtkasse.»

Raphael Brunner

Freiwillige für Kinderbetreuung

USTER Seit dem Jahr 2016 werden in Uster durch ein Team von 45 Freiwilligen Deutschkurse für Flüchtlinge mit integrierter Kinderbetreuung durchgeführt. Zur Ergänzung der bestehenden Teams werden noch weitere Freiwillige, die sich in der Kinderbetreuung engagieren möchten, gesucht. Die Kurse finden täglich von Montag bis Freitag jeweils von 9 bis 11 Uhr statt. Engagements sind bereits ab der Dauer eines halben Tags willkommen.

Interessierte können sich bei Michèle Deubelbeiss via E-Mail michele.deubelbeiss@bluewin.ch oder unter Telefon 078 684 7752 melden. *zo*

Falsch abgestimmt?

«Keine Strasse Uster West»

Ausgabe vom 25. September

Strahlende Gesichter bei den Befürwortern der Umfahrung Uster West. Die 218 Stimmen, die den Ausschlag gaben, sind teilweise auf ein Missverständnis zurückzuführen. Wer den Abstimmungstext nicht genau gelesen hat, aber gegen eine Umfahrung war, hat wohl Nein gestimmt. Dank diesen Nein-Stimmen kam es wohl zu diesem Resultat.

Vielleicht könnte eine Nachzählung das Resultat noch verändern. Unbegreiflich, dass man für eine Umfahrung kämpft, deren ganzer Verkehr am Ende wieder in die Zürichstrasse und teilweise die Sonnenbergstrasse gelenkt wird. Ob aber all die strahlenden Gesichter den Bau der Strasse noch erleben werden, bezweifle ich.

Ruedi Gysi, Uster

Neue Zürcher Zeitung

Neuer Anlauf für Strasse Uster West

Baudirektion setzt zum zweiten Mal Schutzverordnung für drei Flachmoore fest.

Stefan Hotz
13.10.2017, 16:00 Uhr

Vor drei Wochen lehnten die Ustermer knapp eine Initiative ab, die sich gegen den Bau der neuen Strasse Uster West richtete. Jetzt ist das umstrittene Vorhaben einen wenn auch kleinen Schritt weiter. Bevor eine Baubewilligung erteilt werden kann, muss die Verordnung zum Schutz der drei Flachmoore, an denen die Strasse einmal vorbeiführen soll, rechtskräftig sein. Einen ersten Entwurf wies der Regierungsrat 2014 als erste Rekursinstanz zurück.

ANZEIGE



Replay

inRead invented by Teads

Nun hat die Baudirektion die überarbeitete Fassung festgesetzt. Die nach der öffentlichen Auflage eingegangenen Einwendungen von Privaten und Verbänden hätten nicht berücksichtigt werden können, heisst es in der Mitteilung. Deshalb, und weil die Grenze des Flachmoors anders als noch in der ersten Fassung direkt bis an die geplante Strasse reicht, dürfte auch diese Verordnung angefochten werden. Der Gesamtregierungsrat muss sich aber nicht mehr damit befassen, denn in der ersten Runde galt noch das alte Recht. Neu ist das Baurekursgericht die erste Instanz.

Eher eine Umfrage als ein Volksentscheid | NZZ

Uster stimmt am Sonntag über eine neue Strasse ab, deren Schicksal sich aber vermutlich vor den Gerichten entscheidet.



Stefan Hotz

Regeln für Usters Moore

USTER Die Baudirektion des Kantons Zürich hat die neue Schutzverordnung für das Werrikerriet und das Gebiet Brandshänki festgesetzt. Es ist der zweite Anlauf, nachdem der Regierungsrat dem Protest seitens von Umweltschützern Recht gegeben hat und eine erste Version aus dem Jahr 2014 zur Überarbeitung zurückwies.

Auch gegen die neue Version kann innert 30 Tagen Rechtsmittel eingereicht werden. Und der Verein «Lebensqualität Uster West» hat bereits angekündigt, dass er dies tun wird. Das Ziel des Vereins ist es, die geplante Strasse «Uster West» zu verhindern. Die Verordnung bildet die Grundlage, dass die Strasse gebaut werden kann. *rbr* **SEITE 2**

«Uster West»-Gegner ziehen erneut vor Gericht

USTER Die Baudirektion hat die überarbeitete Schutzverordnung für das Werrikerriet festgesetzt. Die Gegner der Strasse Uster West kündigen erneut Widerstand an – und geben sich aus Erfahrung zuversichtlich.

Das Schutzgebiet ist jetzt grösser, die Bestimmungen strenger. Die kantonale Baudirektion hat die Schutzverordnung für das Gebiet Werrikerriet und Brandschänki in Uster überarbeitet und festgesetzt. «Wir haben den Schutzperimeter den aktuellen Grenzen des Flachmoores angepasst und Pufferzonen ausgedehnt», sagt Thomas Maag, Mediensprecher der Baudirektion. Eine erste Version der Schutzverordnung aus dem Jahr 2014 hatte der Regierungsrat nach Rekursen seitens von Umweltschützern noch zur Überarbeitung an die Baudirektion zurückgewiesen. «Jetzt sind wir überzeugt, dass die Verordnung den Vorgaben des Bundes entspricht», sagt Maag.

Bedingung für «Uster West»

Dass die Schutzverordnung derart umstritten ist, hängt vor al-

lem mit ihrer Bedeutung für die geplante Strasse «Uster West» zusammen. Denn erst wenn die Schutzverordnung rechtsgültig ist, kann der Regierungsrat das Strassenprojekt festsetzen. Die Schutzverordnung bildet die Grundlage dafür, was, wo in diesem Gebiet gebaut werden kann.

Die Baudirektion ist überzeugt: Die geplante Strasse ist auch mit der neuen Version der Schutzverordnung vereinbar. «Die Strassenlinie führt zwar im Gebiet Brandschänki auf einem kurzen Abschnitt durch eine Pufferzone hindurch. Gemäss der Moorgesetzgebung des Bundes ist das aber möglich, solange das Schutzziel nicht tangiert wird – nämlich den Schutz des Moores.

Zweifel an Schutzgrenzen

Anders sehen das die Gegner von «Uster West». Sie widersprechen der Baudirektion in jeder Hinsicht. So will zum Beispiel der Verein Lebensqualität Uster West gegen die neue Verordnung Rechtsmittel erheben, wie Vorstandsmitglied Martin Zürrer auf Anfrage sagt. «Die Moorschutzverordnung ist so festgelegt worden, damit sie die Pläne für «Uster West» nicht durch-

kreuzt.» So seien etwa die Grenzen des Schutzgebietes einfach der geplanten Strassenführung angepasst worden. «Man hat nicht natürliche Geländekanten genommen.» Ausserdem habe die Baudirektion auch keine hydrologischen Pufferzonen festgelegt. «So kann zum Beispiel die geplante Überführung der Bahngelise zu einer Beeinträchtigung des Grundwasserhaushalts des Moores führen», sagt Zürrer.

Ohnehin undurchführbar?

Der Verein Lebensqualität Uster West, aber auch Anwohner und Naturschutzverbände haben diese Punkte bereits moniert, als die neue Verordnung im Sommer öffentlich auflag. Die Baudirektion berücksichtigte die Einwendungen jedoch nicht. Thomas Maag von der Baudirektion sagt: «Die Schutzverordnung wurde von der Fachstelle Naturschutz erarbeitet. Sie ist allein der Moorschutzgesetzgebung des Bundes und dem Naturschutz verpflichtet – und nicht dem Tiefbauamt.» Der Vorwurf, die Schutzverordnung sei auf die Pläne für «Uster West» ausgerichtet, entbehre deshalb jeder Grundlage.

Martin Zürrer und sein Verein hingegen sind zuversichtlich, dass das Strassenprojekt selbst dann nicht realisiert werden würde, wenn die Gerichte die Rekurse gegen die neue Schutzverordnung abweisen würden. «Unserer Meinung nach ist das

Projekt nicht einmal mit dieser zurechtgezimmerten Schutzversion vereinbar.» Den bevorstehenden Gängen vor Gericht sieht er zuversichtlich entgegen: «Bisher hat die Justiz unsere Position stets gestützt.»

Raphael Brunner



Nahe am Moor vorbei: Gemäss neuer Schutzverordnung führt die geplante Strasse Uster West durch Pufferzonen hindurch.

Grafik: Jum

«Uster West» verzögert sich weiter

USTER Jetzt ist es amtlich: Wie die kantonale Baudirektion am Montag mitteilte, rekurrieren die Gegner der Strasse Uster West beim Baurekursgericht gegen die überarbeitete Schutzverordnung für das Werrikerriet. Angekündigt haben sie diesen Schritt bereits Mitte Oktober, nachdem der Regierungsrat die Verordnung festgesetzt hatte. Hinter den Rekursen stehen Private und Verbände, die schon während der öffentlichen Auflage ihre Einwände deponiert hatten – beim Kanton damit aber kein Gehör fanden.

Gebiet ans Projekt angepasst?

Die Grenzen des Schutzgebietes seien einfach der geplanten Strassenführung angepasst worden, lautet unter anderem die Kritik. «Man hat nicht natürliche Geländekanten genommen», sagte Martin Zürrer, Vorstandsmitglied des Vereins Lebensqualität Uster West, im Oktober gegenüber dem ZO/AvU. Weiter bemängeln die Gegner, dass die Baudirektion keine hydrologischen Pufferzonen festgelegt habe, weshalb etwa die geplante Überführung der Bahngleise zu einer Beeinträchtigung des Grundwasserhaushalts führen könne.

Bereits im Sommer 2014 gingen gegen eine frühere Version der revidierten Schutzverordnung drei Rekurse ein, die der

Regierungsrat teilweise gut hiess. Darauf überarbeitete das kantonale Amt für Landschaft und Natur die Schutzverordnung, der Grenzverlauf des Flachmoors wurde dem aktuellen Zustand angepasst und die entsprechenden Pufferzonen wurden ausgedehnt.

Schutzziel nicht tangiert

Thomas Maag, Sprecher der Baudirektion, erklärte schon Mitte Oktober die Anschuldigungen der «Uster West»-Gegner für unwahr: «Die Strassenlinie führt zwar im Gebiet Brandschänki auf einem kurzen Abschnitt durch eine Pufferzone hindurch. Gemäss der Moorgesetzgebung des Bundes ist das aber möglich, solange das Schutzziel nicht tangiert wird – nämlich der Schutz des Moores.»

Ebenso bestritt Maag den Vorwurf, die neue Verordnung sei so festgelegt worden, damit sie die Pläne für «Uster West» nicht durchkreuze. «Die Schutzverordnung wurde von der Fachstelle Naturschutz erarbeitet. Sie ist allein der Moorschutzgesetzgebung des Bundes und dem Naturschutz verpflichtet – und nicht dem Tiefbauamt.»

Wie es zeitlich mit dem Vorhaben weitergeht, ist unklar. Gemäss Baudirektion verzögert sich die Realisierung auf unbestimmte Zeit. *tba*

Epische Auseinandersetzung um die Umfahrung von Uster

Uster-West ist schon wieder blockiert. Dabei geht es um eine neue Kantonsstrasse, die ein Moor streift.

Pascal Unternährer

Die Gegner des Strassenprojekts Uster-West haben beim Zürcher Baurekursgericht die kantonale Schutzverordnung für das Gebiet Werriker-/Glattenried und Brandschänki angefochten. Das ist ein national geschütztes Flachmoorgebiet am Nordwestzipfel der Stadt Uster. Der Kanton will am Rand des Moors eine 1,2 Kilometer lange Strasse und einen Viadukt übers Bahntrasse bauen. Ziel ist die Entlastung des Ustermer Zentrums vom Durchgangsverkehr und vor allem die Verhinderung von Rückstaus an zwei Bahnschranken - auch in Hinsicht des immer dichteren S-Bahn-Fahrplans.

Der Kantonsrat hat die benötigten 21 Millionen bereits 2012 gesprochen, ein Referendum wurde nicht ergriffen. Lokal sorgt die Umfahrungsstrasse aber seit über 35 Jahren für rote Köpfe. 1981 stimmte das Volk einem Kredit zu, mit dem alle Niveaureisungen auf der Bahnlinie Wallisellen-Uster aufgehoben werden sollten. Doch der Kanton und die Stadt Uster konnten sich nicht über die Details hinsichtlich des Übergangs in Uster-West einigen - letztmals 2008/09.

Um 2010 wurde ein neues Projekt lanciert. Dieses musste nach der angenommenen Kulturlandinitiative zwar angepasst werden, die Finanzierung aber war gesichert. Dann schlug die Stunde der Gegner aus Umweltschutzkreisen und der Anwohnerschaft. Sie griffen das konkrete Strassenprojekt 2013 in der öffentlichen Auflage an. Sechs von zwölf

Einsprachen sind noch immer hängig. Und als Baudirektor Markus Kägi (SVP) 2014 wegen des Strassenprojekts die Schutzverordnung für das heikle Moor anpasste, intervenierten die Gegner auch hier. Mit Erfolg. Die Baudirektion musste über die Bücher. Kägi brachte im Sommer 2017 eine neue Version, die fünf eingegangenen Einwendungen wurden nicht berücksichtigt. Im Oktober 2017 erliess Kägi die definitive Schutzverordnung, welche nun, wie eingangs erwähnt, von den immer gleichen Gegnern angefochten wird. Inzwischen hatten Usters Stimmbürger Ja gesagt zu einer Unterführung der Bahnlinie, worauf der Kanton allerdings nicht einging. Und im letzten September haben dieselben Ustermer eine Initiative abgelehnt, welche vom Stadtrat die Totalopposition gegen Uster-West verlangte.

Es geht um 100 Meter Strasse

Im neusten Streit geht es noch um rund 100 Meter der Strasse, die durch eine neu definierte Pufferzone zwischen Moor und Siedlungsgebiet führt. Die Baudirektion ist gemäss Sprecher Thomas Maag überzeugt, diesmal recht zu bekommen, zumal sich der neue Vorschlag auf Abklärungen beim Bund und ein neutrales Gutachten abstütze. «Der Moorschutz ist gewährleistet», sagt Maag. Die Gegner aber meinen, dass eine Kantonsstrasse so nah am Moor und durch das ebenfalls geschützte Puffergebiet unzulässig ist.

Geplant war ursprünglich, die Umfahrungsstrasse 2020 fertigzustellen. Angesichts der Rekurse gegen die Schutzverordnung und der Tatsache, dass das eigentliche Strassenprojekt ebenfalls noch juristisch bekämpft werden kann, spricht der Kanton von einer Verzögerung «auf unbestimmte Zeit».

